



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Europäische Union während der ‚Flüchtlingskrise‘
2015/2016

– eine Rekonstruktion der Deutungsmuster
nach der Wissenssoziologischen Diskursanalyse“

verfasst von / submitted by

Tanja Wünsche BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von / Supervisor:

o. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schmale

Danksagung

Ganz besonders möchte ich meiner Familie danken: Meinen Eltern Maria und Anton Bachbauer, meiner Schwester Verena Bachbauer und meiner Oma Leopoldine Bachbauer. Ihnen danke ich für die Zeit, die sie meinen Töchtern, und somit mir für das Studium, geschenkt haben. Meinem Ehemann Andreas danke ich für sein Zuhören und seine Unterstützung in allen Bereichen. Sophie und Maximilia haben mir mit vielen schönen Momenten geholfen, den Kopf wieder einmal frei zu bekommen!

Herzlichen Dank allen meinen Freunden, die mich mit Worten und mit dem Korrekturlesen unterstützt haben!

Besonderen Dank gebührt schließlich Herrn o. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schmale, der als Professor mein Studium bereichert und diese Masterarbeit betreut hat.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
2. Forschungsfrage	10
2.1. Relevanz und Forschungsstand	11
3. Untersuchungsleitende Theorien	13
3.1. Die „Flüchtlingskrise“ als diskursives Ereignis: Diskurs der Differenz und Diskurs der Identifikation	13
3.2. Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie	15
3.3. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse	17
4. Zur Methode	19
4.1. Von der Wissenssoziologischen Diskursanalyse zur Deutungsmusteranalyse	19
4.2. Das Deutungsmusterkonzept	20
4.3. Der Deutungsmusterbegriff in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse	22
4.4. Methodische Schritte	23
5. Untersuchungszeitraum und Quellenkorpus	27
5.1. Untersuchungszeitraum	27
5.2. Quellenkorpus	27
5.3. Verortung der Zeitungen	28
6. Analyse	31
6.1. Deutungsmuster: Die Wertegemeinschaft EU	31
6.2. Deutungsmuster: Die Abschottung der EU	40
6.3. Deutungsmuster: EU-Ablehnung	48
6.4. Zusammenfassung der Analyse	56
6.5. Deutungsmusterübersicht	57
6.6. Häufigkeit der EU-Deutungen pro Zeitung	58
6.7. EU-Deutungen im chronologischen Verlauf pro Zeitung	59
6.8. EU-Deutungen im chronologischen Verlauf: Gesamt	60

7. Kulturgeschichtliche Perspektive	61
7.1. Die Wertegemeinschaft EU	61
<i>Die Wertegemeinschaft EU - Die Grund- und Menschenrechte</i>	61
<i>Die „andere“ EU</i>	63
7.2. Die Bedeutung der „Grenze“	66
<i>Die EU-Außengrenze</i>	67
<i>Die Bedeutung des grenzfreien Schengen-Raums</i>	69
<i>Die österreichische Grenze</i>	72
<i>Neues Narrativ für die Grenze?</i>	74
7.3. EU-Skepsis im EU-Diskurs von 1994 bis jetzt	76
8. Die Bundespräsidentenwahl 2016	79
8.1. Die Thematisierung der „Flüchtlingskrise“ im Wahlkampf	80
8.2. Die Thematisierung der Europäischen Union im Wahlkampf	84
8.3. Zusammenfassung: Die Bundespräsidentenwahl 2016	86
<i>Objektivation: Offizielle Rede Alexander Van der Bellen vom 26. Jänner 2017</i>	87
<i>Objektivation: Das offizielle Bundespräsidentenporträt von Alexander Van der Bellen</i>	87
8.4. Die Zustimmung bzw. Ablehnung des Deutungsmusters <i>Die Wertegemeinschaft EU</i> gelesen am Wahlausgang der Bundespräsidentenwahl 2016	88
8.5. Österreichische Historiographie und die moralische Verpflichtung zur europäischen Zusammenarbeit	90
9. Zusammenfassung der Ergebnisse	93
10. Resümee	96
11. Anhang	98
11.1. Chronologische Zeitliste für den Zeitraum Juli 2015 bis März 2016	98
12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen	100
13. Literaturverzeichnis	116
13.1. Online-Ressourcen	121
14. Abstract	123

1. Einleitung

Die „Flüchtlingskrise“ 2015/2016¹ war ein emotional und kontrovers diskutiertes Thema in der österreichischen Gesellschaft und in den österreichischen Medien. Die anwachsende Zahl von Flüchtlingen, sowie ihre Situation auf dem Weg nach Europa und in Europa, erreichte im Sommer 2015 und den darauffolgenden Monaten hohes mediales Interesse. Gleichzeitig richtete sich der mediale Blick auf die Europäische Union (EU) von der Lösungen und Hilfe erwartet wurden.

Die EU stand während der Migrationsbewegung 2015/2016 im Fokus der Medien und auf dem Prüfstand. Schlussendlich verfestigte sich der Eindruck, die EU befände sich in einer fundamentalen Krise. Der „Zustand“ der EU sei schlecht bzw. die EU sei da sie lange keine gemeinsame Vorgehensweise finden konnte „gespalten“, so die Schlagzeilen in den Medien.

Die Migrationsbewegung 2015/2016 stellte die ohnehin von der Eurokrise geschwächte EU vor große Herausforderungen und zeigte ihre Möglichkeiten, vor allem aber ihre Grenzen, auf. Während der „Flüchtlingskrise“ wurde evident, dass die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik zwar für kleine Flüchtlingszahlen geeignet, während der Migrationsbewegung 2015/ 2016 jedoch unzulänglich war. Die EU-Mitgliedstaaten konnten sich im weiteren Verlauf auf keinen gemeinsamen Handlungsstrang einigen, noch eine gemeinsame Vorgehensweise festlegen. Wenige Mitgliedstaaten waren bereit die gemeinsam beschlossene Quotenregelung zur Verteilung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber innerhalb der EU-Mitgliedstaaten umzusetzen. Im Gegenteil, der grenzfreie Schengen-Raum, er gilt als ein wichtiges Symbol der europäischen Integration und Einigkeit, wurde von einigen Mitgliedstaaten auf Grund der Wiedereinführung von Grenzkontrollen aufgehoben. Viele Mitgliedstaaten zogen sich in ihre eigenen Grenzen zurück und suchten die Lösung der Krise in einem starken Nationalstaat und nicht gemeinsam handelnd in der EU.²

¹ Der Begriff „Flüchtlingskrise“ beinhaltet die Krisensituation der EU im Zusammenhang mit der Ein- und Durchreise von Flüchtlingen 2015/2016 und wird hier als zeitlicher Rahmen verwendet. Der Begriff „Flüchtlingskrise“ möchte nicht als ein die Zeit und Handlungen wertender Begriff verstanden werden.

² Vgl. Flüchtlingskrise. In: SWP. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, online unter: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/europaeische-integration-in-der-krise/fluechtlingskrise/> (05.02.2019).

Das Zurückziehen in die eigenen Grenzen verlief parallel mit einem weiteren Erstarken nationalpopulistischer Parteien. In vielen Mitgliedstaaten sind EU-kritische Parteien im Aufwind. Sie haben eine kritische Haltung gegenüber der europäischen Integration, dem politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenwachsen der Staaten der EU, gemeinsam.³ Forderungen nach einer teilweisen oder vollständigen Reversion des europäischen Integrationsprozesses wurden laut. Es schien, als hätten die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ihr Vertrauen an die Stärke der EU verloren.

Die eben skizzierten Entwicklungen können auch für Österreich festgehalten werden: Die österreichische Regierung forderte im Herbst 2015 ein gesamteuropäisches Handeln. Nur wenige Wochen später gab sie einer eigenständigen, nationalstaatlichen Lösung den Vorrang: der Zaun am Grenzübergang Spielfeld sollte verhindern, dass Flüchtlinge unkontrolliert nach Österreich kommen.⁴ Der damalige Bundeskanzler Werner Faymann setzte sich anfangs stark für die europäische Quotenregelung ein. Im Februar 2016 verteidigte er die österreichische Obergrenze, die eine begrenzte Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Österreich vorsah, mit dem Argument, die EU habe keine schnellwirksame Antwort auf die Herausforderungen.⁵ 2016 verlor der Kandidat der EU-kritischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) nur knapp die Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten. 2017 wurde die FPÖ, in einer Koalition mit der ÖVP, in die Regierung gewählt.

Auch in der österreichischen Gesellschaft wurde die europäische Integration stark hinterfragt und gleichzeitig heftig verteidigt. Und auch in Österreich wurde die „gespaltene“ Gesellschaft in den Medien postuliert. Die Feststellung basiert auf dem Wahlergebnis der Stichwahl zum Bundespräsidenten 2016: In der Stichwahl standen sich zwei Kandidaten gegenüber, die eine gänzlich unterschiedliche Position zur europäischen Integration und zur Migrationsbewegung eingenommen hatten. Das knappe Wahlergebnis wurde zum Symbol für die „gespaltene“ Haltung der Österreicherinnen und Österreicher.

Die mediale Konzentration auf die „Flüchtlingskrise“, sowie auf den Bundespräsidentenwahlkampf, zeigte die Gegensätzlichkeit und Vielfältigkeit der Perspektiven auf, mit

³ Vgl. EU-kritische Parteien und Populismus. In: SWP. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, online unter: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/europaeische-integration-in-der-krise/eu-kritische-parteien-und-populismus/> (05.02.2019).

⁴ Die Presse, 13. November 2015, S. 40, „Grenzzaun aus Stacheldraht“.

⁵ Kronen Zeitung, 24. Februar 2016, S. 2-3, Brauchen keine Ratschläge aus Brüssel. Oder: Wiener Zeitung, 17. Februar 2016, S. 10, Nationale statt europäischer Lösung.

denen die Migrationsbewegung und die EU gedeutet wurden. Einerseits wurde die Migrationsbewegung als humanitäre Ausnahmesituation gewertet und die EU als Chance begriffen, als „Global Player“ Lösungen in globalen Herausforderungen zu erwirken. Andererseits wurde die EU als Hindernis angesehen, da sie nationalstaatliche Lösungen erschwere. Die gleiche positive EU-Wertung wurde unterschiedlich argumentiert, negative EU-Wertungen mit Argumenten untermauert, die für den Sprecher einen Zusammenhang, für den Zuhörer jedoch keinen ergaben.

Ziel der vorliegenden Masterarbeit ist es, die verschiedenen Perspektiven auf die Migrationsbewegung und die europäische Integration zu ermitteln und sie in EU-Deutungen darzustellen. EU-Deutungen beinhalten das Wissen und die Vorstellungen über die EU, sowie die ihnen zu Grunde liegenden Argumente und Wertungen.⁶ Mit Hilfe der EU-Deutungen soll aufgezeigt werden, auf Grund welcher Vorstellungen und Wertungen sich die österreichische Gesellschaft hinsichtlich der Migrationsbewegung und europäischen Integration „gespalten“ hat.

⁶ Reiner Keller, Inga Truschkat, Angelus Novus: Über alte und neue Wirklichkeiten der deutschen Universitäten. Sequenzanalyse und Deutungsmusterrekonstruktion in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Martin Nonhoff, Eva Herschinger, Johannes Angermüller, Felicitas Macgilchrist, Martin Reisigl, Juliette Wedl, Daniel Wrana, Alexander Ziem (Hg.), Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 2. Methoden und Analysepraxis. Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse (Bielefeld/2014) 303.

2. Forschungsfrage

Während der „Flüchtlingskrise“ stand die EU im Fokus der Medien. Große Erwartungen wurden an die EU gerichtet und das weitere Geschehen stark kontrovers diskutiert. Während der „Flüchtlingskrise“ musste die EU Zusammengehörigkeit und Solidarität innerhalb ihrer Mitgliedstaaten erwirken. Die EU musste sich positionieren und selbst definieren. Dies erforderte „Wir“-Konstruktionen, die von den Medien angenommen, verhandelt oder abgelehnt wurden. Während dieses Prozesses entstanden viele Deutungen über die EU.

Die Medien spielen in diesem Prozess eine wichtige Rolle: Sie stellen einen Raum für Diskurse zur Verfügung. Unser Denken und Handeln wiederum basiert auf Wissen, welches in Diskursen verhandelt wird.⁷ Der EU-Diskurs in den Medien, der das Wissen und die Vorstellungen von der EU verhandelt und transportiert, hat demnach einen großen Einfluss auf die Einstellung zur EU.

Diese Masterarbeit geht der Frage nach, welche EU-Deutungen in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen transportiert und vermittelt wurden. Folgende konkrete Fragen wurden an die Quellen gestellt:

- Wie wurde die EU im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung gedeutet?
- Welche Wertungen lagen den Deutungen zu Grunde?
- Wie wurden diese Wertungen argumentiert?

Die Ergebnisse der Deutungsmusteranalyse zeigen die unterschiedlichen Perspektiven und die Gegensätze auf, anhand deren die EU im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung 2015/2016 in Österreich gedeutet und gewertet wurde.

Mit der Masterarbeit wird ein Beitrag zur Kulturgeschichte Österreichs geleistet, indem ermittelt wird, welches Wissen und welche Vorstellung die Österreicherinnen und Österreicher über die EU erhalten haben.

⁷ Vgl. Siegfried Jäger, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider, Willy Viehöver (Hg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden (Wiesbaden 2001) 87.

Versteht man die EU nicht nur als politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geographischen Raum sondern als einen die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger prägenden und vereinigenden kulturellen Raum, so zeigt diese Arbeit auf, was 2015/2016 als „EU-europäisch“ vermittelt wurde. Die Bestandsaufnahme des „EU-Europäischen“ in Österreich leistet einen Beitrag zur Historisch-Kulturwissenschaftlichen Europaforschung.

Mit der Analyse der EU-Deutungen 2015/2016 lassen sich Rückschlüsse auf die Gründe für die EU-Ablehnung bzw. EU-Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher ermitteln. Die neuere Politikgeschichte versteht Politik als kulturelles System. Verschiedene Ansätze fokussieren auf die wirklichkeitskonstituierende Bedeutung der Sprache, Repräsentationen und Bilder, auf Regeln der Inklusion und Exklusion, sowie auf die Transformierbarkeit von Politischem.⁸

2.1. Relevanz und Forschungsstand

Die EU befand sich 2015/2016 in einer Krise. Die Krisensituation der EU zeigte sich während der Migrationsbewegung, da die EU-Mitgliedstaaten lange keinen gemeinsamen Handlungsstrang fanden und EU-kritische Stimmen lauter wurden. Diese Entwicklungen führten auch in Österreich zu emotionalen und kontroversen Diskussionen und zu einer starken Befürwortung, Anzweiflung oder Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses. Die Forschungsfrage dieser Masterarbeit hat demnach eine anlassbezogene Relevanz.

Analysen zum EU-Diskurs seit dem Beitritt Österreichs zur EU fragten nach der Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher zur EU: Die Zustimmung zur EU seit dem Beitritt bis heute war in Österreich von Auf- und Abschwüngen begleitet und ist durchwegs ambivalent.⁹ Die kritische bis ablehnende Haltung gegenüber EU geht, wie neuere Forschungsergebnisse aufzeigen, nicht zwangsläufig mit dem Wunsch einer Renationalisierung einher. Die Einsicht, dass ein einzelner Nationalstaat globalen Herausforderungen nicht gewachsen ist, herrscht durchaus vor. Die Ablehnung bzw. Kritik richtet sich nicht ausschließlich an die Idee einer europäischen Einigung, sondern vielfach an die derzeitige

⁸ Vgl. Ute Frevert, Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen. In: Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung (Historische Politikforschung 1, Frankfurt/Main 2005) 21-26.

⁹ Vgl. Sonja Puntischer Riekman, Austria's Dismal EU Membership: From Enthusiasm to Ambivalence. In: Günter Bischof, Fritz Plasser, Anton Pelinka, Alexander Smith (Hg.), Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Contemporary Austrian Studies 20, New Orleans/Innsbruck 2011) 243f.

Struktur der EU.¹⁰ Zukünftige Forschungsarbeiten zur EU-Zustimmung bzw. EU-Ablehnung müssten demnach stärker die Frage in den Fokus nehmen, welche EU-Vorstellung Zustimmung bzw. Ablehnung erhält.

Studien der letzten Jahre haben gezeigt, dass sich in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche EU-Deutungen herausgebildet haben, mit Hilfe derer Zugehörigkeit zur EU dargestellt wird.¹¹ Beispielsweise bedeute die EU für Spanien eine Modernisierungschance. Für Deutschland hingegen bedeute die europäische Integration eine politische Rehabilitierungschance, sowie die Möglichkeit, politisch und wirtschaftlich Einfluss geltend zu machen, ohne als Aggressor zu gelten.¹² EU-Deutungen werden in nationale Narrative eingebunden, um Identifikationen zu ermöglichen.¹³ Österreich definiert sich in seiner Zugehörigkeit zur EU beispielsweise als der „Brückenbauer zum Osten“. Bekannt ist das Narrativ „Insel der Seligen“, welches auf der Neutralität, auf dem Wohlfahrtsstaat und auf einer eigenen österreichischen Identität basiert und EU-skeptisch ist.¹⁴

Die Masterarbeit schließt an diese aktuellen Studien an und ermittelt die verschiedenen EU-Deutungen in Österreich während der „Flüchtlingskrise“, mit Hilfe deren EU-Zustimmung bzw. Ablehnung suggeriert wird.

¹⁰ Vgl. Christian Karner, The Uses of the Past and European Integration: Austria between Lisbon, Ireland, and EURO 08. In: *Identities: Global Studies in Culture and Power* 17, H. 4 (2010) 399-402.

¹¹ Siehe dazu: Juan Díez Medrano, *Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and The United Kingdom* (New Jersey 2003). Sowie die Studien des Forschungsprojektes „Europäische Identitätskonstruktionen in EU-Ländern“ von 2009 bis 2012 rund um Christiane Eilders und Dennis Lichtenstein, online unter: <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/111922509/ergebnisse> (05.12.2018). In die gleiche Richtung gehen die Analysen von Christian Karner: Christian Karner, Europe and the Nation: Austrian EU-Scepticism and Its Contestation. In: *Journal of Contemporary European Studies* 21, H. 2 (2013) 252-268. Sowie Christian Karner, The Uses of the Past and European Integration, 387-410.

¹² Dennis Lichtenstein, Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise. Konstruktionen europäischer Identität in nationalen Medienöffentlichkeiten. In: Gudrun Hentges, Kristina Nottbohm, Hans-Wolfgang Platzer (Hg.), *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog* (Europa-Politik-Gesellschaft, Wiesbaden 2017) 62f.

¹³ Lichtenstein, Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise, 63.

¹⁴ Karner, The Uses of the Past and European Integration, 388.

3. Untersuchungsleitende Theorien

Die Migrationsbewegung 2015/2016 und der EU-Diskurs stehen in einem engen Zusammenhang: Die EU war gefordert in der Migrationsfrage einen gemeinsamen Handlungsstrang zu finden und musste Zusammengehörigkeit erwirken. Die „Flüchtlingskrise“ aktualisierte den Diskurs über die EU und die europäische Integration.

3.1. *Die „Flüchtlingskrise“ als diskursives Ereignis: Diskurs der Differenz und Diskurs der Identifikation*

Ein diskursives Ereignis ist eine sprachliche Realisierung, eine Aussage zu einem Ereignis, mit der eine Diskurszugehörigkeit hergestellt wird.¹⁵ Die Forderung, wonach für die Bewältigung der Migrationsbewegung nur eine gesamteuropäische Lösung in Frage käme, ließ die Migrationsbewegung zu einem diskursiven Ereignis im EU-Diskurs werden. Diskursive Ereignisse erneuern einen Diskurs, führen ihn fort oder verändern ihn.¹⁶

Die „Flüchtlingskrise“, als diskursives Ereignis verstanden, hat in mehrfacher Hinsicht die EU herausgefordert. Einerseits konzentrierte sich die mediale Aufmerksamkeit auf die EU. Von der EU erwarteten sich die betroffenen EU-Mitgliedstaaten Hilfe und eine Lösung in der Migrationsfrage. Andererseits musste die EU als supranationale Institution erst eine gesamteuropäische Lösung finden. Als supranationale Institution ist sie nicht eine einzelne Institution, sondern sie besteht aus ihren Mitgliedstaaten. In der „Flüchtlingskrise“ musste sich die EU, als Summe ihrer Mitgliedstaaten, zuerst selbst definieren und positionieren, um Zusammengehörigkeit und Solidarität zu erreichen.

Eine Selbstdefinition ist nur im Vergleich zum „Anderen“ möglich. Das bedeutet, dass die Frage, wer wir sind – hier als soziale und kulturelle Kollektive verstanden – nur in einem Vergleich beantwortet werden kann. Durch die Konstruktion des „Anderen“ soll die eigene kollektive Identität abgesichert und Einigkeit und Zusammenhalt einer sozialen Gruppe erreicht werden.¹⁷ Stuart Hall beschreibt dies in seinem Aufsatz „Rassismus als ideologi-

¹⁵ Reiner Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms (2. Auflage Wiesbaden 2008) 234.

¹⁶ Siehe die Erläuterung der Abbildung 2 sowie die Abbildung selbst. In: Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 195.

¹⁷ Stuart Hall, Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Dorothee Kimmich, Stephanie Lavorano, Franziska Bergmann (Hg.), Was ist Rassismus? Kritische Texte (Stuttgart 2016) 183-184.

scher Diskurs“, wobei er diese Konstruktionsstrategie vor allem im kulturellen Rassismus verankert sieht. Kultureller Rassismus bezieht sich auf die Sprache und Hautfarbe, sowie auf den Unterschied in „den Gewohnheiten, der Religion, der Familie, den Verhaltensweisen, den Wertesystemen“¹⁸.

Mit den „Anderen“ sind hier nicht die Flüchtlinge, sondern die den verschiedenen Lösungsvorschlägen ablehnend gegenüberstehenden EU-Mitgliedstaaten gemeint. Zur Dursetzung der Quotenregelung, der Aufteilung von Asylbewerbern in EU-Europa, verwies die EU-Kommission beispielsweise auf die gemeinsamen, EU-europäischen Werte. Jene EU-Mitgliedstaaten, die die Quotenregelung ablehnten, wurden zu den „anderen“ EU-Mitgliedstaaten, da sie diese Werte – so die Deutung – nicht vertreten würden.

Mit der Konstruktion des „Anderen“, dem „Diskurs der Differenz“¹⁹, geht – so die Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak – der „Diskurs der Identifikation“²⁰ einher. Dies bedeutet, dass bei der Konstruktion der „Anderen“ die eigene Selbstdefinition als positive Wir-Bezeichnung hervorgehoben wird, um das eigene Kollektiv zu definieren.²¹

Die „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 war ein diskursives Ereignis, welches den Diskurs über die EU und die europäische Integration aktualisierte. Um Zusammengehörigkeit innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu erreichen wurden viele Identifikationskonstruktionen im EU-Diskurs angeboten und verhandelt. Während sich sprachwissenschaftliche Ansätze – wie ihn Ruth Wodak in der Kritischen Diskursanalyse weiterentwickelte – stärker auf linguistische Strategien konzentrieren, die zur Konstruktion von Identität führen, geht es in dieser Arbeit um das Ermitteln und die Wirkung der EU-Deutungen, die im Zuge der „Flüchtlingskrise“ während dieses Prozesses der Selbstdefinition und Positionierung entstanden waren. Mit Hilfe der Theorie von Peter L. Berger und Thomas Luckmann in „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“, und mit Hilfe ihrer theoretische Weiterentwicklung in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, kann erklärt werden, wie Deutungen auf die Gesellschaft einwirken.

¹⁸ Hall, Rassismus als ideologischer Diskurs, 180.

¹⁹ Rudolf de Cillia, Dilek Cinar, Bernd Matouschek, Ruth Wodak, Identitätswandel Österreichs im veränderten Europa. In: Rudolf de Cillia, Dilek Cinar, Bernd Matouschek, Ruth Wodak (Hg.), Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs. Theorien, Methoden und Probleme der Forschung zu kollektiver Identität (Wien 1995) 8f.

²⁰ Ebd. 8f.

²¹ Ebd. 8f. Siehe weiter: Rudolf de Cillia, Martin Reisigl, Ruth Wodak, The discursive construction of national identities. In: Discourse & Society 10, 2 (1999) 149-173.

3.2. *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*

Die Theorie „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ wurde von Peter L. Berger und Thomas Luckmann unter dem englischen Titel „The Social Construction of Reality“ 1966 veröffentlicht. Ihr Werk wurde 1969 ins Deutsche übersetzt und gilt heute als Standardwerk der Soziologie und Hauptwerk der Wissenssoziologie. Die Wissenssoziologie ist eine Disziplin der Soziologie, die von der sozial konstruierten Wirklichkeit ausgeht und sich mit der Entstehung, Verbreitung und Wirkung von Wissen beschäftigt. Untersuchungsgegenstand ist alles Wissen, dass die Gesellschaft hervorbringt und durch welches die Gesellschaft geformt wird.²² Luckmann und Berger formulieren den Anspruch der Wissenssoziologie wie folgt:

„Wir behaupten also, daß die Wissenssoziologie sich mit allem zu beschäftigen habe, was in einer Gesellschaft als ‚Wissen‘ gilt, ohne Ansehen seiner absoluten Gültigkeit oder Ungültigkeit. Insofern nämlich alles menschliche ‚Wissen‘ schließlich in gesellschaftlichen Situationen entwickelt, vermittelt und bewahrt wird, muß die Wissenssoziologie zu ergründen versuchen, wie es vor sich geht, daß gesellschaftlich entwickeltes, vermitteltes und bewahrtes Wissen für den Mann auf der Straße zu außer Frage stehender ‚Wirklichkeit‘ gerinnt. Mit anderen Worten behaupten wir: Die Wissenssoziologie hat die Aufgabe, die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit zu analysieren.“²³

Nach Berger und Luckmann basiert unsere „Wirklichkeit“ auf unserem Wissen über diese Wirklichkeit. Mit Wissen ist „Allerweltswissen“ gemeint, alles „Wissen“, welches für die menschliche Gesellschaft Sinn und Bedeutung konstruiert.²⁴ Dieses Wissen bestimmt unser Verhalten in der Alltagswelt und lässt so die gesellschaftliche Wirklichkeit entstehen.²⁵

Die Wirklichkeit der Alltagswelt wird durch Intersubjektivität erfahren. Nur wenn die Alltagswelt für die anderen genauso wirklich ist, ist sie gültig. Da jeder Mensch die Alltags-

²² Vgl. Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 21.

²³ Peter L. Berger, Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Hg. v. Helmuth Plessner (Frankfurt am Main, Fischer Reihe ⁵1977, ²⁶2016) (Original: The Social Construction of Reality, 1966) 3.

²⁴ Berger, Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 16.

²⁵ Ebd. 21.

welt von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, muss das Wissen über die Alltagswelt ausverhandelt werden.²⁶ Die Wirklichkeit ist dann gegeben, wenn alle diese Wirklichkeit als gegeben, als „*selbstverständliche, zwingende Faktizität*“²⁷ hinnehmen.

Wie ist diese ausverhandelte und als Alltagswelt bestimmte Wirklichkeit greifbar bzw. sichtbar? Die Wirklichkeit wird nur anhand von Objektivationen greifbar. Objektivationen äußern sich in menschlichen Handlungen, mittels Sprache, Symbole, Zeichen. Alles was dient die gemeinsame Wirklichkeit „begreiflich“ zu machen, ist eine Objektivation.²⁸

Berger und Luckmann betonten die Dialektik zwischen der Konstruktion und der faktischen Gegebenheit dieser Wirklichkeit. Der Prozess der Wirklichkeitskonstruktion wird von den beiden Autoren Externalisierung – Objektivation – Internalisierung genannt.²⁹ Die bereits ausverhandelte Wirklichkeit ist in Objektivationen erlebbar und wird durch Internalisierung (mittels Sozialisation durch die Erziehung im Kindesalter und durch wissensspezifische Bildung im Erwachsenenalter) weitergegeben. In die Internalisierungsprozesse der Sozialisation interveniert die Gesellschaftsstruktur, die in einem sozio-strukturellen Raum verortet ist. Gesellschaftlich unterschiedliche Wissensvorräte sind die Folge.³⁰ Die Theorie konstatiert, dass die entstandene Wirklichkeit nicht einfach da ist, sondern ein „Produkt menschlichen Tuns“ ist.³¹ Berger und Luckmann weisen auf das Paradoxon hin, dass der Mensch sich zwar seine Wirklichkeit produziert, sie dann aber als gegeben hinnimmt.³²

Ein Beispiel von Berger und Luckmann soll die Theorie veranschaulichen: Das Kind lernt von seiner Mutter, dass Suppe nicht verschüttet werden darf. Die Reaktion der Mutter aufs Verschütten, das „Böse sein“, ist die Objektivation. Das Kind lernt weiter, dass die ganze Gesellschaft etwas dagegen hat Suppe zu verschütten. Das Ablehnen vom Verschütten von Suppe ist zur gesellschaftlichen Norm geworden. Folglich verschüttet das Kind keine Suppe mehr. Nach dieser Norm wird das Kind solange handeln, bis es die Norm in Frage stellt.³³

²⁶ Berger, Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, 25f.

²⁷ Ebd. 26.

²⁸ Ebd. 36-43.

²⁹ Ebd. 139.

³⁰ Ebd. 174f.

³¹ Ebd. 55.

³² Ebd. 65.

³³ Vgl. Ebd. 143f.

3.3. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse

Bei der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) handelt es sich um ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm, welches vom deutschen Soziologen Reiner Keller theoretisch fundiert und maßgeblich gestaltet wurde. Die Grundlegung des Forschungsprogrammes publizierte Keller 2005 in seinem theoretischen Werk „Wissenssoziologische Diskursanalyse“.

Die WDA analysiert die „gesellschaftlichen Wissensverhältnisse“ und „Wissenspolitiken“, die in Diskursen Bedeutungszuschreibungen, und somit Wirklichkeit, konstruieren.³⁴ Unter den gesellschaftlichen Wissensverhältnissen versteht die WDA

„die sozial erzeugten und historisch situierten Konfigurationen von Wirklichkeits-, d.h. Faktizitäts- und Normativitätsbehauptungen, die den lokalen, nationalen, transnationalen, globalen Horizont dessen aufspannen, was als ‚gesellschaftliche Wirklichkeit‘ gilt.“³⁵

Diese Wissensverhältnisse bilden die objektive Wirklichkeit dann, wenn sie von den sozialen Akteuren aufgegriffen und verwendet werden. Wissensverhältnisse verändern sich, sie sind nur relativ stabil und werden in einem Prozess, den die WDA als „Wissenspolitik“ begreift, verhandelt.³⁶

Der WDA geht es nicht nur darum, Wissensvorräte zu ermitteln, sondern auch den Prozess der Entstehung, Verbreitung und Veränderung zu analysieren. Dieser Prozess findet in Diskursen statt. Hierfür hat die WDA die Wissenssoziologie mit dem Diskursbegriff Foucaults und den handlungstheoretischen Ansätzen des interpretativen Paradigmas zusammengeführt.³⁷

Unter Diskurs versteht die WDA, in Anlehnung an den Diskursbegriff von Foucault,

„Eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte

³⁴ Reiner Keller, Inga Truschkat (Hg.), Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven (Theorie und Praxis der Diskursforschung, Wiesbaden 2013) 27f.

³⁵ Keller, Truschkat (Hg.), Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, 27f.

³⁶ Ebd. 28.

³⁷ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 187.

*gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungs-
erzeugung untersucht werden.*“³⁸

Die handlungstheoretischen Ansätze des interpretativen Paradigmas, insbesondere der symbolische Interaktionismus, gehen davon aus, dass Menschen Dingen Bedeutungen zuschreiben. Sie konstruieren Handlungs- und Deutungsmuster auf denen das Handeln basiert. Mit „Dingen“ ist all das gemeint, was der Mensch wahrnimmt. Demnach physische Dinge genauso wie Handlungen und Gefühle.³⁹ Die Bedeutungszuweisung erfolgt in einem kollektiven Aushandlungsprozess: In diesem wird die Bedeutung weitergegeben, hinterfragt und/oder verändert.⁴⁰ Dieser Aushandlungsprozess findet in Diskursen statt.

Diskursive Ereignisse aktualisieren den Diskurs. Akteure orientieren sich an den Regeln und Ressourcen des bestehenden Diskurses. Sie reproduzieren bzw. transformieren die Diskursstruktur, die Bedeutungszuschreibungen, in einem Diskurs. Dieser Prozess ist anhand der getätigten Aussagen analysierbar.⁴¹ Diskurse tragen auf Grund der Aussagen, die Menschen im Diskurs tätigen, verhandeln und wiederholen, zur Entstehung von gesellschaftlichen Wissensvorräten bei. Auf diesen Wissensvorräten basiert unsere Wirklichkeit.⁴² Die so entstandene Wirklichkeit zeigt sich in Form von „*Gesetze(n), Statistiken, Klassifikationen, Techniken, Artefakte(n) oder Praktiken*“⁴³. Auf dieser „Wirklichkeit“ basiert unser Handeln bzw. wird unser Handeln beschränkt.⁴⁴

Die WDA analysiert Wissensverhältnisse und Wissenspolitiken in Diskursen. Sie setzt sich zum Ziel

- die Entstehung und Verbreitung der Deutungs- und Handlungsweisen in Diskursen zu ermitteln und ihre gesellschaftliche Wirkung zu untersuchen. Der Fokus liegt auf der wirklichkeitskonstituierenden Funktion von Diskursen, die anhand von Objektivierungen, d.h. anhand der Regeln und Handlungen, sichtbar gemacht wird.⁴⁵

³⁸ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 234.

³⁹ Ebd. 73f.

⁴⁰ Ebd. 74.

⁴¹ Ebd. 236f und Ebd. Abbildung 2, 195.

⁴² Ebd. 237.

⁴³ Ebd. 237.

⁴⁴ Ebd. 237.

⁴⁵ Ebd. 192f.

4. Zur Methode

4.1. Von der Wissenssoziologischen Diskursanalyse zur Deutungsmusteranalyse

Der Theorie von Berger und Luckmann und der Wissenssoziologischen Diskursanalyse folgend, basiert unsere Wirklichkeit auf den in Diskursen konstruierten Wissensvorräten. Hier geht es um die Frage, wie Wissensvorräte in den Diskursen zu finden sind und wie sie ermittelt werden können.

Die Wissenssoziologische Diskursanalyse ist eine theoretische Perspektive und bietet von sich aus keine eigene Methode an. Als Werkzeugkiste für die Wissenssoziologische Diskursanalyse empfiehlt die WDA den Fokus auf wissenssoziologische und hermeneutisch-interpretative Konzepte und Methoden zu richten.⁴⁶ Praktiken, Texte, Artefakte sind „*materiale Manifestationen gesellschaftlicher Wissensordnungen*“⁴⁷ und können nach ihrem gesellschaftlichen Wissensvorrat untersucht werden.⁴⁸ Sie erhalten ihre Bedeutungszuschreibungen in Diskursen, bzw. kann ihre Bedeutung auch nur mit Blick auf den Diskurs verstanden werden.⁴⁹

Ein Diskurs kann nach seiner inhaltlichen Strukturierung analysiert werden. Dieser setzt sich aus Klassifikationen, Phänomenstrukturen, narrativen Strukturen und Deutungsmustern zusammen.⁵⁰ Gemeinsam bilden alle Strukturierungselemente das diskursspezifische Interpretationsrepertoire, aus dem heraus Handlungen, Einstellungen und gesellschaftliche Strukturen interpretiert werden können.⁵¹

Klassifikationen sind Typisierungsprozesse, die die Ordnung und Deutung und durch ihre performative Wirkung die Erschaffung von Wirklichkeit ermöglichen. Phänomene werden mittels Klassifikationen eingeteilt und bewertet. Beispielsweise wird zwischen Gesundem

⁴⁶ Vgl. Keller, *Truschkat*, Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, 43-46.

⁴⁷ Ebd. 49.

⁴⁸ Ebd. 49.

⁴⁹ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 240.

⁵⁰ Ebd. 240. Reiner Keller erläutert die Diskursstruktur sowie das Deutungsmusterkonzept nach der WDA, teilweise mit den gleichen Formulierungen, noch in: Keller, *Truschkat*, Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, 46-49. Sowie: Keller, *Truschkat*, Angelus Novus, 199-304. Und: Reiner Keller, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse. In: Cornelia Behnke, Diana Lengersdorf, Sylka Scholz (Hg.), *Wissen-Methode-Geschlecht: Erfassen des fraglos Gegebenen* (Wiesbaden 2014), 155f.

⁵¹ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 240.

und Krankem, Nicht-Medizinischem und Medizinischem, Gutem und Bösem, usw. unterschieden.⁵²

Phänomenstrukturen zeigen die diskursiven Zuschreibungen, also die Ursache, die Akteure, Positionierungen, die Zuständigkeiten, die Handlungsanleitungen und die Wertungen eines Diskurs-Gegenstandes auf.⁵³

Narrative Strukturen verknüpfen als „Story Line“ die verschiedenen Deutungsmuster, Klassifikationen und die Phänomenstruktur in einem Diskurs zu einer Erzählung.⁵⁴

Diese Arbeit sieht eine Analyse der Deutungsmuster vor, weswegen hier näher auf das Deutungsmusterkonzept eingegangen wird.

4.2. Das Deutungsmusterkonzept

Die ersten theoretischen und methodischen Überlegungen zu einer Deutungsmusteranalyse wurden von Ulrich Oevermann 1973 verfasst. In den darauffolgenden Jahren wurden seine Überlegungen weitergeführt, ohne zu klaren methodischen Überlegungen und einer klaren theoretischen Verortung zu führen.⁵⁵

Christian Lüders und Michael Meuser haben in einem Handbuchartikel 1997 den Stand der Deutungsmusterdiskussionen zusammengefasst und eine strukturtheoretische und einen wissenssoziologische Perspektive auf Deutungsmuster ausgemacht: Die strukturtheoretische Perspektive sieht in handlungsanleitenden Deutungsmustern eine Regelstruktur, nach der subjektive Handlungen mit Sinn verknüpft werden.⁵⁶ Eine „weiche“ Variante dieser Perspektive sieht handelnde Subjekte nicht nur als Träger, sondern auch als „*Erzeuger, Gestalter und Verwender*“⁵⁷ von Deutungsmustern. In der wissenssoziologischen Perspektive sind Deutungsmuster nicht bewusst verfügbar, zeigen sich jedoch in Praktiken. Deu-

⁵² Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 243-248.

⁵³ Ebd. 248-251.

⁵⁴ Ebd. 251-252.

⁵⁵ Christine Plaf, Michael Schetsche, Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster. In: Sozialer Sinn 2, H. 3 (2001) 515f.

⁵⁶ Christian Lüders, Michael Meuser, Deutungsmusteranalyse. In: Ronald Hitzler, Anne Honer (Hg.), Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung (Opladen 1997) 62.

⁵⁷ Lüders, Meuser, Deutungsmusteranalyse, 63.

tungsmuster sind in einem historischen und sozialen Raum verwurzelt und sollen nach dem Prozess der Wirklichkeitskonstruktion untersucht werden.⁵⁸

Die von Lüders und Meuser vorgeschlagenen Klassifikationen der verschiedenen Deutungsmusterkonzepte sind für die WDA nicht überzeugend: Die WDA schlägt vor, die „harte“ Variante des strukturtheoretischen Deutungsmusterkonzeptes der Objektiven Hermeneutik zuzuordnen, die „weiche“ Variante der strukturtheoretischen Perspektive mit der wissenssoziologischen Perspektive auf Deutungsmuster zu vereinen.⁵⁹

Christine Plaß und Michael Schetsche haben mit ihrem Beitrag „Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster“ 2001 die Deutungsmusteranalyse weiter in der Wissenssoziologie verortet und Funktionen (Komplexitätsreduktion, Antizipation von Situationsentwicklungen, Verständigung von Grenzsituationen und Erzeugung sozialer Gemeinschaft⁶⁰) und eine inhaltliche Struktur von Deutungsmuster (Situationsmodell, Erkennungsschema, Prioritätsattribute, Hintergrundwissen, Emotionsmuster, Handlungsanleitung⁶¹) festgelegt. Deutungsmuster sind nach Plaß/Schetsche sozial geltende Wissensbestände, die Interpretations- und Handlungsanleitungen aussprechen. Sie müssen kollektiv geteilt und weitergegeben werden. Neue Deutungsmuster werden primär durch die Medien vermittelt.⁶²

Die Wissenssoziologische Deutungsmusteranalyse nach Plaß/Schetsche entwickelte sich unabhängig von der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Michael Schetsche und Ina Schmied-Knittel haben 2013 in ihrem Artikel „Deutungsmuster im Diskurs“ das Deutungsmusterkonzept von Plaß/Schetsche an die WDA herangeführt. Berührungspunkte sind vorhanden: Plaß/Schetsche/Schmied-Knittel konstatieren wie die WDA, dass Deutungsmuster in Mediendiskursen zu finden sind. Beide Konzepte, die wissenssoziologische Deutungsmusteranalyse nach Plaß/Schetsche/Schmied-Knittel sowie die WDA, sehen Deutungsmuster als wesentliche Kategorie an, um den Weg vom Wissen über die Deutung zur Handlung darzustellen.⁶³

⁵⁸ Lüders, Meuser, Deutungsmusteranalyse, 64f.

⁵⁹ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 243.

⁶⁰ Plaß, Schetsche, Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster, 525-527.

⁶¹ Ebd. 528-530.

⁶² Ebd. 523f.

⁶³ Keller, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse, 155. Und: Michael Schetsche, Ina Schmied-Knittel, Deutungsmuster im Diskurs. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1, H. 1 (2013) 32.

Ein Unterschied zwischen der Deutungsmusteranalyse nach Plaß/Schetsche/Schmied-Knittel und dem Deutungsmuster nach der WDA ist in der Perspektive beider Konzepte zu sehen: Plaß/Schetsche/Schmied-Knittel sehen Deutungsmuster als inhaltlichen Bestandteil eines Diskurses, während die WDA, im Sinne einer an Foucault angelegten Diskursanalyse, sich für die diskursiven Formationsregeln (wer spricht was, wie wird argumentiert und wie werden Themen verbunden⁶⁴) interessiert, mit Hilfe derer Deutungsmuster aufgebaut werden.⁶⁵ In der WDA besteht die „Qualität“ in der Analyse von Deutungsmuster *„aus dem spezifisch eingelösten Verhältnis von Fragestellung, Gegenstand und Methode der Untersuchung.“*⁶⁶ Die WDA lässt das Deutungsmusterkonzept hinsichtlich vordefinierter, inhaltlicher Strukturierungen und Funktionen offen.

4.3. Der Deutungsmusterbegriff in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse

Die WDA definiert Deutungsmuster wie folgt: Deutungsmuster sind *„bedeutungsgenerierende Schemata, die durch Diskurse verbreitet werden und nahe legen, worum es sich bei einem Phänomen handelt.“*⁶⁷

- Deutungsmuster sind im gesellschaftlichen Wissensvorrat vorhandene, diskursiv entstandene, kollektive Produkte;
- sie haben einen performativen Charakter: sie organisieren individuelle und kollektive Erfahrungen und sprechen sinnstiftende Handlungsanweisungen aus;
- sie konstruieren Bedeutungen;
- sie sind auf Grund eines bestimmten Deutungsanlasses entstanden und werden bei ähnlichen Ereignis-Anlässen reaktiviert;
- Deutungsmuster verknüpfen Wissens- bzw. Deutungselemente, Argumentationen und Wertungen miteinander.⁶⁸

⁶⁴ Vgl. Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 134.

⁶⁵ Vgl. Maya Halatcheva-Trapp, Elternschaft im Wechselspiel von Deutungsmustern und Diskurs. Ein wissenssoziologischer Blick auf die Trennungs- und Scheidungsberatung (Theorie und Praxis der Diskursforschung, gedr. Diss., München 2016) Fußnote 58. Sowie: Keller, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse, 155f.

⁶⁶ Keller, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse, 156.

⁶⁷ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 243.

⁶⁸ Vgl. Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 240.

Die Verknüpfungen der Wissens- Deutungselemente mit Argumenten und Wertungen können anhand ihres Typischem, anhand ihres Musters, erkannt werden. Deutungsmuster sind Analyseinstrumente im Sinne einer wissenssoziologischen Heuristik, um typisierte Aussagen auf Phänomene zu analysieren. Sie ermöglichen die Darstellung des Weges „von der Diskursebene zur alltäglichen Deutungs- und Lebenspraxis“⁶⁹.

Diskurse sind eine wichtige Analyseebene von Deutungsmuster. Sie beinhalten verschiedene Deutungsmuster und können neue generieren. Wissensanalytisch lassen sich Diskurse anhand der Rekonstruktion von Deutungsmuster untersuchen.⁷⁰

4.4. Methodische Schritte

Eine komplette Wissenssoziologische Diskursanalyse ist für diese Forschungsarbeit zu umfangreich. Es erfolgt hier nur ein Schritt einer WDA: Eine Rekonstruktion der Deutungsmuster, die im EU-Diskurs zur Zeit der „Flüchtlingskrise“ in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen transportiert wurden. Die Ergebnisse müssten im Rahmen der WDA mit weiteren Analysemethoden ein- und weiterverarbeitet werden. Insbesondere müsste sich der Blick in weiterführenden Arbeiten auf die Dispositive (diese zeigen sich in Form von Gesetzen, Verhaltensanweisungen, etc.⁷¹) richten.

Diskursebene

Deutungsmuster entstehen in Diskursen und werden in diesen vermittelt. Die Diskursebene dieser Forschungsarbeit ist der öffentliche EU-Diskurs, wie er in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen dargestellt wurde. Die „Flüchtlingskrise“, als diskursives Ereignis begriffen, bewirkte große mediale Aufmerksamkeit, weswegen die öffentlichen Medien sich als Diskursebene eignen.

⁶⁹ Keller, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse, 155.

⁷⁰ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 243.

⁷¹ Ebd. 235.

Auswahl des Quellenkorpus

Den Quellenkorpus bilden jene Artikel in österreichischen Tageszeitungen, welche die Lösungsvorschläge und Maßnahmen der EU in Bezug auf die „Flüchtlingskrise“ im Zeitraum Juli 2015 bis März 2016 thematisieren. Die Auswahl der Artikel erfolgte anhand eines Durchblätterns der Zeitungen *Der Standard*, *Die Presse*, *Kronen Zeitung*, *Kurier*, *Österreich* und *Wiener Zeitung*, im Lesesaal der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB). Die Zeitungen wurden im Original durchgeblättert und die relevanten Artikel für die Analyse abgespeichert. Das Durchblättern der Zeitungen im Original ermöglichte es, die Artikel in ihrem jeweiligen Nachrichten-Kontext zu ermitteln, was bei der Interpretationsarbeit hilfreich war.

Jene Artikel, die das Abkommen der EU mit der Türkei thematisieren, wurden nicht in die Analyse mit einbezogen, da deren Perspektive sich weniger auf die konkreten Maßnahmen zur Lösung der „Flüchtlingskrise“ richtet, sondern die Türkei-Forderungen thematisiert werden. Diese Artikel sind dem Diskurs über einen EU-Beitritt der Türkei zuzuordnen.

Von der Untersuchung ausgeklammert wurden alle Leitbriefe der Redakteure, Kommentare und Leserbriefe. Die Tageszeitungen *Kurier*, *Kronen Zeitung* und *Österreich* erscheinen in lokalen Mutationen. Hier wurden nur die Artikel in die Analyse mit einbezogen, die im bundesweit erscheinenden Teil der Zeitung publiziert wurden. Die Artikel des Lokalteils wurden ausgeklammert.

Eine Analyse von Deutungsmustern untersucht nicht einzelne Äußerungen, sondern ermittelt die sich wiederholenden Äußerungen. Ein so entstehendes Deutungsmuster bildet sich nicht in einem einzelnen Artikel, sondern entwickelt sich über mehrere, sich wiederholende Äußerungen hinweg.

Sequenzanalyse

Die methodischen Schritte orientieren sich an der Sequenzanalyse, wie Reiner Keller sie als mögliche Methode zur Rekonstruktion von Deutungsmustern im Rahmen einer WDA vorschlägt.⁷² Eine Sequenzanalyse im Sinne der WDA geht davon aus, dass sich in Texten

⁷² Siehe dazu: Keller, Truschkat, Angelus Novus, 304-306.

nach und nach Sinnaufbau generiert, indem durch Bedeutungsverengungen Interpretationsmöglichkeiten begrenzt werden.⁷³

Die Sequenzanalyse interessiert sich nicht für die Intention des Verfassers, noch für die Einzigartigkeit einer Aussage, sondern für die in unterschiedlicher Gestalt in Erscheinung tretenden Muster. Diese sind in einem Deutungshorizont eingebettet und können nur aus diesem heraus verstanden werden.⁷⁴

Die Deutungsmuster werden im Diskursstrang von dem spezifischen Thema „Flüchtlingskrise“ zusammengehalten. Die zum Diskursstrang passenden Sinnabschnitte in einem Artikel müssen textübergreifend im Diskurs ermittelt und interpretiert werden.⁷⁵

In einem ersten Lesedurchgang wurden die relevanten Diskursfragmente ermittelt. In einem zweiten Lesedurchgang wurden diese in Abschnitte gegliedert, die sich nach folgenden Fragen richteten:

- Problematisierung: Wie wird die „Flüchtlingskrise“ als Ereignis vorgestellt? Im Leseverlauf präzisierte sich diese Frage auf: Durch welche rhetorischen Stilmittel wird die Migrationsbewegung bezeichnet und wie wird sie bewertet?
- Problemlokalisierung: Welche Akteure sprechen? In welchem Zusammenhang stehen sie mit der EU? Welche Lösungsansätze werden thematisiert? Wie werden die Lösungen und die EU bewertet?
- Handlungsanleitung: Welche Handlungsanleitungen werden ausgesprochen?
- Argumentationsgrundlage: Dieser Abschnitt beinhaltet die Argumentationsgrundlage, aus der heraus die Wertung der Situation bzw. die Befürwortung des im Deutungsmuster thematisierten Lösungsvorschlages belegt wurde.

Während des zweiten Lesedurchganges wurden in den Abschnitten bereits Kategorisierungen gebildet. Die in Abschnitten und Kategorien (beispielsweise: Migrationsbewegung als Gefahr bzw. als humanitäre Ausnahmesituation) zerlegten Textstücke zeigten, auf Grund der Häufigkeit der Aussage, Muster auf. In einem letzten Lesedurchgang wurden die so entstandenen Abschnitte und Kategorien überprüft und zu Deutungsmustern zusammengefasst.

⁷³ Keller, Truschkat, Angelus Novus, 305.

⁷⁴ Ebd. 305.

⁷⁵ Ebd. 304.

Zuordnung zu einem Deutungsmuster

Der gleiche Inhalt konnte unterschiedlich – je nach Deutungsmuster - wiedergegeben werden. Ausschlaggebend für die Zuordnung zu einer Kategorie eines Deutungsmusters waren die Argumente und rhetorischen Mittel, die verwendet wurden. Das folgende Beispiel soll die Zuordnung darstellen:

Deutungsmuster *Die Abschottung der EU:*

Hunderttausende Flüchtlinge strömten bisher via Türkei nach Griechenland und von dort weiter zu uns. Das muss gestoppt werden. Ein Deal mit der Türkei war deshalb eines der zentralen Themen beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag in Brüssel. Österreich, 16. Oktober 2015, S. 5, EU-Deal mit der Türkei soll Flüchtlings-Welle stoppen

Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU:*

Österreich: Mit der Türkei wurde nun eine Einigung über einen Aktionsplan erzielt. Was beinhaltet dieser?

Werner Faymann: Alles, was hilft, dass die Flüchtlinge in der Region bleiben können und dort menschlich behandelt werden, ist wichtig. Die Verhandlungen mit der Türkei sind deshalb genauso notwendig wie die finanziellen und personellen Unterstützungen an der griechischen Grenze. Interview mit Werner Faymann. Österreich, 17. Oktober 2015, S. 5, Kanzler: „Merkel und ich ziehen an einem Strang

Der Artikel links wurde dem Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* zugeordnet, dessen Perspektive sich auf das Wiedererlangen der Kontrolle über die Migrationsbewegung richtet. Die Akteure im Deutungsmuster sind die EU-Staats- und Regierungschefs. Ihr Ziel ist es, den Zustrom der Flüchtlinge zu stoppen und die Kontrolle über die Migrationsbewegung wiederzuerlangen.

Der Artikel rechts wurde dem Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* zugeordnet. Die Perspektive dieses Deutungsmusters richtet sich auf die humanitäre Situation der Flüchtlinge. Sprecher im Artikel ist der damalige österreichische Bundeskanzler Werner Faymann. Er nimmt die Position eines mit der EU-Kommission und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel eng zusammenarbeitenden Regierungschefs ein. Faymann verweist auf die humanitäre Komponente der „Flüchtlingskrise“ und kommuniziert die Maßnahmen als Hilfsleistungen für die Flüchtlinge.

5. Untersuchungszeitraum und Quellenkorpus

5.1. Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum beginnt mit Juli 2015. Im Hochsommer 2015 wurde die Situation von Flüchtlingen an den Grenzen zu EU-Europa und in Europa ein zunehmend stärker werdendes Thema in den Medien, um dann spätestens ab dem 4. September 2015 mit Angela Merkels bekannt gewordenem Ausspruch „*Wir schaffen das*“, als historisches Ereignis gelten zu können.⁷⁶ Während sich die österreichische Berichterstattung im Sommer noch auf die österreichischen Herausforderungen der Migrationsbewegung konzentrierte, fokussierte sich ab Ende August bzw. Anfang September der mediale Blick auf die EU.

Die Migrationsbewegung wurde, auf Grund verschiedener EU-Maßnahmen und nationaler Maßnahmen, bis März 2016 beendet.

Während des Wahlkampfes zum Bundespräsidenten 2016 zogen die Kandidaten Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer die EU-Deutungen heran, so die These, um sich zu positionieren. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich bis zum letzten Wahltermin am 4. Dezember 2016.

5.2. Quellenkorpus

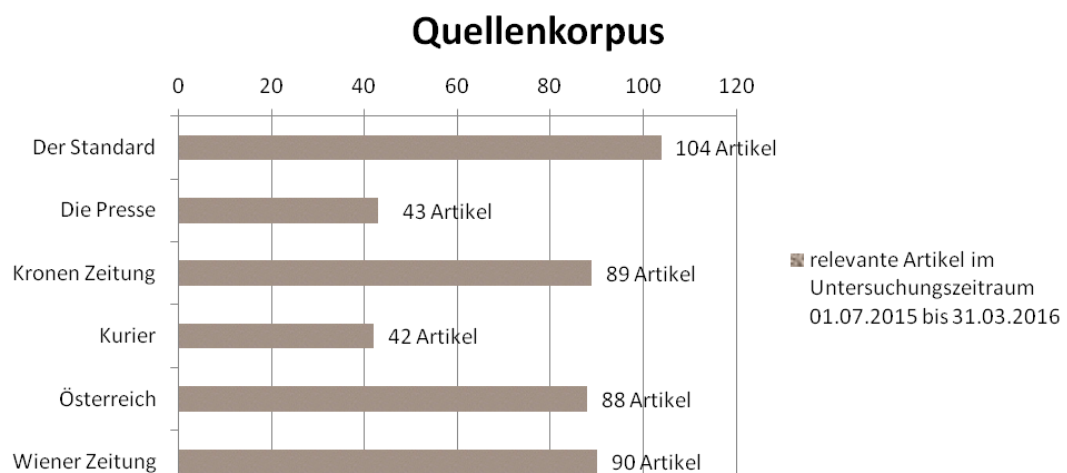
Den Quellenkorpus bilden jene Artikel, die zum Thema „Flüchtlingskrise“ und „EU“ in den auflagenstärksten und bundesweit erschienenen, österreichischen Tageszeitungen gedruckt wurden. Die auflagenstärksten Tageszeitungen (in der Reichweite nach Leser pro Ausgabe), die bundesweit 2015/2016 erschienen, sind laut Media-Analyse 2015/2016⁷⁷, in absteigender Reihenfolge: *Kronen Zeitung*, *Österreich*, *Kurier*, *Der Standard*, *Die Presse*.

⁷⁶ Merkmale „historischer Ereignisse“ sind, dass sie den Geschehensverlauf in ein Vorher und Nachher unterbrechen. Historische Ereignisse gelten als richtungsweisend. Medien spielen bei der Konstruktion von historischen Ereignissen und ihren Wirkungsrichtungen eine wichtige Rolle. In: Vgl. Wolfgang Schmale, „Merkels 4. September 2015“ – Die Beschleunigung der europäischen Gegenwartsgeschichte durch „Ereignisse“. In: Wolfgang Schmale, „Mein Europa“, 23.10.2015, online unter: wolfgangschmale.eu/merkels-4-september-2015 (05.02.2019), Absatz 4-5.

⁷⁷ MA 15/16 Presse. In: Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen, online unter: <http://www.media-analyse.at/table/2683> (05.02.2019).

In der Medienanalyse wird die Wiener Zeitung nicht berücksichtigt. Sie wird in den Quellenkorpus mit einbezogen, da sie vollständig im Besitz der Republik stehend als inoffizielles Regierungsblatt angesehen wird.

Insgesamt 456 Artikel bilden, nach den zuvor genannten Kriterien gewählt, den Quellenkorpus im Untersuchungszeitraum 01. Juli 2015 bis 31. März 2016. Diese verteilen sich, wie in der folgenden Statistik ersichtlich, auf die Zeitungen wie folgt auf:



Eine Auflistung der Artikel, sowie ihre Zuordnung zu dem jeweiligen Deutungsmuster, befinden sich in Kapitel „12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen“.

5.3. *Verortung der Zeitungen*

Die österreichischen Tageszeitungen liegen in der Österreichischen Nationalbibliothek auf. Bis auf die Artikel der Tageszeitung *Österreich* können alle in der Online-Datenbank WISO-Presse gelesen werden.

Der Standard

Der Standard ist eine Qualitätszeitung.⁷⁸ Er erreichte 2015/2016 in allen Altersgruppen eine ähnlich hohe Reichweite, die höchste in der Altersgruppe 50 - 59 Jahre.⁷⁹ Die ÖNB-Signatur lautet Neu-Per 1,290.754-E.

Die Presse

Die Presse ist ebenfalls eine Qualitätszeitung. Sie hatte 2015/2016 hohe Reichweiten in den Altersgruppen 20 - 29 Jahre und ab 50 Jahren, die höchste Reichweite erzielte sie in der Altersgruppe 70 oder älter.⁸⁰ Ihre Signatur der ÖNB lautet Neu-Per 974.002-F.

Kronen Zeitung

Die *Kronen Zeitung* ist die Tageszeitung mit der höchsten Reichweite Österreichs. Sie ist ein Boulevardblatt.⁸¹ Hohe Reichweiten erzielte die *Kronen Zeitung* 2015/2016 in den Altersgruppen ab 40 Jahren, die höchste Reichweite hatte sie in der Altersgruppe 50 - 59 Jahre.⁸² Der Erscheinungsverlauf ist täglich, die Ausgabe erfolgt in verschiedenen regionalen Mutationen. Für die Untersuchung wurde die Oberösterreich-Ausgabe herangezogen. Jene Artikel, die in der Rubrik „Politik“ erschienen sind, wurden in die Analyse mit einbezogen, während die Artikel im Regionalteil ausgeblendet blieben. In der Österreichischen Nationalbibliothek hat die Kronen Zeitung die Signatur Neu-Per 1,041.916-C.

Kurier

Der *Kurier* ist ein Mid Market Paper, er positioniert sich zwischen Qualitäts- und Boulevardzeitung.⁸³ Er erzielte 2015/2016 hohe Reichweiten in den Altersgruppen ab 40 Jahren, die höchste Reichweite hat er in der Altersgruppe 70 oder älter.⁸⁴ Der *Kurier* erscheint täglich in zahlreichen Mutationen. Für die Untersuchung wurden die Artikel der Rubrik Politik, Aktuell bzw. die Artikel der Sonderrubriken zur Migrationsbewegung verwendet, die in

⁷⁸ Hannes Haas, Medienkunde. Grundlagen Strukturen Perspektiven (2., überarb. und erw. Auflage Wien 2008, 109.

⁷⁹ MA 15/16 Presse (05.02.2019).

⁸⁰ Ebd. (05.02.2019).

⁸¹ Haas, Medienkunde, 105-107.

⁸² MA 15/16 Presse (05.02.2019).

⁸³ Haas, Medienkunde, 102.

⁸⁴ MA 15/16 Presse (05.02.2019).

der Morgenausgabe des *Kuriers* erschienen sind. Diese ist als „Kurier 1. Ausgabe“, bzw. ab 7. September 2015 unter „Kurier um 4:00“ mit der Signatur Neu-Per 1,019.889-E in der ÖNB zu finden.

Österreich

Die gratis Tageszeitung *Österreich* ist ein Boulevardblatt.⁸⁵ Hohe Reichweiten hatte *Österreich* 2015/2016 in den Altersgruppen ab 30 - 59 Jahren, die höchste Reichweite hatte sie in der Altersgruppe 50 - 59 Jahre.⁸⁶ *Österreich* erscheint täglich in mehreren Regional-Ausgaben. Für die Untersuchung wurde die Wien-Ausgabe mit der ÖNB-Signatur Neu-Per 1,818.888-D verwendet.

Wiener Zeitung

Die *Wiener Zeitung* ist eine Qualitätszeitung und erscheint täglich von Dienstag bis Samstag. Sie ist im Besitz der Republik Österreich und veröffentlicht für diese ein Amtsblatt. In der Medienanalyse wird die *Wiener Zeitung* nicht berücksichtigt. Nach eigenen Angaben hat die *Wiener Zeitung* von Dienstag bis Freitag eine österreichweite Auflage zwischen 22.000 bis 38.000 Stück sowie für Samstag eine österreichweite Auflage von 46.000 Stück. Ihr Lesepublikum ist überwiegend formal höher gebildet.⁸⁷ Ihre Signatur in der ÖNB lautet Neu-Per 393.052-D.

Die hier angeführten Tageszeitungen decken das Spektrum Boulevard- bis Qualitätszeitung, sowie alle Altersgruppen ab und können als repräsentativ für die österreichische Leserschaft angenommen werden.

⁸⁵ Haas, Medienkunde, 110.

⁸⁶ MA 15/16 Presse (05.02.2019).

⁸⁷ Angaben laut Mailantwort der Wiener Zeitung vom 14. Jänner 2019.

6. Analyse

Mithilfe der methodischen Schritte der Sequenzanalyse wurden jene Zeitungsartikel, die die Europäische Union im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ thematisieren, analysiert. Im Zuge der Analyse konnten drei Deutungsmuster ermittelt werden, die eine unterschiedliche Perspektive auf die Migrationsbewegung aufzeigen, sowie die EU unterschiedlich definieren und bewerten.

- Deutungsmuster: *Die Wertegemeinschaft EU*
- Deutungsmuster: *Die Abschottung der EU*
- Deutungsmuster: *EU-Ablehnung*

Die Deutungsmuster werden in folgende Abschnitte gegliedert und dargestellt:

- Problematisierung: Perspektive auf und Wertung der Migrationsbewegung
- Problemlokalisierung: Akteure und Lösungsansätze
- Wertung
- Handlungsanleitung
- Argumentationsgrundlage: zentrale Argumente des Deutungsmusters bzw. der Wertungen

Die in weiterer Folge zitierten Artikel wurden auf Grund ihrer Repräsentativität für das jeweilige Deutungsmuster gewählt.

6.1. *Deutungsmuster: Die Wertegemeinschaft EU*

In den Listen im Kapitel „12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen“ wird das Deutungsmuster mit „DM Wertegemeinschaft“ bezeichnet.

Das Deutungsmuster war nach der Flüchtlingstragödie bei Parndorf Ende August bis zu den Pariser Terroranschlägen stark vertreten. Der Tod von Flüchtlingen in einem Schlepper-LKW Ende August bei Parndorf in Österreich führte dazu, dass die Migrationsbewegung in den österreichischen Medien als humanitäre Katastrophe gewertet wurde. Nach den Terror-

anschlägen in Paris Anfang November und den Silvester-Ereignissen in Köln verschwand das Deutungsmuster sukzessive.

Problematisierung: Die Migrationsbewegung ist eine humanitäre Ausnahmesituation

Die Aufmerksamkeit auf die Migrationsbewegung wird mit dem Verweis auf die humanitäre Situation der Flüchtlinge, sowie auf die hohe und steigende Zahl der nach Europa kommenden Flüchtlinge gefordert. Jene Länder, die an der EU-Außengrenze lagen und die europäischen Ankunftsländer der Flüchtlinge waren (diese waren Griechenland, Ungarn und Italien), seien überfordert. Es sind Attribute wie „katastrophal“, „dramatisch“, Bezeichnungen wie „Flüchtlingstragödie“, „Flüchtlingsdrama“, „Schutzsuchende“, „Zustrom von Flüchtlingen“, sowie „Überforderung“, die auf die Dringlichkeit verweisen. Die Perspektive richtet sich auf die Not und das Leid der Flüchtlinge, auf die humanitäre Ausnahmesituation und die Situation in den EU-Ankunftsländern.

In Syrien sind mittlerweile acht Millionen Menschen innerhalb des Landes vertrieben worden. Vier Millionen haben das Land verlassen und Zuflucht in den Nachbarländern gesucht. Doch auch im Ausland mangelt es den Flüchtlingen an Grundversorgung, vor allem das Essen wird knapp – viele reisen daher weiter nach Europa. Kurier, 28. August 2015, S. 5, Die EU soll Grenzen kontrolliert öffnen

Elf Millionen Syrer sind auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg, vier Millionen retteten sich in die Nachbarstaaten Türkei, Libanon, Jordanien und Irak. Sie leben dort zu Zehntausenden in riesigen Flüchtlingslagern, teilweise fehlt es ihnen an Essen, Wasser und einem Mindestmaß an Hygiene. Österreich, 24. September 2015, S. 6, 2 Milliarden für Flüchtlings-Hilfe

Problemlokalisierung: Die EU-Kommission kann ihre Maßnahmen auf Grund mangelnder Solidarität innerhalb der EU-Mitgliedstaaten nicht umsetzen

Das Deutungsmuster wird vor allem von den EU-Kommissarinnen und Kommissaren, vom EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vermittelt. Bis Ende Dezember 2015 vertritt auch der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann dieses Deutungsmuster.

Inhaltlich geht es um die von der EU-Kommission befürworteten Hotspots an der EU-Außengrenze und die Quotenregelung. Die EU-Kommission wird als eine aktiv an gesamteuropäischen Lösungen arbeitende Institution kommuniziert. Die Umsetzungsmöglichkeit ihrer Lösungen wird jedoch kritisch bewertet.

Die Quotenregelung steht im Mittelpunkt des Deutungsmusters. Dieser Lösungsansatz wurde von einigen EU-Mitgliedstaaten abgelehnt. Am häufigsten werden im Deutungsmuster die ostmitteleuropäischen Staaten als die Staaten genannt, die die Lösung verhindern würden. Diese werden kurz als die „osteuropäischen Staaten“, „Osteuropäer“ bzw. die „Viségrad-Staaten“, bezeichnet.

Am Mittwoch will EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Pläne der Behörde in einer Ansprache vorlegen. Dabei sollen die Aufteilung von 120.000 Flüchtlingen geregelt und Randstaaten wie Griechenland und Italien entlastet werden. Doch die Osteuropäer, allen voran Ungarn, stemmen sich weiterhin gegen eine Quotenregelung. Wiener Zeitung, 8. September 2015, Titelblatt, Europas Große gehen bei Quoten für Flüchtlinge voran

Die große Frage ist, ob Juncker genügend Unterstützung der EU-Länder bekommen wird. Der erste verpflichtende Quotenvorschlag zugunsten Griechenlands und Italiens fand nicht genug Zustimmung. Besonders aus Osteuropa, aus der Slowakei, Tschechien und Polen, kamen Widerstände. Der Standard, 10. September 2015, S. 2, Flüchtlinge: Juncker-Schlüssel für Europa

Wertung: Die EU ist „gespalten“

Die Wertung einer „gespaltenen EU“ wird kommuniziert. Auf der einen Seite stünden die EU-Kommission und Angela Merkel, auf der anderen Seite der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán und die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, sowie die nach nationalstaatlichen Interessen handelnden EU-Staats- und Regierungschefs.

Die Suche nach Lösungen in der Flüchtlingskrise wird immer mehr zum Ringen um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Denn Einigkeit ist in der EU weiterhin nicht in Sicht. Der Widerstand mancher Mitgliedstaaten gegen die Vorschläge der EU-Kommission zur Umsiedlung von 120.000 Schutzsuchenden hält nämlich an. Wiener Zeitung, 22. September 2015, S. 3, Risse quer durch Europa

Die Regierungschefs versprochen viel, handelten aber vor allem auf nationaler Ebene. Der Standard, 16. Oktober 2015, S. 2, Viele Maßnahmen für weniger Flüchtlinge

Im Kern aber sind sich die vier osteuropäischen Staaten einig: Sie lehnen den Kurs Angela Merkels in der Flüchtlingsfrage strikt ab. Die Presse, 15. Februar 2016, S. 3, Merkel vor wichtigem EU-Gipfel völlig isoliert

Wertung: Die Quotenregelung ist ein Zeichen der Solidarität

Die Quotenregelung steht im Deutungsmuster für die faire Aufteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten und wird als Zeichen der Solidarität gewertet. Die ablehnende Hal-

tung der ostmitteleuropäischen Länder wird hervorgehoben. Der Appell nach Solidarität – vor allem an die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten gerichtet – wird mit dem historischen Datum 1989 begründet.

Am Sonntag hat der tschechische Premier Bohuslav Sobotka dann das Argument von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zurückgewiesen, wonach der Westen Flüchtlinge aus Ungarn nach 1956 und aus der Tschechoslowakei nach 1968 aufgenommen habe, sodass sich Budapest und Prag jetzt solidarisch verhalten sollten. Der Standard, 14. September 2015, S. 4, EU ringt um Flüchtlingsquoten

Die große Dankbarkeit der meisten Diplomaten galt am Dienstagabend in Brüssel den Polen. Niemand wählte dabei eine so überschwängliche Formulierung wie Thomas de Maizière: Die Regierung in Warschau habe mit ihrer Entscheidung (meine Anm.: Zustimmung zur Quotenregelung) der europäischen Solidarität einen großen Dienst erwiesen, sagte der deutsche Innenminister. Europa sei einen Schritt vorangekommen. Der Standard, 23. September 2015, S. 5, Grünes Licht für EU-weite Aufteilung von Flüchtlingen

Der Franzose (meine Anm.: Hollande) erinnerte daran, dass 1989 „ein Wind der Freiheit über Europa hinwegfegte“. Die Menschen hätten viel Hoffnung gehabt. Kohl und Mitterrand hätten den Weg aufgezeigt, wie man die Leute aus Mittel- und Osteuropa aufzunehmen habe, hätten „ihre Solidaritätserklärungen abgegeben“. Heute stünden wieder große Umbrüche an, aber auf globaler Ebene, in den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens und auch in unmittelbarer Nachbarschaft in der Ukraine. Es sei ein verständlicher erster Reflex, wenn manche nun glaubten, sie könnten sich durch das Hochziehen der Grenzen, durch den Rückzug ins Eigene den Problemen entziehen, sagte Hollande. Aber dies sei eine Täuschung, ein Irrtum. Der Standard, 07. Oktober 2015, S. 10, Flüchtlinge sind Bewährungsprobe für ganz Europa

Handlungsanleitung: Nationalstaatliche Maßnahmen verstoßen gegen die Werte der EU

Nationalstaatliche Maßnahmen, wie die Einführung von Grenzkontrollen und die Errichtung von Grenzzäunen, werden im Deutungsmuster abgelehnt. Sie gelten als unsolidarisch, da sie das Problem nur an den Nachbarstaat weitergeben und keine Lösung der „Flüchtlingskrise“ erbringen könnten. Die „Obergrenze“, die numerisch begrenzte Aufnahme von Flüchtlingen, wird als Verstoß gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Menschenrechte angesehen. Die Perspektive der Argumente richtet sich auf die Flüchtlinge und basiert auf der Einhaltung der Menschenrechte, welche als ein Grundwert der EU kommuniziert werden.

Hermans (meine Anm.: Präsidentin der Europäischen Seniorenunion) warnt allerdings davor, dass jedes EU-Land auf eigene Faust versucht, die Herausfor-

derungen, Flüchtlingen Schutz und den EU-Bürgern Sicherheit zu bieten, zu bewältigen. Damit würden die EU-Staaten die Probleme nur von einem Land zum nächsten weiterschieben und sich so den Weg zu Lösungen versperren. „Wir brauchen Solidarität.“ Die Presse, 4. Juli 2015, S. 11, Warnung vor Alleinangang bei der Grenzsicherung

Unterdessen greifen die EU-Mitgliedsländer zum Mittel der Selbsthilfe. Und sind völlig überfordert. Ungarn errichtet einen Zaun an der Grenze zu Serbien und ruft den Krisenzustand aus. Österreich und Deutschland führen Grenzkontrollen ein. Kilometerlange Staus sind die Folge. Auch die Slowakei sieht sich jeden, der aus Österreich und Ungarn kommend einreist, genau an. Polen und Sachsen sind zu einem derartigen Schritt bereit. Man fühlt sich fatal an die Zeit vor dem Fall des Eisernen Vorhanges erinnert. Dabei wird das Problem nicht gelöst, sondern einfach nur weiter gereicht. Wiener Zeitung, 16. September 2015, S. 3, Europa in der Sinnkrise

Man dürfe aber nicht vergessen, dass die Menschen vor schrecklichen Bürgerkriegen fliehen auch weil „unsere Bemühungen keinen Frieden gebracht haben“. Es entspreche den Werten, dem Recht und den Grundlagen der Union, ihnen zu helfen, unabhängig davon, ob sie später bleiben könnten oder nicht, sagte Merkel. Der Standard, 7. Oktober 2015, S. 10, Flüchtlinge sind Bewährungsprobe für ganz Europa

„Es führt kein Weg an einem Mehr an Solidarität vorbei. Ich erwarte mir von der österreichischen Regierung, dass sie entschieden Solidarität einfordert. Die jetzige Situation hat große Bedeutung für die Zukunft der EU. Wenn Land für Land wieder Grenzen hochzieht, dann ist das Europäische Projekt als Raum des Miteinanders infrage gestellt.“ Interview mit Caritas-Präsident Michael Landau. Wiener Zeitung, 3. November 2015, „Europa riskiert seine Seele“

Die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten lehnten die Quotenregelung ab. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán wird als deren Sprecher kommuniziert. Im Deutungsmuster wird die Ablehnung der ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten auf ihre restriktive Flüchtlingspolitik zurückgeführt. Sie würden die Quotenregelung auf Grund der fremden Kultur und Religion der Flüchtlinge ablehnen und sie als Eingriff in ihre staatliche Souveränität verstehen. Ungarns restriktive Flüchtlingspolitik wird als Verstoß gegen die Menschenrechte gewertet. Die soziokulturellen und nationalstaatlichen Argumente der ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten werden im Deutungsmuster abgelehnt, denn sie stünden im Gegensatz zu den Werten EU-Europas. Hier werden die „anderen“ EU-Mitgliedstaaten konstruiert, die gegen die Werte der EU verstoßen würden. Implizit und teilweise explizit definiert sich die EU selbst als Wertegemeinschaft.

„Wir brauchen in der EU eine Verständigung über unser Gesellschaftskonzept. Ich sehe mit extremer Sorge, dass es diesen Konsens derzeit nicht gibt. Europa basiert auf offenen, liberalen, wertebundenen Gesellschaften, die sich multi-religiös, multiethnisch und multikulturell verstehen.“ Interview mit dem deutschen Europa-Staatssekretär Michael Roth. Wiener Zeitung, 2. September 2015, S. 6, „Solidarität ist keine Einbahnstraße“

Er wolle keine große Zahl an Muslime in Ungarn haben, erklärte Orbán, und werde auch an der Grenze zum EU-Land Kroatien einen Zaun bauen, sollten Flüchtlinge dort ins Land strömen. Der Standard, 4. September 2015, Titelblatt, EU will Verteilung von 100.000 Flüchtlingen

„Asyl zu gewähren ist keine Gefälligkeit, es ist eine Pflicht im Sinne der humanitären europäischen Tradition“, so der Kommissar (meine Anm.: EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos). Kritik übte er an Ungarn – ohne jedoch das Land beim Namen zu nennen: „Europa ist durch viele Tragödien gegangen. Es gibt den Traum vom Europa ohne Grenzen. Hier einen Zaun zu erreichen ist gegen alle europäischen Prinzipien.“ Wiener Zeitung, 08. September 2015, S. 3, „Es geht ums Überleben des gesamten Kontinents“

Ob der Appell (meine Anm.: von Intellektuellen und Spitzenpolitiker aus den ostmitteleuropäischen Staaten) ein Nachdenken oder gar eine Kehrtwende der restriktiven Flüchtlingspolitik in den MOE-Staaten bewirkt, wird sich zeigen. Immerhin erkannten aber bereits Polens Medien, dass die bisherige Berichterstattung mehr Desinformation, Angst und dumpfe Xenophobie vermittelte denn solides Wissen. Schuld an dem Infodesaster sind auch rechtsnationale Politiker, die vor einer angeblichen „Islamisierung Polens“ durch die Aufnahme von ein paar Hundert muslimischen Flüchtlingen warnen, vor der angeblichen Einführung der Scharia und den künftig von Muslimen vollgepökelten katholischen Kirchen. Die EU-Kommission wiederum, die den Polen „Quoten“ aufdrücken wolle, bedrohe die Souveränität Polens, so wie es in Zeiten des Kommunismus Moskau getan habe. Der Standard, 19./20. September 2015, S. 7, Vor Europas Toren

Handlungsanleitung: Die EU soll sich als „Global Player“ stärker einbringen

Im Deutungsmuster wird die Forderung an die EU gerichtet, sich als „Global Player“ stärker an der Ursachenbekämpfung der Fluchtbewegungen in den Krisenländern zu beteiligen. Humanitäre Hilfe für Syrien und den syrischen Nachbarstaaten wird gefordert. Das von der deutschen Bundeskanzlerin ausverhandelte EU-Türkei-Abkommen soll im Deutungsmuster als Hilfe für die Flüchtlinge vor Ort verstanden werden: Das Geld, welches die Türkei erhalten würde, solle dazu dienen, die Lebensumstände der Flüchtlinge in der Türkei zu verbessern.

„Die Dinge werden viel zu zögerlich umgesetzt. Für die Aufgabe, vor der wir stehen, gibt es keine einfachen Lösungen. Hier ist jedes Land sowie die Staa-

tengemeinschaft gefordert. Es sind viele Elemente wesentlich, zuallererst die Hilfe in den Herkunftsländern selbst: Bemühungen, den Krieg dort zu beenden und den Menschen in der Umgebung Schutz und Sicherheit zu bieten.“ Interview mit Caritas-Präsident Michael Landau. Wiener Zeitung, 3. November 2015, S. 6, „Europa riskiert seine Seele“

„Die drei Milliarden sind kein Geschenk dafür, dass sie mit uns zusammenarbeiten.“ Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bekräftigte am Sonntag ebenso wie EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, dass die rund drei Milliarden Euro, die die EU Ankara zugesagt hat, ausschließlich zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eingesetzt würden. „Das ist kein ‚Pakt‘ mit der Türkei, sondern Hilfe für die Flüchtlinge“, sagte Schulz gemeinsam mit Faymann im Interview in der ORF-Sendung Hohes Haus. Die Gelder würden in einen Fonds gehen, aus dem Unterkünfte, Bildungsmaßnahmen oder medizinische Versorgung der Flüchtlinge finanziert würden. Der Standard, 7./8. Dezember 2015, S. 7, Milliarden für Türkei laut Faymann und Schulz „kein Geschenk“

Argumentationsgrundlage: Europa habe auf Grund ihrer historischen Vergangenheit die moralische Verpflichtung zur Solidarität und Humanität

Dieser Abschnitt beinhaltet die argumentative Grundlage, auf der die Unterstützung der Quotenregelung und die Handlungsanleitungen eingefordert werden.

Im Deutungsmuster wird die Solidarität mit den Flüchtlingen und innerhalb der EU-Mitgliedstaaten kommuniziert. Die humanitäre Situation der Flüchtlinge erfordere Hilfe. Ein Land alleine könne diese humanitären Herausforderungen nicht schaffen. Nur durch eine solidarische Vorgehensweise der EU-Mitgliedstaaten könne eine humanitäre Katastrophe verhindert werden. Der Appell zur Solidarität wird mit dem weiteren Bestehen der EU in Zusammenhang gebracht.

Sie (meine Anm.: Merkel) erinnerte daran, dass es derzeit weltweit mehr Flüchtlinge als nach dem Zweiten Weltkrieg gibt. „Europa ist als reicher Kontinent aber in der Lage, diese Probleme zu bewältigen“, zeigte sich die deutsche Kanzlerin überzeugt. Die Flüchtlingstragödie mahne Europa, „das Thema Migration im europäischen Geist anzugehen und auch Lösungen zu finden“. Wiener Zeitung, 28. August 2015, S. 5, „Es kann so nicht weitergehen“

Das 17 Punkte umfassende Maßnahmenpaket, das nach Mitternacht von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Bundeskanzlerin Angela Merkel und UN-Flüchtlingshochkommissar António Guterres präsentiert wurde, muss also zugleich zwei Aufgaben erfüllen: erstens die Lage der Flüchtlinge verbessern, und zweitens den Zusammenhalt innerhalb der EU garantieren. Die Presse, 27. Oktober 2015, Titelblatt, 17-Punkte-Plan zur Rettung der EU

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker führte in seiner Rede zur Lage der Nation vor dem EU-Parlament die Solidarität und humanitäre Haltung EU-Europas auf die historische Vergangenheit Europas zurück. Die Deutung, die EU-Länder haben auf Grund ihrer historischen Vergangenheit die moralische Verpflichtung zur Zusammenarbeit und Humanität, bildet die ethisch-normative Grundlage des Deutungsmusters.

Er (meine Anm.: Juncker) ermahnte alle EU-Länder zu mehr Solidarität. Jahrhundertlang sei Europa ein Kontinent gewesen, von dem Menschen fliehen mussten – der Kommissionschef spannte den Bogen von der Vertreibung der Hugenotten im 17. Jahrhundert aus Frankreich bis zur Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten. „Wir Europäer sollten wissen und niemals vergessen, warum es so wichtig ist, Zuflucht zu bieten. Der Standard, 10. September 2015, S. 2, Flüchtlinge: Juncker-Schlüssel für Europa

Der Appell an die Solidarität und Humanität der EU-Mitgliedstaaten basiert auf dem Wissen über die historische Vergangenheit Europas. Die EU habe in der „Flüchtlingskrise“ auf Grund ihrer historischen Vergangenheit, besonders auf Grund der Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren und die Genfer Flüchtlingskonvention einzuhalten. Immer wieder wird Bezug auf den Zweiten Weltkrieg genommen. Die europäische Grundrechtecharta und die Genfer Flüchtlingskonvention, deren Einhaltung als Fundament der EU angesehen wird, werden betont.

Mit ihrem Beschluss (meine Anm.: Genfer Flüchtlingskonvention) hatte die Weltgemeinschaft sechs Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine Lehre aus der fehlenden Aufnahmebereitschaft für die von den Nationalsozialisten verfolgten Juden gezogen. Der Standard, 19./20. September 2015, S. 3, Hart umkämpftes Schutzbekenntnis

Die Charta (meine Anm.: Charta der Grundrechte der Europäischen Union) spricht aus, welche Werte sie meint. Artikel 1 ist mehr oder weniger gleichlautend mit dem des deutschen Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.“ Es ist nicht von der Würde deutscher oder europäischer Menschen die Rede, sonder, vom „unteilbaren und universellen Wert der Würde des Menschen“. Darüber hinaus werden Freiheit, Gleichheit und Solidarität als grundlegende Werte genannt. Die Presse, 20. März 2016, S. 10, Der Teufel wird uns retten

Zusammenfassung: Deutungsmuster Die Wertegemeinschaft EU

Die „Flüchtlingskrise“ wird im Deutungsmuster als humanitäre Katastrophe, welche einzelne Mitgliedstaaten überfordere und von einem Land alleine nicht gelöst werden könne, gewertet. Die Perspektive des Deutungsmusters richtet sich auf die Situation der Flüchtlinge.

Die EU-Kommission wird als aktiv handelnde Institution dargestellt. Die Umsetzung ihrer Lösungen wird als kritisch bewertet. Die nationalstaatlich handelnden EU-Mitgliedstaaten würden diese verhindern. Von den EU-Mitgliedstaaten, die die Quotenregelung nicht befürworteten, werden fast ausschließlich die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten genannt. Der Eindruck einer „gespaltenen EU“ wird transportiert und die Quotenregelung als Zeichen der Solidarität bewertet.

Nationalstaatliche Maßnahmen werden abgelehnt, sie würden das Problem nur von einem Staat zum anderen schieben und seien ein Verstoß gegen die Werte der EU. Eine Lösung sei nur gemeinsam zu erreichen und beinhalte, neben der fairen Verteilung der Flüchtlinge in der EU, Friedensbemühungen im Syrienkrieg, sowie humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Syrien vor Ort und in den Nachbarländern von Syrien.

Die EU hätte auf Grund ihrer historischen Vergangenheit und der daraus erwachsenen humanitären Verpflichtungen, die Aufgabe eine globale Verantwortung zu übernehmen und eine humanitäre Haltung einzunehmen.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kommunizierte das Deutungsmuster am stärksten ausgeprägt. Das Deutungsmuster wird in Verbindung mit der EU und ihrer Flüchtlingspolitik gebracht, welche mit „Willkommenskultur“ bezeichnet wird.

Eine europäische Lösung in der Flüchtlingskrise zu finden – dieses Ziel rückt in immer weitere Ferne: Wenn die europäischen Staats- und Regierungschefs am Donnerstag zum EU-Gipfel zusammenkommen, steht die deutsche Kanzlerin Angela Merkel mit ihrer Politik der Willkommenskultur nahezu allein da. Kurrier, 15. Februar 2016, S. 2, Merkel steht vor EU-Asylgipfel alleine da

6.2. Deutungsmuster: Die Abschottung der EU

In den Listen (Kapitel „12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen“) wird das Deutungsmuster verkürzt als „DM Abschottung“ bezeichnet.

Dieses Deutungsmuster wird im Untersuchungszeitraum ab Mitte September kommuniziert. Ab diesem Zeitpunkt mehrten sich Schlagzeilen, die von einer Überforderung der Helfer und der Staaten berichteten. Es wurde die Gefährdung der inneren Sicherheit und Ordnung befürchtet, sowie ein Kontrollverlust über die Migrationsbewegung suggeriert. Nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015, und nach den Silvester-Ereignissen in Köln 2015/2016, setzte sich das Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* gegenüber dem Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* durch.

Problematisierung: Die Migrationsbewegung zeigt den Kontrollverlust der EU auf

Die Beschreibung und Bewertung der „Flüchtlingskrise“ suggeriert einen Kontrollverlust über die Migrationsbewegung. Insbesondere Forderungen im Imperativ, die ein Ende der Migrationsbewegung verlangen, werden verwendet. Nach den Pariser Terroranschlägen wird die Kontrolle über die Migrationsbewegung, nach den Kölner Silvester-Ereignissen das Beenden der Migrationsbewegung gefordert. Es wird zwischen Flüchtlingen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und Migranten unterschieden. Ab Jänner 2016 wird häufig das Wortpaar „illegale Migration“ verwendet.

Nächster Krisengipfel der EU-Staatschefs in Brüssel und neuer Anlauf, das ausufernde Flüchtlingschaos einigermaßen in den Griff zu bekommen: Kanzler Faymann kündigte im „Krone“-Gespräch an, dass mit Milliardenhilfen in die Nahostregion versucht werden soll, die Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Kronen Zeitung, 24. September 2015, S. 2-3, Milliarden, um Flüchtlinge von Europa fernzuhalten

Die größte Änderung: Um „ausreichend Platz“ für echte Kriegsflüchtlinge zu schaffen, wie die österreichische Ministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) sagte, würden die EU-Staaten gemeinsam ein Maßnahmenpaket ergreifen, das eine „effizientere Rückführung“ von abgelehnten Asylwerbern in ihre Einreise- bzw. Herkunftsländer erlaubt. Der Standard, 9. Oktober 2015, S. 10, EU will härteren Kurs gegen abgelehnte Asylwerber

Die EU und Türkei wollen mit einer Reihe von Maßnahmen den Zuzug von illegalen Migranten stoppen. Bei einem Sondergipfel dürfte Ankara zusagen, dass

man bei der Sicherung der EU-Außengrenze hilft sowie Flüchtlinge zurücknimmt, die in der EU kein Asyl erhalten. Der Standard, 5./6. März 2016, S. 17, Tusk: „Konsens in Flüchtlingskrise erstmals greifbar“

Problemlokalisierung: EU-Staats- und Regierungschefs fordern eine EU mit geschützter EU-Außengrenze

Die EU-Staats- und Regierungschefs, insbesondere deren Sprecher EU-Ratspräsident Donald Tusk, sowie die EU-Innenminister sind zentrale Akteure. Im Kern fordern die Staats- und Regierungschefs und die EU-Innenminister das Rückgewinnen der Kontrolle über die Migration. Sie fordern die Rückerlangung der Kontrolle über die Anzahl der Flüchtlinge, die noch in die EU kommen sollten, sowie die Kontrolle über jene Flüchtlinge, die bereits eingereist waren. Die Perspektive des Deutungsmusters ist auf die innenpolitische Dimension der „Flüchtlingskrise“ gerichtet. Als Ziel wird die Rückerlangung der „inneren Sicherheit und Ordnung“ angeführt. Der Schutz der EU-Außengrenze wird gefordert. Die Hotspots dienen nicht zur Registrierung der Flüchtlinge, um sie auf die EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Vielmehr ist es ihre Kontrollfunktion, die hervorgehoben wird: Die Registrierung der Flüchtlinge sei sicherheitspolitisch wichtig. Jene Asylwerberinnen und Asylwerber, die wenig Chance auf einen positiven Asylbescheid hätten, sollen mit Hilfe der Hotspots direkt an der EU-Außengrenze abgewiesen werden. Das von Angela Merkel geforderte Abkommen mit der Türkei wird zwar kritisch bewertet, jedoch als wichtig angesehen, um die abgewiesenen Flüchtlinge in die Türkei rückführen zu können. Die Schließung der Balkanroute im Februar 2016 wird positiv gewertet und als Signal an die Flüchtlinge kommuniziert, dass die EU die Kontrolle über die Migrationsbewegung wieder übernimmt.

EU-Ratspräsident Donald Tusk bezeichnete die „Rückgewinnung der Kontrolle an den Außengrenzen“ sogar als wichtigstes Thema. Er legte noch eins drauf und warnte davor, dass „Millionen“ weiterer Flüchtlinge nach Europa kommen könnten, weil sich die meisten syrischen Vertriebenen in der Türkei, im Libanon und in Jordanien von der EU „eingeladen“ fühlen. Der Standard, 24. September 2015, S. 2, Neue Grenzbefestigungen, neue Milliardenangaben

Hinter den Kulissen ist allerdings ein Ziel, dass die „Hotspots“ nicht nur ein Einfallstor für Migranten aus aller Welt nach Europa werden. Sondern das Projekt ist auch als eine Art Drehtür gedacht, damit alle jene, die keinen Asylstatus erhalten, wie Ankommende vom Westbalkan bis Pakistan, relativ unverzüglich in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können. Kronen Zeitung, 6. Oktober 2015, S. 5, Asylwerber-„Hotspot“ als EU-Drehtür für Flüchtlinge

Die sogenannten Hotspots, die in Griechenland und Italien eingerichtet werden sollen, funktionieren noch nicht überall. Daher können auch nicht alle Ankommen registriert, können nicht die Daten der Menschen auf- und deren Fingerabdrücke abgenommen werden. Wiener Zeitung, 20. November 2015, Reisefreiheit in Gefahr

Vor allem hat sich mit der Türkei, die als Schlüsselland zur Lösung eingeschätzt wird, praktisch nichts bewegt, während die Zahl der illegalen Migranten auf griechischen Inseln unverändert hoch ist. Genau das soll sich nun laut Avramopoulos (meine Anm.: EU-Kommissar für innere Sicherheit und Migration) ändern. Nicht zufällig hat Tusk sich am Donnerstag direkt an die Flüchtlinge mit dem Spruch „Kommt nicht mehr nach Europa!“ gewandt: Die Zeit „des Durchwinkens“ sei vorbei. Das betonte auch der EU-Innenkommissar als neue Linie, „die wir alle beschlossen haben“. Der Standard, 5./6. März 2016, S. 17, Tusk: „Konsens in Flüchtlingskrise erstmals greifbar“

Gegenakteure im Situationsmodell sind die EU-Kommission und Angela Merkel. Ihre Politik wird abgelehnt und in Verbindung mit den Pariser Terroranschlägen sowie den Silvester-Ereignissen in Köln gebracht.

Trotzdem (meine Anm.: nach dem Appell Junckers, Flüchtlinge nicht mit Terroristen zu vermischen) ist nach den Terrorattacken in Paris der Ton in den Debatten um die Aufnahme von Flüchtlingen und die Sicherung der Außengrenzen der Union schärfer geworden. Wiener Zeitung, 20. November 2015, S. 5, Reisefreiheit in Gefahr

Tusk gilt seit Herbst als Vertreter einer eher restriktiven Linie. Er hatte auch öffentlich keinen Hehl daraus gemacht, dass er die Haltung der deutschen Regierung für falsch halte, als diese Anfang September den offenen Zugang von Flüchtlingen in ihr Land als Regierungslinie festlegte. Der Standard, 20. Jänner 2016, S. 4, Stimmung im Keller, Koalition der Willigen kämpft

Die Kontroverse um die Schließung der Balkanroute legte offen, wie tief der Riss zwischen den EU-Staaten prinzipiell ist: Auf der einen Seite stehen Merkel und die EU-Kommission, die weiterhin auf ein Abkommen EU/Türkei bei der Linderung des Drucks in der Ägäis setzen; und auf das von Juncker präsentierte Aufteilungsprogramm für Asylwerber – das vor allem von den Osteuropäern abgelehnt wird, das aber auch Frankreich oder Spanien skeptisch sehen. Auf der anderen Seite steht Ratspräsident Donald Tusk, der auch eine „europäische Lösung“ finden, aber auch mit der Mehrheit der Staaten den illegalen Zuzug beenden will. Der Standard, 8. März 2016, S. 2, Ein Streit um Wörter in einem Milliardenpoker

Wertung: Die geschützte EU-Außengrenze ist Bedingung für das Bestehen der EU

Der Kontrollverlust über die Migrationsbewegung – so das Deutungsmuster – „gefährde“ das weitere Bestehen der EU. Der Schutz der EU-Außengrenze wird als oberste Priorität für die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger angesehen. Diesen zu garantieren wird mit der Souveränität der EU in Verbindung gebracht.

„Die Lösung der Flüchtlingsfrage wird nämlich zu einer Überlebensfrage für die EU. Wir brauchen Stabilität, sonst werden die Nationalisten in Europa die Oberhand gewinnen,“ warnt die Ministerin (meine Anm.: Mikl-Leitner). „Dann ist es schnell vorbei mit dem Friedensprojekt Europa. Stabilität ist der Feind der Nationalisten.“ Kurier, 21. Juli 2015, S. 4, Mikl-Leitner droht Griechenland und warnt vor Asylnotstand in Österreich.

„Wenn wir nicht die Souveränität über den Zugang zu Europa wiederherstellen, können wir auch nicht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederherstellen.“ Interview mit EU-Kommissionspräsident Johannes Hahn. Der Standard, 18. Februar 2016, S. 4, „Es geht in die richtige Richtung“

Wertung: Die EU-Staats- und Regierungschefs zeigen Einigkeit in der Forderung nach einem starken Grenzschutz

Die Bewertung der Situation ist positiv im Hinblick auf die Einigkeit der EU-Staats- und Regierungschefs sowie die dadurch erreichte Handlungsfähigkeit.

Auch wenn die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Grenzkontrollen am Balkan als nationale Alleingänge zum Schaden anderer kritisierte, eine „europäische Lösung“ mit der Türkei einforderte: Beim Ziel, dass am Ende der illegale Migrantengstrom quer durch Europa möglichst vollständig zum Stillstand kommt, sind sich alle einig. Das haben sie bereits beim letzten Sondertreffen vor zehn Tagen vereinbart. Der Standard, 18. März 2016, S. 2, Auch bei Einigung schwierige Umsetzung

Der umstrittene Flüchtlings-Deal zwischen der EU und der Türkei ist perfekt. Für viele ein geradezu historischer Pakt. Die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Staaten und der Türkei vereinbarten am Freitagnachmittag in Brüssel, dass schon ab morgen alle an der EU-Außengrenze aufgegriffenen Migranten in die Türkei zurückgeführt werden. Österreich, 19. März 2016, S. 2-3, Das ist der EU-Deal mit der Türkei

Handlungsanleitung: Nationalstaatliche Maßnahmen können die Migrationsbewegung nicht lösen

Nationale Grenzkontrollen und Grenzzäune seien keine Lösung, da sie – wie das Deutungsmuster kommuniziert – die hohe Zahl an Flüchtlingen nicht aufhalten könnten. Es

wird nicht das unsolidarische Verhalten beurteilt bzw. die dadurch entstehende humanitäre Katastrophe hervorgehoben, wie im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU*, sondern die Unmöglichkeit eines einzelnen Staates, die Migrationsbewegung zu kontrollieren oder anzuhalten.

Dass eine Schengen-Pause noch kein größeres Thema ist, dürfte daran liegen, dass man diesen Schritt in Sicherheitskreisen für wenig hilfreich erachtet. Zwar könnte Österreich in Brüssel vorbringen, dass man die innere Sicherheit angesichts des Flüchtlingsansturms für bedroht hält, und damit bis zu sechs Monate die Grenzen etwa nach Ungarn, Slowenien und Italien dicht machen. Um die Asylwerber, die an diese Grenzen kommen, müsste man sich aber weiterhin kümmern: Obwohl Österreich offensichtlich nicht zuständig wäre - das ist immer jenes EU-Land, das ein Asylwerber als Erstes betreten hat -, müsste man zunächst Quartier und Grundversorgung bereitstellen und ein Verfahren eröffnen, an dessen Ende erst die Rückführung in ein anderes EU-Land erfolgen würde. Erwartbare Verbesserung zum Status quo: Praktisch keine. Kurier, 14. August 2015, S. 2, Schengen aus, Grenzen dicht? Alleingang würde wenig bringen

Man habe bereits in Mazedonien gesehen, dass strengere Grenzkontrollen nichts bringen, erklärte Vizkanzler Reinhold Mitterlehner am Samstag im Ö1-Radiojournal. Auch ein Stacheldraht könne die Flüchtlinge nicht aufhalten. Mitterlehner spricht sich allerdings für schärfere Kontrollen an den EU-Außengrenzen aus. In diesen Regionen sollen Sicherheitszonen errichtet werden und die notwendigen Verfahren für Asylwerber stattfinden. Kronen Zeitung, 30. August 2015, S. 2, Strengere Grenzkontrollen sind in der EU „rechtlich problematisch“

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) forderte indes eine Begrenzung des Flüchtlingszustroms nach Europa. Diese entscheidende Aufgabe müsse aber europäisch gelöst werden. National lasse sich dies gar nicht mehr bewältigen. Die Presse, 5. Oktober 2015, Titelblatt, Flüchtlinge: Deutsche wollen Zustrom drosseln

Argumentationsgrundlage: Die EU-Außengrenze muss geschützt werden, um Schengen und die EU zu erhalten

Das Deutungsmuster basiert auf dem Wissen, dass die Quotenregelung nicht umgesetzt werde. Eine Verteilung der Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedstaaten sei nicht möglich. Nationale Grenzkontrollen könnten die Migrationsbewegung nicht anhalten. Eine Lösung der „Flüchtlingskrise“ sei nur gesamteuropäisch mit einem Beenden der Migrationsbewegung an der EU-Außengrenze zu erreichen, so das Deutungsmuster.

Doch durch die von der Kommission vorgeschlagenen Umsiedlungsprogramme sind bisher kaum 200 Flüchtlinge in andere EU-Länder gebracht worden.

Dazu kommt, dass mit dem türkischen Ministerpräsidenten Ahmed Davutoglu zusätzlich noch ganz andere EU-Maßnahmen vereinbart wurden: Neben der Bereitstellung von Finanzhilfen von mindestens drei Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen in der Türkei soll der Zuzug von Flüchtlingen auf die griechischen Inseln und weiter auf den Kontinent abgebremst werden. Der Standard, 9. Dezember 2015, S. 9, Neues Kapitel der EU-Flüchtlingsaufnahme

Die Terroranschläge in Paris vom November 2015 wurden in Verbindung mit den Flüchtlingen gebracht. Die Meldungen, wonach einige Terroristen als Flüchtlinge getarnt nach Europa gelangt wären, steigerten das Gefühl des Kontrollverlustes. Die Silvester-Ereignisse in Köln standen direkt mit den, durch die „Flüchtlingskrise“ nach Europa gekommenen, Flüchtlingen in Verbindung. Im Deutungsmuster wird ab November das Eindämmen und Verlangsamen, und ab Jänner 2016 das Beenden der Migrationsbewegung gefordert. Die Migrationsbewegung wird als „illegale Migration“ bezeichnet. Die Bezeichnung hat keine humanitäre Konnotation, wie sie das Wort „Flüchtling“ noch suggeriert.

Eine wirkliche Steuerung und Eindämmung des Flüchtlingszustroms sei nur an den EU-Außengrenzen – in Kooperation mit der Türkei – möglich. Und im Übrigen gelte weiterhin, die Flüchtlinge nicht mit dem Terrorismus zu vermischen. Die Presse, 26. November 2015, S. 7, Faymann gegen Asylstopp

Die EU-Innenminister sind zufrieden, dass die illegale Migration auf der Balkanroute zu Ende ist. Der Standard, 11. März 2016, S. 6, De Maizière froh über fallende Flüchtlingszahlen

Der Appell an eine gesamteuropäische Lösung wird mit dem Erhalt von Schengen verbunden. Um die Migrationsbewegung zu verlangsamen bzw. anzuhalten, hatten einige EU-Mitgliedstaaten die Kontrolle an den Grenzen wiedereingeführt. Das Schengen-Abkommen wird als ein Grundwert der EU bezeichnet. Diese wichtige individuelle und wirtschaftliche Errungenschaft der EU sei, auf Grund der nationalen Grenzziehungen, in Gefahr.

„Es geht um den Schutz der europäischen Gemeinschaft (...) sonst sind wir verantwortlich für das Wiederauftreten von Grenzen innerhalb Europas“, warnte Tusk. „Europa ohne Außengrenzen ist ein Europa ohne Schengen“ und „ein Nährboden für Angst“. „Dies würde früher oder später zu einer politischen Katastrophe führen.“ Wiener Zeitung, 7. Oktober 2015, S. 4, Tusk übt Kritik an Osteuropäern

Die zuständigen Kommissare Frans Timmermans (Vizepräsident, Grundrechte) und Dimitris Avramopoulos (Sicherheit) halten in ihrer Einleitung lapidar fest,

„dass Drittstaatsangehörige in der Lage waren, die externen Grenzen illegal zu überschreiten und dann ihre Reise durch Europa fortsetzen konnten, ohne identifiziert, registriert und sonst wie einem Sicherheitscheck unterworfen zu werden“. Dieses Ausmaß an Sekundärbewegungen habe die Einheitlichkeit des Schengen-Systems infrage gestellt. Der Standard, 15. Dezember 2015, S. 10, 1,5 Millionen Menschen 2015 illegal nach Europa

Kritik gab es für das Vorgehen Dänemarks aus Deutschland: Der Sprecher des Auswärtigen Amtes mahnte mit Blick auf die Lage an der dänischen Grenze eine gesamteuropäische Lösung an. Die Freizügigkeit im Reiseverkehr sei ein „ganz hohes Gut“, sagte er. Das Schengen-System sei „ganz wichtig, aber es ist in Gefahr angesichts der Flüchtlingsströme“. Der Standard, 5./6. Jänner 2016, S. 7, Schweden und Dänemark kontrollieren Grenzen

Die Europäische Union hat „nur noch bis März Zeit zu handeln“, um die von allen bereits beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des illegalen Zustroms von Flüchtlingen einzudämmen. Gelingt das nicht, dann werde wieder eine Situation eintreten wie im Oktober, als täglich bis zu zehntausend Menschen via Türkei und Griechenland Richtung Norden weiterzogen. Geschehe das nicht, werde es „schwere Konsequenzen wie das Kollabieren von Schengen (der offenen Grenzen, Anm.) geben“. Davor warnte Donald Tusk, der Ständige Präsident des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs, am Dienstag im EU-Parlament in Straßburg. Der Standard, 20. Jänner 2016, S. 4, Stimmung im Keller, Koalition der Willigen kämpft

Die Warnung, dass der Erhalt des Schengen-Raums in Gefahr sei, ist ebenfalls seit Wochen zu hören. Sie kommt aus der EU-Kommission und aus einzelnen Mitgliedstaaten – auch wenn alle Akteure gleichzeitig versichern, dass ein Zerfall unbedingt zu verhindern sei. Dennoch haben einige Länder wieder Grenzkontrollen eingeführt, um die Flüchtlingsströme wenigstens ansatzweise lenken zu können. Wiener Zeitung, 26. Jänner 2016, S. 3, „Schengen gerade am Kippen“

Zusammenfassung: Deutungsmuster Die Abschottung der EU

In diesem Deutungsmuster ist die Perspektive auf die EU-europäische innenpolitische Dimension der „Flüchtlingskrise“ gerichtet. Nicht das Schicksal der Flüchtlinge steht im Mittelpunkt, sondern die Wiedererlangung der Kontrolle über die Migrationsbewegung. Nach den Pariser Terroranschlägen sollten die Flüchtlinge registriert, deren Personalien erfasst und deren Weiterreisen dokumentiert werden. Nach den Kölner Silvester-Ereignissen wird die Forderung nach einem Ende der Migrationsbewegung zentral.

Die EU-Staats- und Regierungschefs, vor allem der EU-Ratspräsident Donald Tusk, sind die zentralen Sprecher. Die EU-Außengrenze steht im Mittelpunkt des Deutungsmusters. Ihr Schutz wird mit dem Erhalt der EU und dem Vertrauen der EU-Bürgerinnen und EU-

Bürger gleichgesetzt. Ihre Kontrolle wird in Verbindung mit der Souveränität der EU gebracht. Die Situation wird positiv gewertet, da die EU-Staats- und Regierungschefs sich in dieser Forderung einig sind und Handlungsfähigkeit zeigen.

Nationalstaatliche Maßnahmen, wie Grenzzäune und Grenzkontrollen, werden abgelehnt. Diese könnten die Migrationsbewegung weder kontrollieren noch eindämmen. Nationalstaatliche Maßnahmen würden zudem den Erhalt des Schengen-Raums gefährden, welcher die freie Waren- und Personenfreizügigkeit in der EU garantiere und einen Grundwert der EU darstelle. Der Appell nach Solidarität in der EU wird im Deutungsmuster mit dem gewünschten Erhalt des Schengen-Raums gefordert.

Das Deutungsmuster wird – meist von seinen Kritikern – in Verbindung mit der Bezeichnung „Festung Europa“ gebracht. Die Bezeichnung wird in den Quellen erstmals im Herbst 2015 von der österreichischen Innenministerin Mikl-Leitner verwendet. Der Begriff steht in Zusammenhang mit dem befürchteten Kontrollverlust. Dies ergibt sich aus dem Lesekontext: Tage zuvor wurden Schlagzeilen gedruckt, die eben diesen Kontrollverlust suggerierten. Wie beispielsweise in der Zeitung *Österreich*:

Österreich, 21. Oktober 2015, S. 6-7, Tumulte an unserer Grenze

Österreich, 22. Oktober 2015, S. 4-5, Flüchtlings-Strom außer Kontrolle

Österreich, 23. Oktober 2015, S. 4-5, 20.000 stürmen unsere Grenze

Österreich, 23. Oktober 2015, S. 5, „Müssen Festung um Europa bauen“

Der Begriff ist auf Grund seiner historischen Verwendung negativ konnotiert und wird bis zum Frühjahr 2016 nicht weiter kommuniziert. Im Frühjahr 2016 wird er dann wiederverwendet, wenn auch abgelehnt.

Es gehe nicht darum, Europa zu einer Festung zu machen oder abzuschotten. „Aber wir müssen Europa sturmfest machen, wir müssen die Grenzen sichern“, betont der Wiener (meine Anm.: EU-Kommissar Johannes Hahn) mit Nachdruck. „Rund um Europa gibt es 20 Millionen Flüchtlinge, weltweit sind rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht, und das ist noch eine Untergrenze“, sagte Hahn“. Interview mit EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn. Wiener Zeitung, 12./13.März 2016, S. 3, Europa macht die Schotten dicht

6.3. Deutungsmuster: EU-Ablehnung

In den Listen (Kapitel „12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen“) wird dieses Deutungsmuster kurz mit „DM Ablehnung“ bezeichnet.

Das Deutungsmuster besteht aus mehreren EU-Wertungen und findet sich am häufigsten in der *Kronen Zeitung*. Die Perspektive des Deutungsmusters richtet sich auf Österreich und die innenpolitischen Herausforderungen, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien. Primär geht es dem Deutungsmuster darum eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber der EU zu erreichen. Dazu werden verschiedene Wertungen bedient und teilweise explizit ausgesprochen. In einem Artikel können gleich mehrere dieser Wertungen vorhanden sein. Die häufigsten Wertungen werden hier kurz erläutert.

Problematisierung: Die Migrationsbewegung „gefährde“ Österreich

Die Migrationsbewegung wird als „Ansturm“ von Menschen bezeichnet, oft wird der Begriff „Völkerwanderung“ verwendet. Neben meteorologische Metaphern („Welle“, „Sturm“, „Strom“) werden Wörter verwendet, die auf eine Überforderung Österreichs hinweisen, bzw. die „Grenze der Belastbarkeit“ erreicht sehen. Flüchtlinge werden mit illegalen Migranten gleichgesetzt.

Zu Hunderttausenden wird die EU von Flüchtlingen überschwemmt, einzelne Länder – neben Österreich auch Deutschland und vor allem Griechenland und Italien – sind komplett überfordert. Und Brüssel schaut zu. Kronen Zeitung, 22. August 2015, S. 4, Asyl: EU muss endlich aufwachen

Ab Dienstag will Ungarn Migranten, die illegal ins Land kommen, ins Gefängnis stecken. Für Österreich bedeutet das: Eine Rückführung von Flüchtlingen, für die eigentlich Ungarn zuständig wäre, ist dann so gut wie unmöglich. Kronen Zeitung, 15. September 2015, S. 8, Keine Rückführung nach Ungarn mehr

Die Masse und Wucht des Flüchtlingsstroms hat Österreich und Deutschland überfordert, die Politik steht der aktuellen Krise ratlos gegenüber, Antworten hat niemand parat. Kronen Zeitung, 16. September 2015, S. 7, Faymann: Gefahr für Projekt EU

Problemlokalisierung: Von der EU ist in der „Flüchtlingskrise“ keine Lösung zu erwarten

Im Deutungsmuster wird auf unterschiedliche Weise die EU, meist ist die EU-Kommission in Brüssel gemeint, als untätige und entfernte Behörde dargestellt, die viel Geld verschlingt. Sie agiere unabhängig und nicht im Interesse ihrer Mitgliedstaaten. Die Problemlokalisierung wird in den unterschiedlichen EU-Wertungen transportiert. Die Wertungen kommunizieren Zweifel an der EU bzw. formulieren explizit, dass die EU nicht lösungsbringend sei.

Aber angesichts des Menschenansturmes, dem Teile der EU zurzeit ausgesetzt sind, waren solche Reaktionen absehbar. Und es wäre nicht zuletzt an den Institutionen in Brüssel gelegen, angemessen darauf zu reagieren und den in der EU lebenden Menschen das Gefühl zu geben, sie angesichts der Krise nicht alleine zu lassen. Es läge an der Kommission mit ihren prall gefüllten Geldtöpfen, die von Nettozahlern wie Österreich gespeist werden, wirkungsvoll die Initiative zu ergreifen. Davon ist bisher aber nichts zu bemerken. Kronen Zeitung, 24. August 2015, S. 2-3, So versagt die EU in der Flüchtlings-Krise!

Tatsächlich hat die EU-Kommission jetzt zumindest finanzielle Unterstützung für den Westbalkan und auch die Türkei zugesagt. Man wird sehen... Kronen Zeitung, 25. August 2015, S. 2-3, Asyl-Krise: Minister Kurz fordert die EU zum Handeln auf!

Nun hat uns also EU-Kommissionspräsident Juncker die Lage der EU erklärt. Und dabei nichts gesagt, was nicht ohnehin bekannt ist. Mehr als eindringliche Appelle, Aufrufe zur Solidarität und mahnende Worte fällt der EU nicht ein. Von Taten ist Brüssel nach wie vor meilenweit entfernt. Und daran ändert auch der neue Quoten-Vorschlag nichts, denn dieser ist eben nur ein Vorschlag und wird – wie alle anderen Vorschläge bisher – von den Asyl-Blockierern auch wieder abgelehnt werden. Kommentar von Doris Vettermann im Anschluss zum Artikel (in kursiv-Format ersichtlich vom Artikel getrennt). Kronen-Zeitung, 10. September 2015, S. 4-5, Asylkrise: „Die EU ist in keinem guten Zustand“

„Von der Sitzung war nicht mehr zu erwarten“, so Innenministerin Johanna Mikl-Leitner nach dem Rat, der wieder kein Ergebnis gebracht hat. Weil sich Tschechien, Polen, Ungarn, die Slowakei und die baltischen Staaten bei der Solidarität einfach taub stellen. Kronen Zeitung, 16. September 2015, S. 6, Neue Gespräche über Quoten

„Die EU-Kommission hat sich daran gewöhnt, traurig zuzuschauen, dass Griechenland die Flüchtlinge durchwinkt. Sie war zufrieden, dass sie jemand gefunden hat, der die Ärmel aufgekrempelt und geholfen hat. Sie hat sich daran gewöhnt zuzuschauen, wie alles nicht funktioniert. Und das ist empörend“, sagt Werner Faymann. Kronen Zeitung, 28. Februar 2016, S. 2-3, Faymann: „Ich bleibe bei Asylkurs hart“

Wertung: Die EU ist untätig

Zentrale Akteure sind die österreichischen Politiker, die Forderungen an die EU-Kommission stellen. Die EU-Kommission wird als nicht handelnde Institution dargestellt. Sie sei an Lösungen nicht interessiert und wisse nicht über die Situation in den EU-Mitgliedstaaten Bescheid. Im Gegensatz zur untätigen EU-Kommission seien die österreichischen Politiker aktiv, so das Deutungsmuster.

Brüssel/Wien. – Schneckentempo! Das ist wohl die treffendste Beschreibung, wenn man die Reaktionen der EU-Kommission in Brüssel auf die gegenwärtige Flüchtlings-Krise auf den Punkt bringen möchte. Kommissions-Präsident Juncker scheint einfach noch nicht begriffen zu haben, was sich in einigen Staaten der Union gerade abspielt.“ Kronen Zeitung, 24. August 2015, S. 2-3, So versagt die EU in der Flüchtlings-Krise!

Es waren nicht Juncker oder sein für Migration zuständiger Kommissar Avramopoulos; sondern Österreichs Außenminister Kurz, der am Wochenende einen Fünf-Punkte-Plan zur Bewältigung der Flüchtlingskrise vorgelegt hat. Kronen Zeitung, 24. August 2015, S. 2-3, So versagt die EU in der Flüchtlings-Krise!

Wertung: Die EU ist „gespalten“

Zentraler Akteur in dieser Wertung ist die EU-Kommission, zentraler Inhalt die Quotenregelung. Im Unterschied zum Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU*, welches die Zerrissenheit der EU ebenfalls transportiert aber eine aktive EU-Kommission vermittelt, wird hier der EU-Kommission Untätigkeit und Desinteresse zugeschrieben. Die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten werden als die EU-Mitgliedstaaten genannt, die eine Lösung verhindern würden. Im Unterschied zum Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* werden die ostmitteleuropäischen Länder nicht auf Grund ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik kritisiert. Sie werden als „Nettoempfänger“ betitelt. „Nettoempfänger“ sind EU-Mitgliedstaaten, die mehr finanzielle Leistungen von der EU erhalten als sie abführen. Österreich als „Nettozahler“ hätte, dem Deutungsmuster folgend, das Recht Solidarität zu fordern. Die EU-„Nettoempfänger“-Mitgliedstaaten seien auf Grund der erhaltenen finanziellen Leistungen verpflichtet, Solidarität zu zeigen. Die Argumente betonen vor allem die finanziellen Aspekte der EU.⁸⁸ Die Zerrissenheit der EU wird in zwei Seiten geteilt: Auf der einen Seite stünde die Politik Angela Merkels und der EU-Kommission, auf der ande-

⁸⁸ Diese Argumentationsstrategie Faymanns findet sich auch in den anderen Zeitungen, und nicht ausschließlich in der Kronen Zeitung. In den anderen Zeitungen überwiegt jedoch die Kritik an den ostmitteleuropäischen Staaten auf Grund ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik, und nicht auf Grund ihrer Rolle als EU-„Nettoempfänger“-Mitgliedsländer.

ren Seite die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, deren zentraler Sprecher Viktor Orbán ist.

„Ich bin dafür, dass man alles einsetzt, auch die Kürzung von EU-Fördergeldern“, sagt Faymann. Und weiter: „Ich werde klar machen: Wer Solidarität von Österreich will, muss auch in der Flüchtlingsfrage solidarisch sein. Kronen Zeitung, 29. August 2015, S. 8, Asyl-Strafe: Förderungen kürzen

„Das ist keine europäische Solidarität, wenn Netto-Empfänger keine Asylwerber aufnehmen“. Mit der derzeitigen Asylpolitik innerhalb der EU signalisiere man Hilflosigkeit. Kronen Zeitung, 25. Februar 2016, S. 2, EU muss klar definieren, wer Chance auf Asyl hat!

Europa übt sich im Schönreden und spricht von einem Durchbruch. Tatsächlich aber hat der Sondergipfel, der zu einem Machtkampf ausgeartet ist, auch nach stundenlangen Streitereien nur eine Vertagung des Problems gebracht. So ist die Flüchtlingswelle nicht zu stoppen, täglich kommen Tausende neue Asylwerber an. Kronen Zeitung, 9. März 2016, S. 2-3, Weil die EU weiterstreitet: Flüchtlingswelle nicht zu stoppen

Wertung: Die EU kritisiert zu Unrecht Österreich

Die EU - Kommission kritisierte die von der österreichischen Regierung beschlossene Obergrenze. Diese wäre gegen EU-Recht und sei unsolidarisch. Die österreichische Regierung, vor allem Bundeskanzler Faymann, verteidigte die Obergrenze. In der Wertung wird die Politik der österreichischen Regierung mit den Österreicherinnen und Österreichern gleichgesetzt und somit persönliche Anteilnahme suggeriert. Die Obergrenze wird als „unsere Obergrenze“ bezeichnet. Die Hilfsbereitschaft Österreichs hervor gestrichen.

EU-„Gipfel der Ratlosigkeit“: Das brennendste Problem, die Flüchtlingskrise, ist nahezu ausgeklammert. Zur Ablenkung sucht man einen Sündenbock: Österreich soll wegen seiner Obergrenzen durch den Rückstau für eine kommende „humanitäre Katastrophe“ verantwortlich gemacht werden. Kronen Zeitung, 19. Februar 2016, S. 6, Faymann verteidigt auf dem EU-Gipfel unsere Obergrenzen

Österreich sei ein Land, das immer sehr europäisch gedacht und auch geholfen habe, wenn Hilfe notwendig war. „In der Ungarn-Krise, der ehemaligen Jugoslawien-Krise. Letztes Jahr haben wir 90.000 genommen, und wir haben nicht gesagt, heuer sind es deshalb null, sondern es sind 37.500. Aber jetzt sind eben die anderen dran.“ Kronen Zeitung, 20. Februar 2016, S. 2-3, Österreicher antworten mit nationalem Schulterschluss

Handlungsanleitung: Nationalstaatliche Maßnahmen setzen, da eine gesamteuropäische Lösung nicht zu erwarten sei

Nationalstaatliche Maßnahmen, wie die Einführung von Grenzkontrollen und der Grenzzaun in Spielfeld, sowie die Obergrenze, werden positiv bewertet.

Unter dem Motto, endlich hat jemand die Initiative ergriffen, erntete Österreich europaweit Lob für den Beschluss, Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen einzuführen. Ob es sich um eine Wende in der Flüchtlingspolitik handelt, wird sich weisen. Die EU hat aber Handlungsbedarf. Kronen Zeitung, 22. Jänner 2016, S. 2-3, Europaweites Lob, dass Österreich wurde

Die nationalstaatlichen Maßnahmen werden in Verbindung mit der Herstellung von „Ordnung“ und „Sicherheit“ gebracht. Sie dienen zur geordneten Registrierung und Kontrolle der Flüchtlinge sowie zur Eindämmung der Migrationsbewegung nach Österreich. Die folgenden zwei Artikelausschnitte sind nicht Teil des Quellenkorpus, da sie keinen Bezug zur EU herstellen. Sie sollen die sicherheitspolitischen Bedenken aufzeigen, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien und denen durch diese Maßnahmen entgegnet werden sollte:

„Der Maschendraht garantiert, dass sich Frauen und Kinder nicht am Stacheldraht verletzen. Der dahinter soll ein Durchbrechen gewaltbereiter Flüchtlinge verhindern“, sagte ein Polizeioffizier. Kronen Zeitung, 13. November 2015, S. 2-3, Fixiert: Für Grenze kein „Scherz-Zaun“

Bis Jahresende soll laut Innenministerium das moderne Schleusensystem, das als Vorbild die Sicherheitskontrollen bei Großveranstaltungen hat, fertig sein. Dazu gehört auch, dass die Habseligkeiten der Menschen mit Metalldetektoren kontrolliert werden. Kronen Zeitung, 12. Dezember 2015, S. 14-15, Neues Schleusensystem für Flüchtlinge

Das völlige Beenden der Migrationsbewegung durch Europa wird nach den Silvester-Ereignissen in Köln als höchste Priorität angesehen. Im Deutungsmuster werden die Grenzsicherungen entlang der Balkanroute, da von Österreich initiiert, als österreichische Maßnahme gewertet und positiv beurteilt. Österreich wird als hilfsbereites Land dargestellt, die Schuld an der humanitären Katastrophe, die durch die Obergrenze und die Schließung der Balkanroute entstünden, hätte die untätige EU.

Auch seien jetzt, laut Wehrschütz (meine Anm.: ORF-Korrespondent), Polizisten aus Slowenien, Kroatien und Serbien gemeinsam an den Grenzen im Einsatz, um den Flüchtlingsstrom zu bremsen, „weil alle diese Länder in Angst leben, wegen des EU-Versagens an Europas Außengrenzen zu einem Auffanglager zu werden. Kronen Zeitung, 22. Jänner 2016, S. 2-3, Europaweites Lob, dass Österreich aktiv wurde

Vom Musterknaben zum europäischen Buhmann: Nach der Wende in der Asylpolitik – mit Obergrenzen und Zäunen – sowie dem Pakt mit den Westbalkanstaaten zum Stopp der Flüchtlingswelle ist Österreich in die Kritik geraten. Beinahe ganz Europa fällt nun über uns her. Doch die Regierung gibt sich unbeirrt und bleibt bei ihrem Kurs. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP): „Wir haben den Anfang vom Ende des Durchwinkens eingeleitet.“ Kronen Zeitung, 26. Februar 2016, S. 3, Jetzt fallen alle über uns her!

Handlungsanleitung: EU-Flüchtlingspolitik bzw. Merkels Flüchtlingspolitik ablehnen

Die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel sei verantwortlich für die Migrationsbewegung. Sie wird als „Einladungspolitik“ gewertet und in Verbindung mit den Terroranschlägen in Paris⁸⁹ und den Silvester-Ereignissen in Köln⁹⁰ gebracht. Merkels Politik wird mit der Politik der EU-Kommission gleichgesetzt und abgelehnt.

Ministerin Johanna Mikl-Leitner suchte das Gespräch mit dem ungarischen Außenminister und sie stimmt nun auch in den Chor der Deutschland-Kritiker ein: Deutschland sei mitverantwortlich für das aktuelle Ausmaß der Krise, so die Ministerin. Kronen Zeitung, 15. September 2015, S. 8, Keine Rückführung nach Ungarn mehr

Argumentationsgrundlage: Österreich wäre ohne EU „besser dran“, da die EU Beschlüsse nicht bzw. nicht im Sinne Österreichs umsetzt

Durch die implizite bzw. explizite Ausformulierung der Zweifel an den EU-Lösungen wird eine kritische bis ablehnende Haltung erreicht. Von Seiten der EU seien keine Lösungen zu erwarten und das Ende der Migrationsbewegung nicht zu erreichen. Österreichische Politiker werden als handelnde Akteure dargestellt. Zentrale Argumentationsgrundlage ist, dass Österreich ohne EU auf Grund nationalstaatlicher Maßnahmen die Migrationsbewegung für sich beenden könnte.

Vom Vorschlag der EU-Kommission, der am Mittwoch präsentiert wird, ist wohl nicht allzu viel zu erwarten. Bundeskanzler Faymann habe zwar das Ge-

⁸⁹ Beispielsweise: Kronen Zeitung, 22. November 2015, S. 10-11, 6 Fragen zu den Flüchtlingsströmen ... nach dem Terror in Paris.

⁹⁰ Beispielsweise: Kronen Zeitung, 10. Jänner 2016, S. 2-3, Flüchtlingskurs steht jetzt auf der Kippe.

fühlt, dass die Diskussion in Gang komme, aber es werde Übergangsregelungen geben – und die werden nicht das sein (sic), was Österreich wolle. Kronen Zeitung, 09. September 2015, S. 2, Faymann: Brauchen dieselbe Anstrengung wie bei Bankenkrise

„Wenn man bedenkt, wie viel Beschlüsse schon gefasst wurden, dann haben wir recht gehandelt, uns nicht darauf zu verlassen. Es war im letzten Jahr keine Sicherung der EU-Außengrenze zustande gebracht worden, so dass eine Million durchgewinkt wurden. Wir mussten zusehen, wie es von Monat zu Monat schneller ging.“ Interview mit Werner Faymann. Kronen Zeitung, 06. März 2016, S. 2-3, Wir werden keinem Druck weichen

Zusammenfassung: Deutungsmuster EU Ablehnung

Die Perspektive des Deutungsmusters ist auf Österreich und die innenpolitischen Herausforderungen gerichtet, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien. Die Überforderung Österreichs wird hervorgehoben. Die innere Sicherheit und Ordnung wird befürchtet.

In der Berichterstattung über die EU wird selten zwischen den verschiedenen EU-Institutionen unterschieden. Die EU wird vereinfacht als „Brüssel“ bezeichnet. Die EU-Kommission wird als langsame, inaktive Institution dargestellt. Es gelinge ihr nicht, ihre Lösungen umzusetzen bzw. handle sie gegen den Willen ihrer Mitgliedstaaten.

Um die kritische bzw. ablehnende Haltung der EU zu verstärken, bedient sich das Deutungsmuster verschiedener Urteile über die EU. Bis September wird die EU auf Grund ihrer Untätigkeit und Langsamkeit kritisiert. Die EU wird als entfernte Institution dargestellt, die untätig sei und an realpolitischen Lösungen wenig Interesse habe.

Ab September wird die Zerrissenheit der EU hervorgehoben. Zentrale Aussage ist, dass die EU sich auf keine gemeinsame Lösung einigen könne. Hier wird zwischen der EU-Kommission und den EU-Mitgliedstaaten differenziert. Die EU-Kommission wird negativ bewertet. Die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten stünden den EU-Lösungen gegenüber. Ihre Rolle als EU-„Nettoempfänger“-wird betont. Auf Grund der erhaltenen EU-Förderungen hätten sie die Verpflichtung zur Solidarität gegenüber den EU-„Nettozahler“-Mitgliedstaaten.

Im Februar wird der Eindruck einer ungerechtfertigten Kritik der EU-Kommission an Österreich transportiert. Die Kritik verstärkt den Eindruck von einer Distanz zwischen der EU und den Österreicherinnen und Österreichern. Kritik von Seiten der EU wird durch Possessivpronomen, wie „unsere“ Obergrenze, direkt in Verbindung mit den Österreicherinnen und Österreicher gebracht, um persönliche Anteilnahme zu erreichen.

Nationalstaatliche Maßnahmen wie Grenzkontrollen, der Grenzzaun in Spielfeld und die Obergrenze, werden im Zusammenhang mit der Kontrolle der Flüchtlinge zur Wiederherstellung der Sicherheit kommuniziert und werden positiv gewertet. Das Schließen der Balkanroute zum Beenden der Migrationsbewegung wird, da als österreichische Initiative angesehen, ebenfalls positiv bewertet.

Die Politik der EU-Kommission wird in Verbindung mit der Politik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel gebracht und abgelehnt. Diese Politik sei schuld an der Migrationsbewegung und an den dadurch entstandenen Herausforderungen.

Die Wertungen suggerieren, dass von Seiten der EU keine Lösung zu erwarten sei. Die kritische bis ablehnende Haltung der EU gegenüber wird verstärkt. Im Unterschied zu den beiden oben genannten Deutungsmustern findet kein Appell an eine EU-Solidarität noch die Forderung an einer gesamteuropäischen Lösung statt.

6.4. Zusammenfassung der Analyse

In den ausgewählten österreichischen Tageszeitungen konnten im Untersuchungszeitraum Juli 2015 bis März 2016 drei Deutungsmuster ermittelt werden, die die EU je unterschiedlich deuten.

Im Deutungsmuster *Die Wertgemeinschaft EU* wird die EU als Wertgemeinschaft dargestellt. Ihre wichtigsten Werte sind die europäische Solidarität und Humanität. Die Migrationsbewegung wird als humanitäre Ausnahmesituation gesehen und die Perspektive auf die humanitäre Situation der Flüchtlinge gerichtet. Die EU könne sich auf keine gesamteuropäische Lösung einigen, da einige EU-Mitgliedstaaten die Quotenregelung, die als Zeichen der Solidarität gewertet wird, ablehnen. Besonders die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten werden als jene Staaten hervorgehoben, die die gemeinsame Quotenregelung verhindern würden. Die EU habe die Verpflichtung, auf Grund der europäischen Vergangenheit, ihre Werte – die Grund- und Menschenrechte und die Solidarität – hochzuhalten. An diese moralische Verpflichtung wird die Forderung nach Solidarität geknüpft.

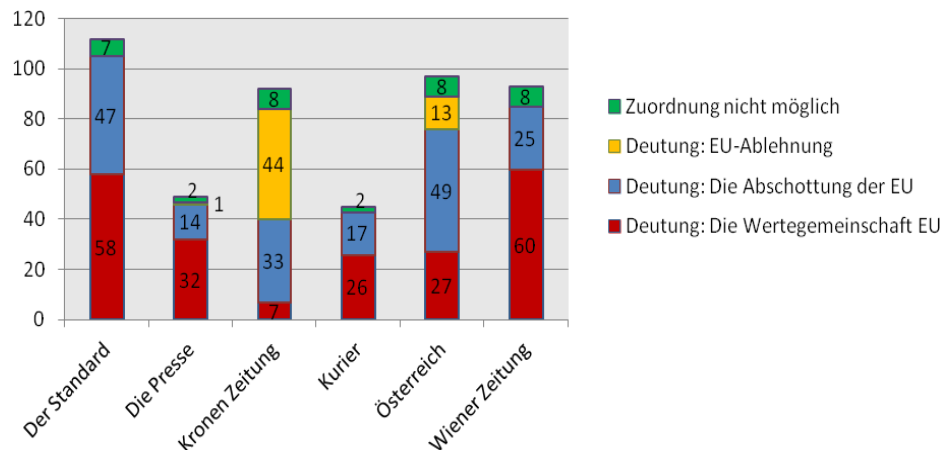
Im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* wird eine EU gezeichnet, die eine gemeinsame EU-Außengrenze habe und die Kontrolle über diese zurückerlangen müsse. Die Migrationsbewegung wird als Zeichen des Kontrollverlustes kommuniziert. Das Deutungsmuster fordert die Sicherheit und Ordnung im Schengen-Raum, welcher als Grundwert der EU betrachtet wird. Die Forderung wird mit dem weiteren Bestehen der EU in Zusammenhang gebracht.

Dem Deutungsmuster *EU-Ablehnung* geht es vorrangig darum, die EU-skeptische bis ablehnende Haltung zu fördern. Demnach sei von der EU keine Lösung zu erwarten und nationalstaatliche Maßnahmen vorzuziehen. Die Perspektive dieses Deutungsmuster richtet sich auf die nationalstaatlichen Herausforderungen, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien.

6.5. Deutungsmusterübersicht

	<i>Die Wertegemeinschaft EU</i>	<i>Die Abschottung der EU</i>	<i>EU-Ablehnung</i>
Problematisierung	Die Migrationsbewegung ist eine humanitäre Ausnahmesituation.	Die Migrationsbewegung zeigt den Kontrollverlust der EU auf.	Die Migrationsbewegung „gefährdet“ Österreich.
Problemlokalisierung	Die EU-Kommission kann ihre Maßnahmen auf Grund mangelnder Solidarität innerhalb der EU-Mitgliedstaaten nicht umsetzen.	EU-Staats- und Regierungschefs fordern eine EU mit geschützter EU-Außengrenze..	Von der EU ist in der „Flüchtlingskrise“ keine Lösung zu erwarten.
Wertung	Die EU ist „gespalten“. Die Quotenregelung ist ein Zeichen der Solidarität.	Die geschützte EU-Außengrenze ist Bedingung für das Bestehen der EU. Die EU-Staats- und Regierungschefs zeigen Einigkeit in der Forderung nach einem starken Grenzschutz	Die EU ist untätig. Die EU ist „gespalten“. Die EU kritisiert zu Unrecht Österreich.
Handlungsanleitung	Nationalstaatliche Maßnahmen verstoßen gegen die Werte der EU. Die EU soll sich als „Global Player“ stärker einbringen.	Nationalstaatliche Maßnahmen können die Migrationsbewegung nicht lösen.	Nationalstaatliche Maßnahmen setzen, da eine gesamteuropäische Lösung nicht zu erwarten sei. EU-Flüchtlingspolitik bzw. Merkels Flüchtlingspolitik ablehnen.
Argumentationsgrundlage	Europa habe auf Grund ihrer historischen Vergangenheit die Verpflichtung zur Solidarität und Humanität.	Die EU-Außengrenze muss geschützt werden, um Schengen und die EU zu erhalten.	Österreich wäre ohne EU „besser dran“, da die EU Beschlüsse nicht bzw. nicht im Sinne Österreichs umsetzt.

6.6. Häufigkeit der EU-Deutungen pro Zeitung



In der Zeitung *Der Standard* war das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* mit 58 Artikel bzw. Artikelfragmente am stärksten vertreten. 47 Artikel bzw. Artikelfragmente wurden dem Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* zugeordnet. Sieben Artikel bzw. Artikelfragmente konnten keinem der hier ermittelten Deutungsmuster zugeordnet werden. Acht Artikel beinhalten sowohl das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* und *Die Abschottung der EU* (ersichtlich in den Listen im Kapitel „12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen“).

In der Zeitung *Die Presse* war das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* mit 32 Zuordnungen ebenfalls am stärksten vertreten. Das Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* findet sich in 14, das Deutungsmuster *EU- Ablehnung* in einem Artikel bzw. Artikelfragment. Zwei Artikel bzw. Artikelfragmente konnten nicht zugeordnet werden. In sechs Artikeln finden sich zwei Deutungsmuster.

Das Deutungsmuster *EU- Ablehnung* findet sich mit 44 Zuordnungen am häufigsten in der *Kronen Zeitung*. 33 Artikel bzw. Artikelfragmente wurden hier dem Deutungsmuster *Die Abschottung der EU*, sieben dem Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* zugeordnet. Acht Artikel bzw. Artikelfragmente konnten keinem Deutungsmuster zugeordnet werden, drei Artikel beinhalten zwei Deutungsmuster.

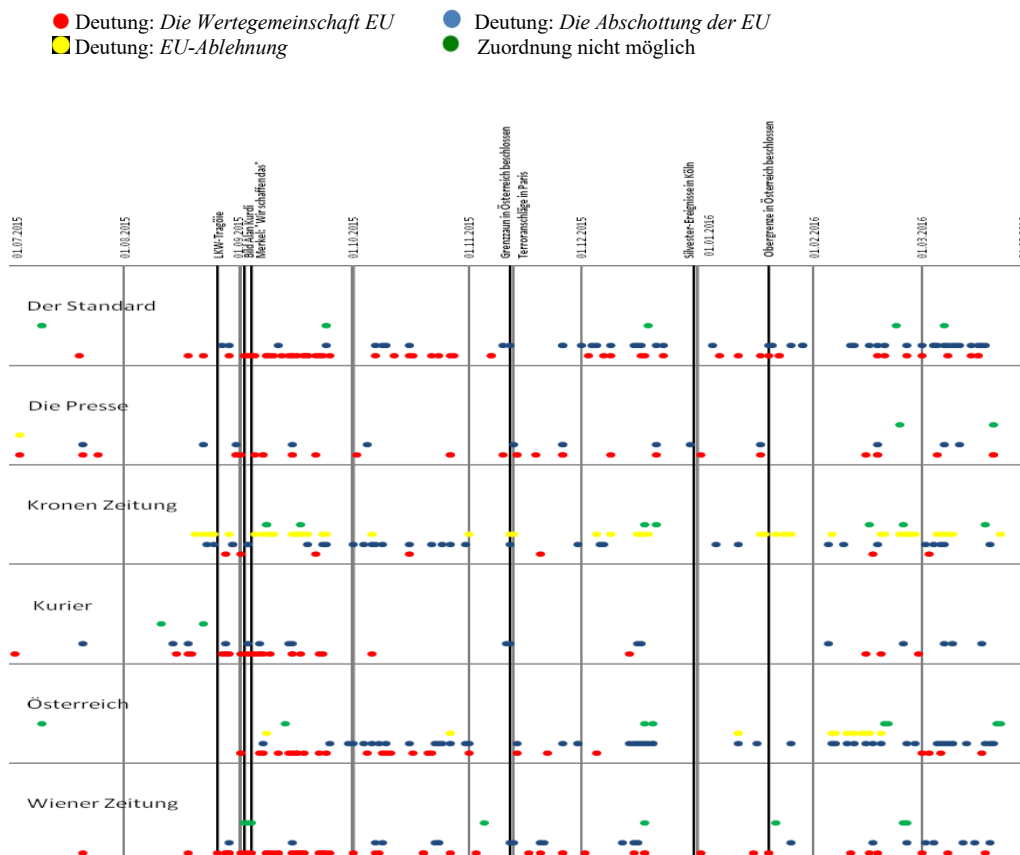
26 Artikel bzw. Artikelfragmente wurden im *Kurier* dem Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* und 17 dem Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* zugeordnet. Bei zwei

Artikeln war eine Zuordnung zu keinem der hier ermittelten Deutungsmuster möglich, drei Artikel wurden doppelt zugeordnet.

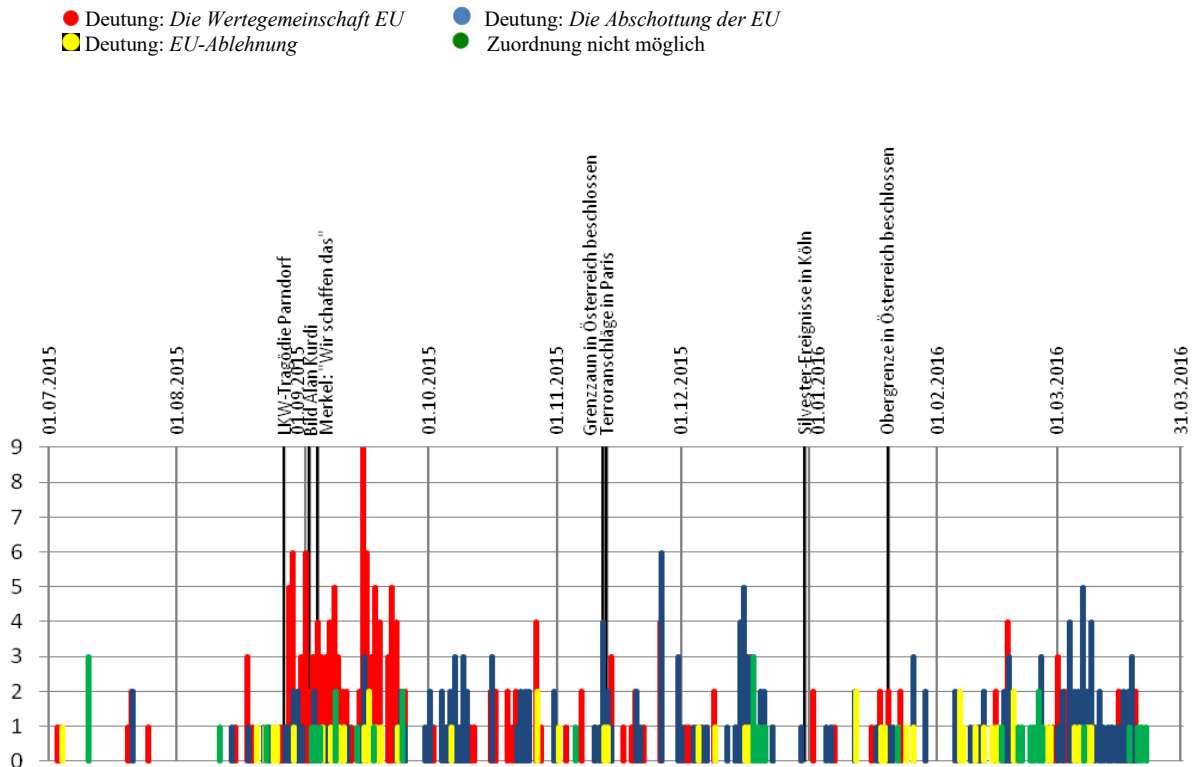
Das Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* konnten in der Zeitung *Österreich* 49 Artikeln bzw. Artikelfragmenten zugeordnet werden. 27 Artikel bzw. Artikelfragmente wurden dem Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU*, 13 dem Deutungsmuster *EU- Ablehnung* zugeordnet. Acht Artikel konnten nicht zugeordnet werden, neun Artikel wurden doppelt zugeordnet.

In der *Wiener Zeitung* war das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* mit 60 Zuordnungen am häufigsten vertreten. Dem Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* konnten 25 Artikel bzw. Artikelfragmente zugeordnet werden. Bei acht Artikeln war keine Zuordnung möglich, drei Artikel wurden doppelt zugeordnet.

6.7. EU-Deutungen im chronologischen Verlauf pro Zeitung



6.8. EU-Deutungen im chronologischen Verlauf: Gesamt



Im Juli und August 2015 konzentrierte sich die Berichterstattung auf die Situation der Flüchtlinge und ihre Versorgung in Österreich. Ende August, nach der LKW-Tragödie in Parndorf, richtete sich der mediale Fokus auf die EU.

Das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* war besonders im September 2015 stark vertreten. Am häufigsten am 15. September 2015 mit 9 Artikel bzw. Artikelfragmente.

Das Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* findet sich durchgängig ab Oktober 2015 und ist vor allem rund um die Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs anzufinden, da diese das Deutungsmuster am stärksten vertraten. Im März 2016 hat sich das Deutungsmuster durchgesetzt.

Das Deutungsmuster *EU-Ablehnung* ist konstant im untersuchten Zeitraum vorhanden.

7. Kulturgeschichtliche Perspektive

Im analytischen Teil dieser Arbeit wurden drei Deutungsmuster erstellt, anhand deren die EU während der „Flüchtlingskrise“ in den österreichischen Tageszeitungen gedeutet wurde. Deutungsmuster konstruieren Bedeutungen, indem sie Wissens Elemente mit Argumenten und Wertungen zu einer Deutung verknüpfen.⁹¹ Dieses Kapitel folgt einer kulturgeschichtlichen Perspektive. Es werden die Bedeutungen der zentralen Argumente als auch deren Verwendung im Deutungsmuster behandelt. Eine Ermittlung der Bedeutungskonstruktion hilft die Wirkung des Deutungsmusters nachzuvollziehen.

7.1. Die Wertegemeinschaft EU

Die Wertegemeinschaft EU - Die Grund- und Menschenrechte

Das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* stützt seine Argumentation auf die moralische Verpflichtung zur Einhaltung der Grund- und Menschenrechte. Die europäische Vergangenheit und die daraus gezogenen Lehren würden die heutige Generation verpflichten, Solidarität in der europäischen Gemeinschaft, sowie Humanität und Mitgefühl für die Opfer heutiger Kriege zu empfinden.

Dieses Deutungsmuster wurde von den Kommissaren der EU vertreten, sowie von jenen, die sich für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration aussprachen. Dies überrascht insofern nicht, da die Union im Vertrag von Lissabon 2007, Artikel 2, die Werte der Solidarität und Humanität als Fundament und deren Förderung als Ziel festgelegt hat. Die EU hat sich durch die Benennung von gemeinsamen Werten als Wertegemeinschaft definiert. Die Werte basieren auf einem, dem Humanismus und Humanitarismus verpflichteten, ethischen Konzept⁹² und sind dem Wortlaut des Artikels Zwei des Lissaboner Vertrages folgend:

⁹¹ Keller, Wissenssoziologische Diskursanalyse, 240. Sowie: Keller, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse, 156. Und: Keller, Truschkat, Angelus Novus, 303.

⁹² Wolfgang Schmale, Was wird aus der Europäischen Union? Geschichte und Zukunft (Ditzingen 2018) 50f.

„Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“⁹³.

Die Werte sollen von einer Gesellschaft getragen werden,

„die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“⁹⁴.

Die EU verstand sich zwar ansatzweise seit Beginn der europäischen Integration als Wertegemeinschaft, in dieser Deutlichkeit ist dies bis dahin jedoch noch nicht formuliert worden. Mit der Anerkennung der Genfer Flüchtlingskonvention und anderer Schutzkonventionen wurde das ethische Konzept auch auf Mitglieder von Drittstaaten übertragen.⁹⁵ Die Kommission, als „Hüterin der Verträge“, ist verpflichtet für die „Anwendung der Verträge“⁹⁶ zu sorgen, und als supranationales Organ angehalten, die „Interessen der Union“⁹⁷ zu fördern. Als Sprecher der Kommission waren es die Kommissare, die das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* am stärksten vertraten.

Die Definition der EU als Wertegemeinschaft basiert auf einem relativ jungen Konzept. Der Gedanke, der EU eine Werteorientierung zu geben, geht auf den Europaparlaments-Mandatar Altiero Spinelli 1984 zurück. 1999 wurde eine Gruppe von Experten beauftragt eine Grundrechtecharta auszuarbeiten. Der sogenannte „Grundrechtskonvent“ sollte nicht nur alle Grundrechte, die in den EU-Staaten galten, zusammenfassen, sondern den EU-Bürgerinnen und Bürgern eine Identifikation mit der EU ermöglichen, die über die EU als Wirtschaftsunion hinausgeht.⁹⁸ Das Erarbeiten einer eigenen Grundrechtecharta war der Einsicht geschuldet, dass laut Urteil des EuGH die EU nach dem Stand des Gemeinschaftsrechts nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention (welche vom institutionell EU-unabhängigen Europarat erarbeitet worden war) beitreten könne. Zudem sollte die

⁹³ Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In Amtsblatt der Europäischen Union C 202 vom 7. Juni 2016, Artikel 2, 17. PDF zum download: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2016:202:FULL&from=DE> (05.02.2019).

⁹⁴ Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 2, 17.

⁹⁵ Schmale, Was wird aus der Europäischen Union?, 51.

⁹⁶ Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Artikel 17 (1), 25.

⁹⁷ Ebd. 25.

⁹⁸ Michael Gehler, Europa. Ideen-Institutionen-Vereinigung-Zusammenhalt (3. komplett überarb. und erheblich erw. Auflage, Reinbek 2018) 415 und 425f.

Grundrechtecharta mit Blick auf die EU-Osterweiterung der EU ein Rechts- und Werteordnungssystem garantieren.⁹⁹ Im Vertrag von Lissabon 2007 (2009 in Kraft getreten) wurde die Grundrechtecharta in europäisches Primärrecht erhoben.¹⁰⁰ Ende des 20. Jahrhunderts, also zeitgleich zur europäischen Werteorientierung an den Grund- und Menschenrechten, arbeiteten viele Nationen ihre Vergangenheit im Zweiten Weltkrieg kritisch auf. Nationalstaaten bekannten sich zu den Menschenrechten. „Moral“ begann in internationalen Beziehungen folglich eine Rolle zu spielen.¹⁰¹

Das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* bezieht sich auf die Werteorientierung und die Einhaltung der Grundrechtecharta der EU. Die Grund- und Menschenrechte werden als Ergebnis der Lektionen angesehen, die die europäischen Staaten im Zweiten Weltkrieg gemacht haben. Die Verknüpfung der europäischen Vergangenheit mit den gemeinsamen Werten kommuniziert EU-Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit. Diese Bedeutungskonstruktion wird im Deutungsmuster für die Forderung nach Solidarität herangezogen.

Die „andere“ EU

Während der „Flüchtlingskrise“ wurde in Österreich das Bild der EU als politische Wertegemeinschaft in den untersuchten österreichischen Tageszeitungen, besonders im Herbst 2015 und mit Ausnahme der *Kronen Zeitung*, stark kommuniziert. Auch aus anderen EU-Mitgliedstaaten kamen EU-Solidaritätsbekundungen (beispielsweise von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel). Des Weiteren waren Bilder der Solidarität und Hilfsbereitschaft auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten in den Medien zu sehen. Dies lässt vermuten, dass die EU als politische Wertegemeinschaft länderübergreifend kommuniziert und angenommen wurde.

Die Forschungsergebnisse rund um Christine Eilders und Dennis Lichtenstein zu den national unterschiedlichen EU-Identitätskonstruktionen zeigen auf, dass die Deutung der EU als Wertegemeinschaft als eine transnationale EU-Deutung gilt, die länderübergreifend und

⁹⁹ Gehler, Europa, 426.

¹⁰⁰ Ebd. 534.

¹⁰¹ Günter Bischof, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik. In: Stefan Karner, Alexander O. Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“ (Kriegsfolgen-Forschung Bd.8, Wien/Köln/Weimar 2015) 252f. Sowie: Elazar Barkan, The Guilt of Nations (New York/London 2000) XV-XX.

inklusiv wirkend ist.¹⁰² Wobei sich transnational geteilte EU-Identitätskonstruktionen auf Grund der national unterschiedlichen EU-Identitätsdiskurse und auf Grund der nationalen Mediensysteme nur schwer herausbilden können.¹⁰³ Die EU-Mitgliedstaaten konstruieren durch nationale Deutungen ihre Zugehörigkeit zur EU. Österreich definiert seine Zugehörigkeit zur EU beispielsweise anhand seiner Vermittlerfunktion zum Osten. EU-Deutungen sind in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten verschieden und verhindern ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Ein Scheinkonsens stabilisiert die EU solange, bis die verschiedenen Deutungen miteinander konfrontiert werden.¹⁰⁴

Die Deutung der EU als Wertegemeinschaft wurde nicht von allen EU-Mitgliedstaaten angenommen. Besonders die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, da sie die Quotenregelung (welche in der Deutung als Zeichen der Solidarität gilt) abgelehnt hatten, wurden im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* als dieser gegenüberstehend kommuniziert.

Die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten verteidigten ihre restriktive Flüchtlingspolitik mit Argumenten, die sich auf kulturelle und religiöse Nationalstaatsdefinitionen beziehen. Der Rückgriff auf ein kulturell-religiöses Nationalstaatskonzept ist mit der EU als Wertegemeinschaft und mit ihrem pluralistischen Gesellschaftskonzept nicht vereinbar und wurde deswegen von den Befürwortern der Deutung *Die Wertegemeinschaft EU* heftig kritisiert.

Während die deutsche Kanzlerin Merkel bei dem EVP-Kongress betonte, die Flüchtlinge menschlich zu behandeln, rief Ungarns Ministerpräsident Orbán dazu auf, das „Erbe“ Europas gegenüber einer vorwiegend männlichen Migrationsbewegung zu verteidigen, „die den Anschein einer Armee hat. „Das ist eine Migrationsbewegung bestehend aus Wirtschaftsmigranten, Flüchtlingen und ausländischen Kämpfern.“ Alle Menschen hätten ein Recht auf Sicherheit und Würde, nicht aber auf ein Leben wie in Ungarn oder Deutschland. Wiener Zeitung, 24./25. Oktober 2015, S. 3, Ein „Cheftreffen“ der Betroffenen

In der Wahrnehmung der Österreicherinnen und Österreicher sind die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten noch nicht vollständig in der EU integriert, wie die Ergebnisse der Studie 2013 von Angela Siebold aufzeigen.¹⁰⁵ Diese „Wahrnehmungshürde“ ist historisch be-

¹⁰² Lichtenstein, Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise, 63.

¹⁰³ Ebd. 61.

¹⁰⁴ Ebd. 64f.

¹⁰⁵ Angela Siebold, Zwischen Grenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven (Sammlung Schöningh, Paderborn 2013) 95-98.

gründet: Nach dem Zweiten Weltkrieg diente in Westeuropa und Österreich die Abgrenzung zum „Ostblock“ als Antriebsmotor der westeuropäischen Integration. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges wurde die DDR rasch in die westeuropäische Raumvorstellung integriert. Die ostmitteleuropäischen Staaten hingegen bildeten in der Wahrnehmung der Westeuropäerinnen und Westeuropäer eine Art „Zwischenraum“: ihre grundsätzliche Zugehörigkeit zu Europa wurde nicht in Frage gestellt, zum Konzept des integrierten Europas gehörten sie jedoch nicht. Seit der Integration der ostmitteleuropäischen Staaten in die EU ab den 1990er Jahren ist eine schrittweise Annäherung in der Wahrnehmung zu konstatieren.¹⁰⁶

Der Befund von Siebold, wonach die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten in der Wahrnehmung noch nicht vollständig integriert sind, kann hier bestätigt werden. Im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* sind es vor allem die ostmitteleuropäischen Länder die als „unsolidarisch“ oder „anders“ dargestellt werden, obwohl auch beispielsweise Frankreich und Großbritannien die Quotenregelung ablehnten. Es kann zudem konstatiert werden, dass unterschiedliche EU-Deutungen in der „Flüchtlingskrise“ zwar zu EU-Zugehörigkeitsbekundung führten, jedoch kein EU-Zusammengehörigkeitsgefühl ermöglichen. Anschließend müssten weiterführende Studien danach fragen, welche EU-Deutungen in den ostmitteleuropäischen Ländern während der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 kommuniziert wurden.

¹⁰⁶ Siebold, *ZwischenGrenzen*, 95-98.

7.2. Die Bedeutung der „Grenze“

Im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* wird der Schutz der EU-Außengrenze, im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* der Schutz der österreichischen Grenze gefordert. Die Forderung nach einem Schließen der Grenze bzw. nach einem stärkeren Grenzschutz ist, nachdem in den 1990er Jahren eine „grenzenlose“ Zukunft postuliert wurde und sich diese für Österreich auch verwirklicht hat, erstaunlich. Hier wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die Grenze für die Österreicherinnen und Österreicher noch hat, wo es doch schon seit über einem Jahrzehnt keine physische Grenze in Österreich mehr gibt.

Etymologisch geht das Wort Grenze auf das slawische Wort *granica* für „Schützen“ oder „Bewahren“ zurück.¹⁰⁷ Für die moderne Staatsbildung bedeutete die Grenze eine Trennlinie, die der Abgrenzung eines Staates nach außen, durch eine physische Grenze, und der Eingrenzung nach innen, durch die Unterstellung der Untertanen unter die Staatsmacht, diente. Grenzen sind Ausdruck souveräner Staaten. Die Staatsgrenze hat nicht nur die physische Funktion der Trennung, sondern auch eine juristische, fiskalische, militärische, ideologische und eine Kontrollfunktion. Staatsgrenzen waren über die letzten Jahrhunderte weder stabil noch unwandelbar, sie sind Ergebnis von Machtverhältnissen.¹⁰⁸

Sozialwissenschaftlich betrachtet ist die Grenze der Platz an dem, auf Grund der Erfahrung der Passkontrolle, Staatszugehörigkeit am stärksten aufgezeigt wird. Grenzen und Grenzübergänge sind konkret erfahrbare, physisch sichtbare Objektivation eines Staates. Die Grenze ist Teil der erfahrbaren staatlichen Souveränität.¹⁰⁹ Der Verlust der Kontrolle über die Grenze wird als Verlust der Souveränität eines Staates oder einer politischen Gemeinschaft, wie der EU, verstanden.

Für die Analyse wird eine kulturgeschichtliche Perspektive eingenommen, die weniger die rechtlichen und politischen Veränderungen in den Fokus stellt, sondern die Bedeutung der Grenze untersucht.

¹⁰⁷ Andreas Pudlat, Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa (Historische Europa-Studien 7, Hildesheim/Zürich/New York 2013) 44.

¹⁰⁸ Vgl. Ebd. 44-50.

¹⁰⁹ Gerhard Kunnert, Touristen aus EU-Drittstaaten als potentielle Terroristen? Ein kritischer Blick auf Ursprünge, Entwicklung und aktuelle Tendenzen der EU-Außengrenzpolitik. In: Michael Gehler, Andreas Pudlat (Hg.), Grenzen in Europa (Historische Europa-Studien 2, Hildesheim/Zürich/New York 2009) 211-212. Sowie weiters der Beitrag von Christian Jostmann, Bernd Ctortocka, „Nach Schengen. Architektur und Ästhetik der Grenze“ – Anmerkungen zu einer Ausstellung. In: Ebd. 305-326.

Die EU-Außengrenze

Mit dem Schengen-Beitritt haben die Mitgliedstaaten die Sicherungs- und Kontrollfunktion ihrer nationalstaatlichen Grenze der gemeinsamen Außengrenze übertragen. Im Vertrag von Amsterdam 1997 wurde der Schengen-Besitzstand (das Schengen-Abkommen von 1985, das Schengen Durchführungsübereinkommen von 1990, sowie alle weiteren diesbezüglichen Regelungen) in EU-Recht und EU-Kompetenz übernommen und auf alle EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme Irland, Kroatien, Zypern, Rumänien, Bulgarien und derzeit noch Großbritannien) angewandt, sowie um einige Nicht-EU-Mitgliedstaaten erweitert. Die Verschiebung der nationalstaatlichen Grenzkontrolle an eine gemeinsame Außengrenze wird als Internationalisierung der Grenzpolitik (oder Supranationalisierung, wie im Fall der EU) bezeichnet und bedeutet, dass die Grenzkontrollfunktion nicht mehr einzelstaatlich, sondern in einer Staatengruppe durchgeführt wird.¹¹⁰

Das Verschwinden der nationalstaatlichen Grenze und der Aufbau einer gemeinsamen Außengrenze sind einerseits der Einsicht geschuldet, dass der freie Kapital-, Waren- und Personenverkehr in einer globalisierten Welt durch eine Binnengrenze nicht behindert werden soll.¹¹¹ Andererseits wurde die Kontrollfunktion einer nationalstaatlichen Grenze durch völkerrechtliche Verträge, wie die Genfer Flüchtlingskonvention, eingeschränkt. Bestimmten Personen- oder Personengruppen darf der Eintritt auf ein Territorium nicht verweigert werden. Als Antwort auf die eingeschränkte Kontrollfunktion haben viele Staatengruppen ihre Grenzkontrolle exterritorialisiert. Eine Exterritorialisierung der Grenzkontrolle bedeutet, dass die Kontrollfunktion bereits vor Erreichen der Grenze stattfindet, beispielsweise durch Visumpflicht in die Herkunftsländer bzw. durch die „sichere Drittstaatenregelung“.¹¹² In der Drittstaatenregelung werden die Staaten vor der Grenze als sichere Staaten bezeichnet. Somit sind sie, da als sicheres Land benannt, zuständig für Asylwerberinnen und Asylwerber.¹¹³ Die Internationalisierung und Exterritorialisierung der Grenzpolitik wird als eine Anpassungsleistung der Nationalstaaten an diese veränderte Situation verstanden.¹¹⁴

Im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* wird diese realpolitisch bereits länger bestehende Veränderung in der Grenzpolitik kommuniziert: Im Hinblick auf die Beschränkung

¹¹⁰ Steffen Mau, Lena Laube, Christof Roos, Sonja Wrobel, Grenzen in der globalisierten Welt. Selektivität, Internationalisierung, Exterritorialisierung. In: Leviathan 36, H. 1 (2008) 137f.

¹¹¹ Mau et al., Grenzen in der globalisierten Welt, 127.

¹¹² Vgl. Ebd. 140-143.

¹¹³ Vgl. Ebd. 143.

¹¹⁴ Ebd. 127f.

der Kontroll- und Regulierungsfunktion einer Grenze durch die Genfer Flüchtlingskonvention wäre ein Staat alleine mit der Migrationsbewegung überfordert. Die Migrationsbewegung könnte demnach nur gemeinsam gelöst werden.

Dass eine Schengen-Pause noch kein größeres Thema ist, dürfte daran liegen, dass man diesen Schritt in Sicherheitskreisen für wenig hilfreich erachtet. Zwar könnte Österreich in Brüssel vorbringen, dass man die innere Sicherheit angesichts des Flüchtlingsansturms für bedroht hält, und damit bis zu sechs Monate die Grenzen etwa nach Ungarn, Slowenien und Italien dicht machen. Um die Asylwerber, die an diese Grenzen kommen, müsste man sich aber weiterhin kümmern: Obwohl Österreich offensichtlich nicht zuständig wäre – das ist immer jenes EU-Land, das ein Asylwerber als Erstes betreten hat –, müsste man zunächst Quartier und Grundversorgung bereitstellen und ein Verfahren eröffnen, an dessen Ende erst die Rückführung in ein anderes EU-Land erfolgen würde. Erwartbare Verbesserung zum Status Quo: Praktisch keine. Kurier, 14. August 2015, Schengen aus, Grenzen dicht? Alleingang würde wenig bringen

Staatsgrenzen haben eine Sicherungs- und Kontrollfunktion und symbolisieren die Souveränität eines Nationalstaates. Durch den Beitritt zu Schengen wurde die staatliche Souveränität der EU übertragen:

„Wenn wir nicht die Souveränität über den Zugang zu Europa wiederherstellen, können wir auch nicht das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederherstellen.“ Interview mit EU-Kommissionspräsident Johannes Hahn. Der Standard, 18. Februar 2016, S. 4, „Es geht in die richtige Richtung“

Die EU-Bürgerinnen und Bürger wurden durch die „Flüchtlingskrise“ zunehmend auf die gemeinsame EU-Außengrenze und einen gemeinsamen EU-Raum¹¹⁵ aufmerksam. Die Vorstellung eines gemeinsamen EU-Raums wurde mit Metaphern kommuniziert: Begriffe wie „Festung Europa“, „Haus Europa“ bzw. „Tor Europas“ ermöglichen die Vorstellung eines gemeinsamen Gebietes und kommunizieren die Zugehörigkeit zur EU.¹¹⁶ In einigen der

¹¹⁵ Die EU verfügt über kein eigenes Territorium und keine gemeinsame Außengrenze sondern sie besteht aus den Territorien und Außengrenzen ihrer Mitgliedstaaten. Vgl.: Kunnert, Touristen aus EU-Drittstaaten als potenzielle Terroristen?, 214.

¹¹⁶ Maria Arduc, Wir bauen eine Festung Europa... Diskursive Aspekte der Internationalisierung der nationalen Asyl- und Einwanderungspolitiken in der Europäischen Union. In: Karin Liebhart, Elisabeth Menasse, Heinz Steinert (Hg.), Fremdbilder Feindbilder Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit 5, Klagenfurt 2002) 206-208.

untersuchten Zeitungsartikel finden sich diese Metaphern wieder.¹¹⁷ Wobei insbesondere der Begriff „Festung Europa“, wie bereits weiter oben erläutert, negativ konnotiert war und von jenen verwendet wurde, die sich gegen die Schließung der EU-Außengrenze aussprachen.

Das Abkommen mit der Türkei sei unverzichtbar, um zu signalisieren, dass die EU Herrin im eigenen Haus sei, hieß es bei der dritten „Europa im Diskurs“ – Diskussion im Wiener Burgtheater. Der Standard, 14. März 2016, S. 2, Titelnunterschrift, Von Flüchtlingen und der „Seele Europas“

Faymann über die Mission: „Jetzt braucht es an den EU-Außengrenzen eine Sicherung mit kontrollierten Eingangstoren.“ Österreich, 3. Oktober 2015, S. 4, 11 Hotspots gegen Asyl-Ansturm

Realpolitisch wurde die Supranationalisierung der nationalstaatlichen Grenzpolitik mit dem Beitritt eines jeden Mitgliedsstaates zum Schengen-Raum festgelegt. Durch das Schengen-Abkommen erhielt der EU-Raum eine gemeinsame Außengrenze. Im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* werden diese Veränderungen mit der Forderung einer Kontrolle der EU-Außengrenze kommuniziert: die EU-Außengrenze habe nun die Sicherungs- und Kontrollfunktion zu übernehmen, um den Schengen-Raum zu erhalten. Funktionen, die sonst einer nationalstaatlichen Grenze zugeschrieben werden, werden im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* der EU und dem gemeinsamen EU-Raum übertragen. Metaphern wie „Haus Europa“ bzw. „Tor Europas“ ermöglichen die Vorstellung eines gemeinsamen EU-Raums.

Die Bedeutung des grenzfreien Schengen-Raums

Die Perspektive des Deutungsmusters *Die Abschottung der EU* richtet sich auf die EU-innenpolitischen Herausforderungen, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien. Mit der Forderung nach einem Schutz der EU-Außengrenze ging, wie oben erläutert, die Vorstellung eines gemeinsamen EU-Raums einher. Dieser gemeinsame EU-Raum entstand

¹¹⁷ Siehe in: Österreich, 10. September 2015, Völkerwanderung 2016: 200.000 Flüchtlinge am Weg in die EU. Österreich, 6. Oktober 2015, Faymann trifft Tsipras. Österreich, 24. Oktober 2015, Macht die EU morgen ihre Grenzen dicht?. Der Standard, 18. September 2015, Kroatien will kein offenes Tor nach Europa sein. Der Standard, 19./20. September 2015, Vor Europas Toren. Der Standard, 14. März.2016, Von Flüchtlingen und der „Seele Europas“.

mit dem Schengen-Abkommen und sollte durch die EU-Außengrenze geschützt werden. Im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* wird die Solidarität der EU-Mitgliedstaaten eingefordert, um den Schengen-Raum zu erhalten. Welche Bedeutung hat der Schengen-Raum im Deutungsmuster?

„Es geht um den Schutz der europäischen Gemeinschaft (...) sonst sind wir verantwortlich für das Wiederauftreten von Grenzen innerhalb Europas“, warnte Tusk. „Europa ohne Außengrenzen ist ein Europa ohne Schengen“ und „ein Nährboden für Angst.“ „Dies würde früher oder später zu einer politischen Katastrophe führen“. Wiener Zeitung, 7. Oktober 2015, S. 4, Tusk übt Kritik an Osteuropäern

Mit einer Hiobsbotschaft kehrt Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) vom Treffen mit ihren EU-Amtskollegen am Montag zurück: Der grenzkontrollfreie Schengen-Raum sei in seinem Fortbestand ernsthaft bedroht. „Wir sind gerade dabei zu kippen“, verkündet Mikl-Leitner nach den Beratungen der EU-Innenminister in Amsterdam. Österreich, 26. Jänner 2016, S. 3, Mikl warnt: „Schengen an der Kippe“

Schengen steht, neben den zivilen und wirtschaftlichen Vorteilen, für das grenzfreie EU-Europa. Die Bedeutung eines grenzfreien EU-Raums geht auf die Anfänge der europäischen Integration zurück. Das Zusammenarbeiten und die Annäherung der Nationalstaaten war die gemeinsame Schlussfolgerung, die aus den gemachten Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg resultierte.¹¹⁸ In ihrer Studie zu den Europafilmen der frühen 1950er Jahre hat Gabriele Clemens den leitenden Gedanken der europäischen Integration hinsichtlich des grenzfreien Raums treffend herausgearbeitet:

„Die Grenzziehung bzw. Abschließung der Nationalstaaten im Laufe der Jahrhunderte gilt als der Sündenfall der europäischen Geschichte. Sie hat aus dem einst blühenden Europa einen von Kriegsverheerungen und Zerstörungen gezeichneten Kontinent gemacht. Und der Krieg ist, so lautet die Kernaussage dieser Filme, lediglich die Konsequenz aus der Aufteilung Europas in Nationalstaaten.“¹¹⁹

¹¹⁸ Siebold, ZwischenGrenzen, 94.

¹¹⁹ Gabriele Clemens, Europa – nur ein gemeinsamer Markt? Die Öffentlichkeitsarbeit für den europäischen Integrationsprozess am Beispiel der Europafilme zwischen Marshallplan und Römischen Verträgen 1947-1957. In: Michael Gehler (Hg.), Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957-2007/From Common Market to European Union Building. 50 Years of the Rome Treaties 1957-2007 (Wien/Köln/Weimar 2009) 55.

Das Überwinden der nationalstaatlichen Grenzen wurde als Teil eines friedlichen, modernen und integrierten Europas angesehen. Schengen ist das Symbol des fortschrittlichen, grenzfreien EU-Raums im Friedensprojekt EU.¹²⁰

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde die integrations- und friedensstiftende Symbolik Schengens herangezogen, um die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten in die EU zu integrieren: Die Teilung Europas sollte mit der Öffnung der Grenzen überwunden werden. Viele Politiker, die während der „Flüchtlingskrise“ die Aufrechterhaltung des Schengen-Raums forderten, waren bei der feierlich inszenierten Grenzöffnung zum Osten anwesend, wie Angela Merkel und Donald Tusk.¹²¹ Donald Tusk, EU-Ratspräsident während der „Flüchtlingskrise“, war bei der Grenzöffnung der ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten 2007 polnischer Premierminister. Er begrüßte die Grenzöffnung als „*Triumph der Freiheit*“¹²² und „*fundamentalen Wert*“¹²³ der EU. Schengen bedeutet für die EU eine inklusiv wirkende Erzählung. Die Öffnung der Binnengrenzen war der letzte Schritt in der Integration der ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten.¹²⁴ Diese inklusiv-wirkende Bedeutung erhält Schengen im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU*:

Der Preis wäre mit dem Ende des Schengen-Systems der passfreien Grenzübertritte ein sehr hoher – das für die jahrzehntelang vom Westen abgeschnittene Mittelosteuropäer eine große symbolische Bedeutung hat. Wiener Zeitung, 26. November 2015, Keine Quote, kein Schengen.

EU-innereuropäische Grenzen sind im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* negativ konnotiert, da sie auf Grund ihrer abschließenden und ausgrenzenden Funktion als Ursache für den Zweiten Weltkrieg angesehen werden. Der grenzfreie Schengen-Raum wird als Resultat dieser Erfahrungen kommuniziert. Nationalstaatliche Maßnahmen, wie Grenzkontrollen, stehen der leitenden Idee des Schengen-Raums gegenüber und werden abgelehnt. Schengen wird als ein Grundwert, als EU-friedensstiftend und inklusiv wirkend, vermittelt. Nationalstaatliche Grenzkontrollen stehen nicht nur im Gegensatz zu Schengen, sondern sie stehen auch im Gegensatz zur gegenwärtigen Grenzpolitik, die als Anpassung an die Globa-

¹²⁰ Clemens, Europa – nur ein gemeinsamer Markt?, 55. Und: Siebold, ZwischenGrenzen, 94. Sowie: Pudlat, Schengen, 151-153.

¹²¹ Siebold, ZwischenGrenzen, 85-91.

¹²² Ebd. 87. Zitiert aus: Michael Kokot, Jacek Harlukowicz, Czesi sie ciesza, Niemcy sie boja. In: Gazeta Wyborcza vom 22.12.2007.

¹²³ Ebd. 87. Zitiert aus: Kokot, Harlukowicz, Czesi sie ciesza, Niemcy sie boja.

¹²⁴ Ebd. 94-98.

lisierung und an die Einschränkung der Kontrollfunktion durch liberale Normen verstanden wird. Die Forderung einer stärkeren Kontrolle der gemeinsamen EU-Außengrenze ließ diese in die Wahrnehmung der EU-Bürgerinnen und Bürger kommen. Die EU wird im Deutungsmuster als gemeinsamer Raum mit einer gemeinsamen EU-Außengrenze dargestellt.

Die österreichische Grenze

Die österreichische Grenze hat mit dem Schengen-Beitritt Österreichs zur EU ihre Funktion als Trennlinie verloren. Die Grenzpolitik Österreichs wird gemeinsam mit den Schengen-Ländern in der EU ausgeübt. Physisch gibt es die österreichische Grenze seit 1997 nicht mehr, nach wie vor steht sie für die Souveränität eines Staates:

Für Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) ist mit Blick auf die Bilder vom Grenzübergang Spielfeld wichtig: „Das Gefühl darf uns nicht beherrschen, dass ein Staat seine Souveränität aufgibt. Es ist eine Notwendigkeit, dass wir nicht den Eindruck erwecken, jeder spaziert, wie es ihm beliebt, über die Grenze.“ Der Standard, 29.10.2015, S. 2, Bauplan für eine bessere Bildsprache

Im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* wird vor allem die Forderung eines Schutzes der österreichischen Staatsgrenze kommuniziert, obwohl es heute keine physische Grenze in Österreich mehr gibt. Bereits während der Entscheidungsfindung waren der Grenzzaun, hinsichtlich seiner Funktionalität, sowie die Obergrenze, hinsichtlich ihrer Rechtllichkeit, umstritten. Welche Bedeutung hat die österreichische „Grenze“ für die Österreicherinnen und Österreicher heute noch?

Die „Grenze“ hat in der Wahrnehmung der Österreicherinnen und Österreicher mehrere, unterschiedliche Bedeutungszuschreibungen erfahren. Wesentlich ist die Blickrichtung auf die Grenze: Die Grenzen zum „westlichen“ Europa wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich weniger wahrgenommen und mit dem Beitritt zum Schengen-Raum 1997 verschwanden sie auch physisch. Die Grenze zum „Osten“ hingegen bildete eine viel stärkere Trennlinie: Als „Eiserner Vorhang“ wurde die Ostgrenze als Grenze zu einem anderen politischen und wirtschaftlichen System wahrgenommen.¹²⁵ Mit dem Beitritt zum Schengen-Raum Österreichs wurde die Ostgrenze zu einer neuen EU-Außengrenze und damit zu einer

¹²⁵ Siebold, ZwischenGrenzen, 67f.

Schutzgrenze vor unerwünschter Migration. Die Großraumüberwachung der Ostgrenze mittels Bundesheereinsatz ist für viele Österreicher auf Grund ihrer Erfahrung als Grundwehrdiener nach wie vor präsent.¹²⁶ Die Ostgrenze verschwand schlussendlich mit dem EU-Beitritt (und Schengen-Beitritt) Ungarns 2004 bzw. de facto 2007 (der Grundwehrdienst an der Ostgrenze wurde 2011 beendet). Als physische Trennlinie ist die Grenze in Österreich verschwunden. Aus der Wahrnehmung der Österreicherinnen und Österreicher ist die Staatsgrenze auf Grund ihrer Sicherheitsfunktion hingegen noch nicht verschwunden, wie neuere Studien belegen.¹²⁷

Die Studie von Markus Rheindorf und Ruth Wodak über die Verwendung der Begriffe „Grenzzaun“ und „Obergrenze“ im medialen politischen Diskurs während der „Flüchtlingskrise“ in Österreich kam zu dem Ergebnis, dass im medialen politischen Diskurs weniger die physische Grenze selbst gemeint war, sondern diese für die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung in einem Staat stand: Es ging nicht um die Grenze an sich, sondern um etwas, das geschützt werden musste.¹²⁸ Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts wird in Österreich Migration unter dem Aspekt der Sicherheit im Hinblick auf Kriminalität und Terrorismus (als Folge der Terrorattacken 9/11) diskutiert.¹²⁹

Neben dem Schutz der Österreicherinnen und Österreicher vor Kriminalität und Terrorismus, soll der österreichische Wohlfahrtsstaat geschützt werden. Der Nationalstaat entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Wohlfahrtsstaat. Dieser definiert sich über eine nationale Solidargemeinschaft, die in ein gemeinsames Sozialsystem einzahlt. Ist der Wohlfahrtsstaat durch die ungleiche Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern in Gefahr, entflammen politische und populistische Konflikte.¹³⁰ So auch Rheindorf und Wodak, die die Verbindung Migration und Gefährdung des Wohlfahrtsstaates im medialen Diskurs über die „Obergrenze“ ausmachen. Die moralische Legitimierung der „Obergren-

¹²⁶ Andreas Pudlat, Grenzen ohne Polizei – Polizei ohne Grenzen? Überlegungen zu den Ambivalenzen des Schengen-Prozesses. In: Gehler, Pudlat (Hg.), Grenzen in Europa, 287-291. Sowie: Martin Heintel, Karin Liebhart, Andreas Pribersky, Norbert Weixlbaumer, Die österreichische Ostgrenze. Zur Dynamik mentaler Grenzziehungen. In: Karin Liebhart, Elisabeth Menasse, Heinz Steinert (Hg.), Fremdbilder Feindbilder Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit 5, Klagenfurt 2002) 111f.

¹²⁷ Lena Laube, Christof Roos, A „border for the people“? Narratives on changing eastern borders in Finland and Austria. In: Journal of Borderlands Studies 25, H. 3-4 (2010) 42.

¹²⁸ Markus Rheindorf, Ruth Wodak, Borders, Fences, and Limits – Protecting Austria From Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. In: Journal of Immigrant & Refugee Studies 16, H. 1-2 (2018) 27f.

¹²⁹ Ebd. 17-19.

¹³⁰ Schmale, Was wird aus der Europäischen Union?, 80f.

ze“, der Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen, zielt auf den Ausschluss einer gewissen Gruppe von Menschen ab. Die Legitimierung dieser Politik erfolgt durch Autorisierung mittels Experten aus der Wirtschaft und der Politik, die eine faktische materielle und finanzielle Belastbarkeit für Österreich festlegten. Aussagen wie das „Boot ist voll“ bzw. „Österreich ist überfordert“ zielen auf diese moralische Legitimierung ab.¹³¹

Die österreichische „Grenze“ steht im Deutungsmuster für die österreichische Souveränität, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Sicherung des Wohlstandes. All diese Aspekte wären durch die Migrationsbewegung gefordert. Aus der nationalstaatlichen Perspektive des Deutungsmusters betrachtet, löse die Grenzkontrolle bzw. das Schließen der Grenze, sowie die Festlegung der Obergrenze, die Migrationsfrage, da den Flüchtlingen der Zutritt nach Österreich erschwert bzw. unmöglich gemacht werde. Im Deutungsmuster *EU-Ablehnung*, welche die nationalstaatliche Perspektive auf die „Flüchtlingskrise“ einnimmt, werden nationalstaatliche Maßnahmen positiv bewertet.

Neues Narrativ für die Grenze?

In den drei erstellten Deutungsmustern hat die Grenze jeweils eine andere Funktion. Im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* wird die EU-Außengrenze auf Grund ihrer Kontroll- und Sicherheitsfunktion gefordert. Im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* wird die nationalstaatliche Grenze gefordert, um den Staat vor globalen Herausforderungen zu verschließen. Im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* steht die Grenze im Zusammenhang mit der Registrierung der Flüchtlinge zur weiteren Aufteilung in die EU-Mitgliedstaaten. In jedem Deutungsmuster wird die Funktion einer Grenze anders kommuniziert. Dieser Befund schließt an die wissenschaftliche Feststellung an, dass seit beinahe zwei Jahrzehnten das Konzept „Grenze“ neu verhandelt wird.¹³²

Die Kontroll- und Sicherheitsfunktion sowie die Grenze als physische Trennlinie sind etablierte Narrative. Interessant ist die im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* kommunizierte Schutzfunktion für Flüchtlinge. Eine Studie von Bastian Vollmer zeigt auf, dass

¹³¹ Rheindorf, Wodak, Borders, Fences, and Limits, 29-32.

¹³² Mau et al., Grenzen in der globalisierten Welt, 144. Rheindorf, Wodak, Borders, Fences, and Limits, 20. Bastian A. Vollmer, New Narratives from the EU External Border – Humane Refoulement? In: Geopolitics 21, H. 3 (2016) 721.

neben den existierenden Narrativen einer Grenze, die sich auf Exklusion und Sicherheit der Bevölkerung im Inneren beziehen, ein neues Narrativ am Entstehen ist: Die Grenze als Schutzraum. Dieses Narrativ ist, im Vergleich zu den zuvor genannten Narrativen, zwar noch schwach vertreten, wie der Autor der Studie selbst festhält, aber vorhanden.¹³³

Im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* werden die Hotspots als Orte kommuniziert, wo Flüchtlinge erstversorgt und registriert werden, um dann in die EU-Mitgliedstaaten verteilt zu werden. Die Perspektive richtet sich auf das Wohl der Flüchtlinge. Auch in Österreich wurde versucht, den Grenzzaun in Spielfeld mittels diesem neuen Narrativ zu legitimieren:

Die geplanten festen Absperrungen direkt am Grenzübergang sind für die Innenministerin hingegen „nationales Recht“. Es handelt sich auch um Schutz für Flüchtlinge. „Da sind hunderttausende Menschen, die von hinten nach vorn drücken, da sind Kinder und Frauen dazwischen, wo die Polizisten permanent welche rausholen müssen, damit sie nicht erdrückt werden“, sagte Mikl-Leitner im Interview mit der Austria Presse Agentur. Der Standard, 3. November 2015, S. 6, Mikl-Leitner: „Nationales Recht“ auf Zäune

Die österreichische Grenzbevölkerung erinnert sich an die Hilfsleistungen nach der ungarischen Revolution von 1956 sowie für die DDR-Bürger nach 1989.¹³⁴ 2015 bleibt die enorme Hilfsbereitschaft der Bevölkerung an den Grenzübergängen, beispielsweise bei Nickelsdorf, in Erinnerung. Konkretere Aussagen lässt diese Arbeit nicht zu. Es bedürfte anderer wissenschaftlicher Methoden, um die These, dass während der „Flüchtlingskrise“ dieses neue Grenz-Narrativ vorhanden war, zu überprüfen.

¹³³ Vollmer, New Narratives from the EU External Border, 730.

¹³⁴ Heintel et al., Die österreichische Ostgrenze, 102f.

7.3. *EU-Skepsis im EU-Diskurs von 1994 bis jetzt*

Wie in der Analyse erläutert, geht es dem Deutungsmuster *EU-Ablehnung* primär darum, eine kritische bis ablehnende Haltung der EU gegenüber zu erzielen. Am häufigsten ist dieses Deutungsmuster in der *Kronen Zeitung* vertreten, die für ihre EU-kritische Berichterstattung bekannt ist. Laut Plasser und Seeber handelt es sich bei der EU-Skepsis der Kronen-Leser um „habitualisierte Einstellungen“, die die *Kronen Zeitung* durch ihre kritische EU-Berichterstattung aktiviert.¹³⁵ In diesem Abschnitt wird der EU-Diskurs seit dem EU-Beitritt Österreichs beleuchtet, um die Ergebnisse des Deutungsmusters *EU-Ablehnung* zu kontextualisieren.

Der EU-Beitritt 1995 wurde anfangs noch als der „nächste große Schritt“ seit dem Staatsvertrag von 1955 angesehen. Während 1994 66 % der Wähler für einen EU-Beitritt stimmten, sank die Zustimmung seither kontinuierlich, wenn auch mit Auf- und Abschwüngen.¹³⁶ Sonja Puntscher Riekman hat die EU-Zustimmung bzw. EU-Ablehnung seit der EU-Mitgliedschaft 1994 bis 2010 analysiert und die wichtigsten Ereignisse ermittelt, die zur Zustimmung bzw. Ablehnung beitrugen. Dieser historischen Perspektive auf den EU-Diskurs wird die Studie von Christian Karner gegenüber gehalten. Karner untersuchte den EU-Diskurs in den österreichischen Medien am Beginn der Eurokrise 2009-2011 und ermittelte mehrere Themenbereiche, aus deren heraus Argumente und Topoi¹³⁷ gezogen wurden, um die EU zu kritisieren. Die Ergebnisse seiner Studie sind den Argumenten ähnlich, wie sie im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* verwendet werden, um eine ablehnende EU-Haltung zu erwirken.

Nach Puntscher Riekman waren für die abnehmende EU-Zustimmung mehrere Ereignisse bedeutend. Die Kritik der EU-14 an der österreichischen Koalitionsregierung ÖVP-FPÖ im Jahre 2000 wurde von vielen Österreicherinnen und Österreichern persönlich genommen.¹³⁸ Laut der Studie von Karner bedienen sich EU-skeptische Argumente eines „Frames of Memory and Prediction“. Demnach werden gegenwärtige Ereignisse und Entwicklungen

¹³⁵ Fritz Plasser, Gilg Seeber, Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: Fritz Plasser (Hg.), Politik in der Medienarena, 301.

¹³⁶ Vgl. Puntscher Riekman, Austria's Dismal EU Membership, 243.

¹³⁷ Unter „Topoi“ versteht Karner, in Anlehnung an die Kritische Diskursanalyse, bestimmte Argumentstrukturen, die häufig auf eine vom Autor intendierte – nicht immer explizit ausformulierte – Schlussfolgerung abzielen. Siehe dazu: Karner, Europe and the Nation, 255.

¹³⁸ Puntscher Riekman, Austria's Dismal EU Membership, 244-245.

einer bestimmten historischen Vergangenheit gegenübergestellt. Diese wird interpretiert und der veränderten Gegenwart gegenüber gehalten, um auf zukünftige Szenarien hinzuweisen. Ein Beispiel: Österreich vor dem EU-Beitritt wird als „Insel der Seligen“ bezeichnet, die durch den EU-Beitritt an Glanz verloren habe und weiter verlieren wird.¹³⁹ Die Kritik an Österreich im Jahre 2000 ließ die Österreicherinnen und Österreicher erfahren, dass Österreich keine „Insel der Seligen“ mehr war, sondern dass sie sich gegenüber ihren europäischen Mitgliedstaaten zu rechtfertigen haben. Im Jahre 2000 musste sie die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ rechtfertigen.¹⁴⁰ Im Februar 2016 musste die österreichische Regierung die Einführung der Obergrenze vor den europäischen Mitgliedstaaten rechtfertigen. Im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* wird die Obergrenze als „unsere Obergrenze“¹⁴¹ bezeichnet, bzw. die EU-Kritik mit „Jetzt fallen alle über uns her!“¹⁴² betitelt. Die EU-Kritik wird so kommuniziert, dass sich alle Österreicherinnen und Österreicher angesprochen fühlen. Diese Strategie erinnert an die EU-Kritik von 2000 und das daran geknüpfte Topos „Insel der Seligen“.

Ein weiterer Grund für die zunehmende EU-Skepsis sei, so Puntischer Riekmann, dass es der österreichischen Regierungen nach 2000 (Koalition ÖVP-FPÖ/BZÖ 1999-2007) nicht gelang, eine aktive Rolle in der EU einzunehmen. Dies führt dazu, dass EU Entscheidungen als ungeliebte Entscheidungen dargestellt werden.¹⁴³ So auch Karner: Skepsis an der EU wird durch die Beziehung zur EU ausgedrückt. Österreich und die EU werden als zwei verschiedene Kategorien kommuniziert, wobei die EU als „entfernte“ Behörde bezeichnet wird, die Entscheidungen auferlegt, und nicht die Interessen Österreichs vertrete. Eine Beteiligung Österreichs an den europäischen Entscheidungen, die gemeinsam im EU-Rat, im EU-Parlament und im Rat der EU erfolgen, wird nicht kommuniziert.¹⁴⁴

Dieser Topos findet sich im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* in der Wertung die „EU ist untätig“. Österreichische Politiker werden als aktiv an Lösungen arbeitend dargestellt. Die EU-Kommission hingegen arbeite wenig lösungsorientiert und langsam.

Im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* werden die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten in der Wertung „Die EU ist gespalten“ auf Grund ihrer unsolidarischen Haltung kritisiert

¹³⁹ Vgl. Karner, *Europe and the Nation*, 261f.

¹⁴⁰ Puntischer Riekmann, *Austria's Dismal EU Membership*, 244f.

¹⁴¹ Kronen Zeitung, 19. Februar 2016, S. 6, Faymann verteidigt auf dem EU-Gipfel unsere Obergrenze.

¹⁴² Kronen Zeitung, 26. Februar 2016, S. 3, Jetzt fallen alle über uns her!.

¹⁴³ Puntischer Riekmann, *Austria's Dismal EU Membership*, 245.

¹⁴⁴ Karner, *Europe and the Nation*, 258f.

und als „Nettoempfänger“ betitelt. Die Bezeichnung Österreichs als „Nettozahler“ geht auf den Topos der nationalen Benachteiligung zurück, wonach Österreich als „Nettozahler“ in der EU finanziell schwerer belastet sei.¹⁴⁵ Die EU-Osterweiterung 2004 wurde in Österreich kritisch kommuniziert und mit Ängsten vor Arbeitsmigration und Kriminalität belegt.¹⁴⁶ Im Deutungsmuster wird die Kritik an den ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten mit finanziellen Argumenten unterstrichen. Die ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten würden von der EU auf Grund der Förderungen, die sie erhalten, profitieren und hätten dadurch die Verpflichtung zur Solidarität. Österreich hingegen hätte von der EU-Osterweiterung nur finanzielle Nachteile. Die EU wird im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und finanziellen Aspekten als Gemeinschaft präsentiert, ihre politischen und zivilisatorischen Errungenschaften werden nicht erwähnt.

EU ablehnende bis kritische Debatten beziehen sich laut Karner weiters auf das Verhältnis von nationaler Souveränität und der Autorität der Union. EU-kritische Stimmen befürchten, dass der Nationalstaat seine Souveränität und Neutralität an die zunehmend zentralistischer werdende EU verliere. Diese Perspektive endet im Argument, wonach die nationale Gesetzgebung von der EU übernommen werde. Die EU handle jedoch nicht im Interesse der EU-Bürgerinnen und Bürger, sondern erlasse lediglich „lächerliche“ Regulierungen (als Beispiel wird gerne die „Gurkenverordnung“ genannt).¹⁴⁷ Die EU wird auf Grund ihrer Bürokratie kritisiert, die zu vielen unzulänglichen Verordnungen, Richtlinien oder Beschlüsse führe, aber große Probleme nicht regeln könne. Aus dieser Perspektive heraus werden im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* nationalstaatliche Maßnahmen, wie der Grenz-zaun und die Obergrenze, als Notlösung begründet, da die EU große europäische Lösungen zu langsam bzw. Lösungen gar nicht umsetze.

Die Studie von Karner zeigt, dass EU-Kritiker die EU überwiegend aus der nationalstaatlichen Perspektive heraus, meist nach ihren wirtschaftlichen - und nicht nach ihren politischen und zivilisatorischen Errungenschaften - beurteilen. Dieses Ergebnis trifft auch für das Deutungsmuster *EU-Ablehnung* zu.

¹⁴⁵ Karner, *Europe and the Nation*, 257.

¹⁴⁶ Puntischer Riekmann, *Austria's Dismal EU Membership*, 245.

¹⁴⁷ Karner, *Europe and the Nation*, 263f.

8. Die Bundespräsidentenwahl 2016

Eine Rekonstruktion von Deutungsmustern nach der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ermittelt Deutungsmuster und ihre Bedeutungszuschreibungen. Sie fragt dann nach der gesellschaftlichen Wirkung der ermittelten Deutungen. In diesem Kapitel geht es darum, zu überprüfen, ob die in der Analyse erstellten Deutungsmuster von den Bundespräsidentenkandidaten Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer herangezogen wurden, um sich zu positionieren. Dieser Schritt ermöglicht die Darstellung der Gegensätze und Perspektiven, anhand deren sich die beiden Stichwahlkandidaten, und umgelegt auf das Wahlergebnis, die österreichische Gesellschaft, 2016 in ihrer Meinung und Einstellung zur Migrationsbewegung und europäischen Integration gegenüberstanden.

Die „Flüchtlingskrise“, als tagespolitisches Thema, verschwand in den Zeitungen mit Ende März 2016. Durch das Schließen der Balkanroute und dem EU-Türkei-Abkommen war die Migrationsbewegung von Griechenland über den Balkan in die EU gestoppt worden. Tagespolitisch verlor die „Flüchtlingskrise“ in der Berichterstattung an Bedeutung. 2016 war in Österreich die Wahl zum Bundespräsidenten. Zentrale Themen im Wahlkampf waren die „Flüchtlingskrise“ und die Europäische Union.¹⁴⁸

Die Bundespräsidentenwahl 2016 wurde in den Medien stark thematisiert. Sowohl die Wahl, wie auch der Wahlkampf, erhielten in der Bevölkerung große Aufmerksamkeit. Die Bundespräsidentenwahl war gekennzeichnet von einer Polarisierung der Kandidaten und ihrer Wähler. Sie zog sich über fast ein Jahr und war begleitet von einer Wahlanfechtung und einer Verschiebung des Stichwahltermins. Insgesamt wurde dreimal gewählt. Sechs Kandidaten traten zur ersten Wahl an. Am 24. April 2016 wurden die Kandidaten Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer in die Stichwahl gewählt. Die Stichwahl fand am 22. Mai 2016 statt und fiel mit einem knappen Ergebnis von 50,35 % zu 49,65 % zu Gunsten Alexander Van der Bellens aus.¹⁴⁹ Die Stichwahl wurde von Seiten der FPÖ, auf Grund von Verstößen gegen das Wahlgesetz, erfolgreich angefochten und musste wiederholt werden. Der Termin zur zweiten Stichwahl musste, auf Grund mangelhafter Briefwahlkuverts,

¹⁴⁸ Analyse zur Bundespräsidentenwahl - Asyl auch im Stichwahlkampf Thema Nummer eins. In: APA Austria Presse Agentur, 19.05.2016, online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160519_OTS0066/analyse-zur-bundespraesidentenwahl-asyl-auch-im-stichwahlkampf-thema-nummer-eins-bild (05.02.2019).

¹⁴⁹ Bundespräsidentenwahl 2016. In: Bundesministerium für Inneres, online unter: https://www.bmi.gv.at/412/Bundespraesidentenwahlen/Bundespraesidentenwahl_2016/start.aspx (05.02.2019).

von Oktober auf Dezember verschoben werden. Die wiederholte zweite Stichwahl war am 4. Dezember 2016. Die Wahlbeteiligung war mit 74,2 % sehr hoch. Alexander Van der Bellen konnte seinen knappen Vorsprung auf 53,8 % ausbauen und wurde am 26. Jänner 2017 zum Bundespräsidenten von Österreich angelobt.¹⁵⁰

Die „Flüchtlingskrise“ war im Zeitraum Sommer 2015 bis März 2016 ein tagespolitisches Thema und wurde als solches von jenen verfolgt, die Interesse an der Tagespolitik hatten. Die Wahl zum Bundespräsidenten hingegen betraf auch politisch weniger Interessierte. Sowohl die „Flüchtlingskrise“ als auch die EU waren zentrale Themen des Wahlkampfes. Die gegensätzliche Positionierung der beiden Kandidaten zu diesen Themen, sowie die knappe Wahlentscheidung, führten zu den Schlagzeilen, die von einer „gespaltenen“ österreichischen Gesellschaft berichteten.

Die Untersuchung zum Bundespräsidentenwahljahr erfolgte mittels der im Zeitraum Jänner bis Dezember 2016 in den ausgewählten österreichischen Tageszeitungen erschienen Artikel über die Kandidaten bzw. die von den Kandidaten Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer gegebenen publizierten Interviews. Jene Artikel sind relevant, in denen die Meinung und Einstellung der Kandidaten zitiert wurde. Die Erhebung erfolgte online über die Datenbank WISO-Presse (mit Ausnahme der Tageszeitung Österreich, die nur vor Ort in der ÖNB zugänglich ist), die Suche der Artikel wurde mittels des Stichworts „Van der Bellen“ bzw. „Norbert Hofer“ durchgeführt.

8.1. Die Thematisierung der „Flüchtlingskrise“ im Wahlkampf

Alexander Van der Bellen

Im Wahlkampf thematisierte Alexander Van der Bellen seine Haltung in der Flüchtlingspolitik auf unterschiedliche Weise. Er steht im Wahlkampf für ein kulturell offenes, integrationsberechtigtes Österreich. Diese Haltung verbindet er mit dem Begriff „Heimat“, der durch ihm eine neue Bedeutung erhielt: Die Fluchtbiographie seiner Familie und sein Aufwachsen im Tiroler Kaunertal werden von ihm verwendet, um den Heimatbegriff neu zu definie-

¹⁵⁰ Bundespräsidentenwahl 2016 (05.02.2019).

ren.¹⁵¹ Nach Van der Bellen ist Heimat ein Ort, wo sich Menschen unterschiedlicher Herkunft zuhause fühlen. Mittels Bergmotiven im Wahlkampf (auf seinen Wahlplakaten, bzw. gepostet auf seinem Instagram-Account) verbindet er diesen Heimatbegriff mit Österreich.¹⁵² Er stellt seine Familiengeschichte als Beispiel gelungener Integration dar.

Der ehemalige Wirtschaftsprofessor wirbt aber mit einer Form von Heimat, in der auch für Flüchtlinge Platz ist. Damit können auch bürgerlich-katholische Wähler angesprochen werden. Die Presse, 15. April 2016, S. 3, Verbrauchte Heimat: Die ÖVP wollte der FPÖ nicht Gratiswahlhilfe leisten

Für ihn sei das Tal (meine Anm.: Kaunertal in Tirol) ein Beispiel, dass Österreich und Europa nicht mehr zu den alten Grenzen zurückkehren können. Van der Bellen hebt an zu einem leidenschaftlichen Plädoyer: „Ich habe dort eine Offenheit erlebt, die nicht selbstverständlich ist. Meine Familie und ich, wir sind ja als echte Fremde gekommen.“ Im Nachsatz sagt er nachdenklich: „Hin und wieder gelingt Integration. Die Presse, 4. August 2016, S. 4, Auf Wandertour, Zigarettenpausen inklusive

In der Flüchtlingsfrage ist Van der Bellens Perspektive auf die Flüchtlinge, er hebt die Not der Menschen hervor, und auf die geopolitisch schwierige Lage rund um Europa gerichtet. Nur mit Hilfe vor Ort könnten Kriege und große Migrationsbewegungen verhindert werden. Van der Bellen sieht die Lösung der globalen Herausforderungen in einem internationalen, solidarischen Handeln. Die Einhaltung der Menschenrechte ist ein zentrales Argument in seiner Haltung zur Migrationsbewegung. Die Forderung global zu handeln, die Perspektive auf die Flüchtlinge, sowie das Beharren auf die Einhaltung der Menschenrechte sind Elemente, die im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* zu finden sind.

Standard: Ein Thema, das alles zu berühren scheint, ist die Flüchtlingsfrage. Ist man gefangen zwischen Willkommenskultur und Ausländer-raus-Rufen? Wie sieht ein vernünftiger Mittelweg aus?

Van der Bellen: Der Mittelweg ist das, was die Caritas, die Diakonie, das Rote Kreuz und Tausende von einfachen Leuten machen: nämlich Menschen in Not zu helfen. Das andere ist, auf der internationalen Ebene zu versuchen, die Gründe für das Flüchtlingsdrama zu beseitigen: also Fokus auf Syrien, auf den Waffenstillstand dort und auf den irgendwann einsetzenden Wiederaufbau. Interview mit Alexander Van der Bellen. Der Standard, 17. Mai 2016, S. 4, „Dann fließt eben Blut – metaphorisch gesprochen“

¹⁵¹ Petra Bernhardt, Karin Liebhart, Politik auf Instagram: Bildstrategien von Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen im Bundespräsidentenwahlkampf 2016. In: SWS-Rundschau 57, H. 2 (2017) 160.

¹⁵² Bernhardt, Liebhart, Politik auf Instagram, 164.

Aber der ehemalige grüne Parteichef erinnerte auch daran, dass die Menschenrechtskonvention in der österreichischen Verfassung stehe. Als Präsident würde er in der Obergrenzendebatte die „besten Verfassungsjuristen in die Hofburg bitten“. Außerdem würde er alle zwei Wochen mit dem Flüchtlingskoordinator der Regierung, Christian Konrad, sowie mit Hilfsorganisationen sprechen. Van der Bellen nahm in diesem Zusammenhang aber auch die anderen EU-Mitgliedstaaten in die Verantwortung, diese müssten „sich am Riemen reißen“. Die Presse, 11. April 2016, S. 3, EU-Beitritt: Hofer würde auch heute mit Nein stimmen

Norbert Hofer

Die Perspektive von Norbert Hofer in der „Flüchtlingskrise“ richtet sich auf Österreich und die innen-, sicherheits- und integrationspolitischen Herausforderungen, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien. In Hofers Wahlkampf wird suggeriert, dass Österreich von der Migrationsbewegung bedroht sei und verteidigt werden müsste. Die Flüchtlinge werden als Gefährdung für die innere Sicherheit kommuniziert. Die österreichische Grenze spielt eine wichtige Rolle in seiner Argumentation, diese könnte mit einem Grenzzaun befestigt, Österreich somit abgeschottet werden. Die Perspektive auf den Nationalstaat ist im Deutungsmuster *EU-Ablehnung*, die Verwendung der Begriffe „Abschottung“ und „Grenze“ sind im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* zentral.

FPÖ-Kandidat Norbert Hofer und Obmann Heinz-Christian Strache starteten im steirischen Kapfenberg offiziell in den Wahlkampf. Hofer forderte, eine „Invasion von Muslimen“ zu stoppen und trat für einen „ordentlichen Grenzzaun“ wie in Ungarn ein. Die Presse, 03. April 2016, S. 4, Werben für Fischer-Nachfolge als Wettlauf um Asylverschärfungen

„Für mich steht der österreichische Staat und seine Bevölkerung sowie der Schutz der Österreicherinnen und Österreicher im Vordergrund – und wenn es dazu nötig ist, die Grenzen zu sperren, um ausreichenden Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, dann werde ich als Oberbefehlshaber des Bundesheers einen solchen Schritt setzen.“ E-Mail-Interview mit Norbert Hofer. Kronen Zeitung, 11. Mai 2016, S 8, Sperre der Grenzen als letzte Lösung

„Wenn wir Soldaten an die Grenze schicken, die nicht bewaffnet sind, sind wir das Gespött von ganz Europa. Es kommen ja nicht nur nette Menschen, es kommen auch Menschen, die bereit sind, dir den Kopf abzuschneiden.“ Für FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer führt angesichts der Flüchtlingskrise kein Weg an der Sicherung der EU-Innengrenzen vorbei. Die Presse, 15. Februar 2016, S. 5, FPÖ-Hofer will Soldaten mit Waffen an der Grenze

Hofer nimmt nicht nur die Warnung vor „zornigen jungen Männer“ dankbar auf. Er tut den „verehrten Damen und Begleitpersonen“ kund, dass „laut Studien“ alsbald „50 Prozent der 0 bis 12-Jährigen in Österreich Muslime sein

werden“. Und er beklagt, dass die FPÖ als ausländerfeindlich und rechtsextrem qualifiziert werde, weil sie sage, „was Sache ist. (...).“ Kurier, 21. September 2016, „Zornige junge Männer“: Hofer mit Alarmismus auf Frauenwerbe-Tour

Die Flüchtlinge werden in Verbindung mit einer aus wirtschaftlichen Gründen erfolgten Migration gebracht. Die Wirtschaftsmigration habe das Ziel, so das zentrale Argument, den Sozialstaat auszunützen. Die Verbindung von Migration mit dem Sozialstaat ist eine Diskursentwicklung, die ihren Ursprung in den Neunzigern des letzten Jahrtausends hat. Die Politik ab dieser Zeit hatte nicht mehr den - durch Sprache zu integrierenden - Migranten im Mittelpunkt, sondern den Schutz des Wohlfahrtssystems vor Migration. Seit den Terrorattacken von 9/11 wurde Migration zusätzlich mit Terrorismus in Verbindung gebracht. In Österreich wurde mit der Integrationsvereinbarung 2002 die Forderung einer „kulturellen“ Integration erstellt.¹⁵³ Diese Diskursentwicklungen ließen die Vorstellung einer „Nation“ entstehen, die es zu schützen gäbe.¹⁵⁴ Die Diskursstrategie ist auch im Wahlkampf von Norbert Hofer zu finden. Die zu schützende Nation wird mit kulturellen und religiösen Werten belegt, und als exkludierende Nation vorgestellt. Die Wirtschaftsmigration und der Islam, welcher in Verbindung mit Gefahr gebracht wird, würden die kulturellen und religiösen Werte dieser Nation gefährden und sollten exkludiert werden. Die nationalstaatliche Perspektive, sowie die Argumentation mit kulturellen und religiösen Argumenten, sind im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* zentral vertreten.

FPÖ-Kandidat Norbert Hofer präsentierte sich als Gegenpol Van der Bellens. Seine Ansichten im Detail:

Alle Wege nach Österreich müssten abgeschottet werden, weil Flüchtlinge sonst auf Umwegen zu uns kommen und wir sie nicht zurückschicken können.

Die meisten seien ohnehin Wirtschaftsflüchtlinge, die unser Sozialsystem anlocke. Auch die Mindestsicherung habe Anziehungskraft.

Wir hätten bereits 1,3 Millionen Ausländer, im Gefängnis würden zu 50 % Ausländer sitzen, und dazu kommen die 90.000 Flüchtlinge. Das sei bei weitem genug. Österreich solle kein Einwanderungsland sein. Kronen Zeitung, 11. April 2016, S. 2, Asylfrage entscheidet die Präsidenten-Wahl

Das Gesundheitssystem sei am Kippen, eigentlich das gesamte System, daran seien die Flüchtlinge schuld, die man „unkontrolliert ins Land gelassen hat.“ Man wisse nicht, wieviel „IS-Leute und Jihadisten“ darunter waren. Der Standard, 14. September 2016, S. 3, Der Wahlkampf, der nicht aufhört: Kandidaten auf Tour

¹⁵³ Rheindorf, Wodak, Borders, Fences, and Limits, 18.

¹⁵⁴ Ebd. 21.

Am religiösen Symbol des Kreuzes in Schulklassen will er (meine Anm.: Norbert Hofer) festhalten. „Das Kreuz steht für die Werte, die unsere Gesellschaft ausmachen. Das Christentum und Judentum, der Humanismus und die Aufklärung prägen uns. (...).“ Kurier, 9. April 2016, S. 3, Hofer beharrt auf Kopftuch-Verbot und will Kreuz im Klassenzimmer

Muslime gehören dann zu Österreich, wenn sie bereit sind anzuerkennen, dass es auch andere Meinungen und Religionen in diesem Land gibt, dass niemand jemanden tötet, nur weil er eine kritische Karikatur des Propheten zeichnet. Wenn das sichergestellt ist, ist es mir völlig egal, welcher Religion jemand anhängt. Interview mit Norbert Hofer. Wiener Zeitung, 6. Februar 2016, S. 11, „Hier endet meine Toleranz“

8.2. Die Thematisierung der Europäischen Union im Wahlkampf

Alexander Van der Bellen

Alexander Van der Bellens Einstellung zur Europäischen Union war bereits vor seinem Antritt zur Wahl bekannt. Er setzt sich für eine weitere europäische Integration ein. Die EU sieht er als Garant für die Grundrechte, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Er betont die Errungenschaften der EU. Nationalstaatliche Maßnahmen werden von ihm abgelehnt.

Am Donnerstag plädierte der unabhängige, von den Grünen unterstützte Kandidat im Vorfeld des EU-Gipfels in Bratislava für eine verstärkte Zusammenarbeit in Europa. „Jetzt, nach der britischen Entscheidung für den Brexit, sollte alles darangesetzt werden, das europäische Einigungswerk, das uns 70 Jahre lang Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht hat, nicht weiter zu gefährden.“ Der Standard, 16. September 2016, S. 7, „Kein Spiel mit dem Feuer“

STANDARD: Na ja, die Regierung hat schon zu einer fairen Aufteilung auf EU-Ebene aufgerufen.

Van der Bellen: Aber was hat sie konkret gemacht? Zur Balkankonferenz hat sie in einem Anflug von Größenwahn weder Deutschland, den mit Abstand wichtigsten Partner in der EU, eingeladen noch Griechenland. Nein, europäische Politik war das nicht, sondern der Versuch, vollendete Tatsachen auf Kosten anderer zu schaffen. Interview mit Alexander Van der Bellen. Der Standard, 18. April 2016, S. 6, „Ich bin für das Erhellende zuständig“

Norbert Hofer

Norbert Hofer präsentiert sich im Wahlkampf zum Bundespräsidenten 2016 anfangs EU-kritisch. Nach dem Brexit-Referendum vom Juni 2016 ändert Norbert Hofer seine offensive Kritik an der EU. Somit waren sich beide Kandidaten einig über den zukünftigen Verbleib Österreichs in der EU. Unterschiedliche Ansichten vertraten die Kandidaten hinsichtlich der zukünftigen Aufgaben der EU und der weiteren Entwicklung der europäischen Integration. Van der Bellen setzt sich im Wahlkampf für eine weitere europäische Integration ein, und sieht Österreich als Mitglied unter vielen in der EU. Hofer setzt sich für eine EU ein, die sich auf ihren starken Wert als Wirtschaftsunion zurückbesinnt. Der Schutz des Nationalstaates und des Schengen-Raums durch die EU sind für ihn vorrangig. Dies sind Aspekte, die im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* zu finden sind.

Hofer bekräftigte auch seine Ablehnung gegenüber der EU. „Wäre Österreich nicht Mitglied und wollte beitreten, würde ich mit Nein stimmen“, sagte er. Die Presse, 11. April 2016, S. 3, EU-Beitritt: Hofer würde auch heute mit Nein stimmen

Die Presse: Das klingt nun etwas sanfter als zuvor. Hat das auch damit zu tun, dass die Österreicher laut Umfragen keinen EU-Austritt wollen –erst recht nicht mehr seit dem Brexit-Referendum – und dies Ihre Chancen bei der Stichwahl schmälern würde?

Ich (meine Anm.: Norbert Hofer) kann nur sagen: Ich habe immer die gleiche Position vertreten. Auch in den Monaten des ersten und zweiten Wahlgangs der Bundespräsidentenwahl. Ein Austritt aus der EU wäre nur die Ultima Ratio, wenn die Türkei der EU beitrifft oder es neue zentralistischere Verträge gibt. Daran hat sich überhaupt nichts geändert. Ich wünsche mir ein starkes Österreich in einer starken Europäischen Union. Das ist der Weg, der für mich der optimale und der richtige ist. Interview mit Norbert Hofer. Die Presse, 9. Juli 2016, S. 2 „Für Österreich wäre es ein Schaden, aus der EU auszutreten“

Hofer sagte im Interview mit der Zeitung „Österreich“, die EU müsse sich wieder auf ihre Ursprünge besinnen, nämlich eine Gemeinschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu sein. Darüber müssten neue Verträge ausgearbeitet werden. Wenn die Union aber nicht in diese Richtung gehe, sondern sich zu einer zentralistischen Union entwickelt, und wenn dann auch noch die Türkei beitreten sollte, dann, so Hofer, „wäre für mich der Augenblick gegeben, wo man sagt: So, jetzt muss man auch die Österreicher befragen.“ Die Presse, 27. Juni 2016, S. 2, Hofer: Entscheidung über Öxit in einem Jahr

„Eine europäische Lösung ist jetzt vorrangig. Das betrifft auch den Grenzschutz. Wir können die Länder an der Schengen-Grenze nicht alleine lassen. Sie können das alleine nicht bewältigen. Das ist eine gemeinsame europäische Aufgabe.“ Interview mit Norbert Hofer. Kurier, 13. November 2016, S. 2, „Für eine europäische Armee“

8.3. Zusammenfassung: Die Bundespräsidentenwahl 2016

Die Kandidaten Alexander Van der Bellen und Norbert Hofer positionierten sich im Wahlkampf zu den Themen „Flüchtlingskrise“ und Europäische Union gegensätzlich. Dieser Gegensatz ist der Perspektive der beiden auf die „Flüchtlingskrise“ geschuldet. Alexander Van der Bellen betrachtet die „Flüchtlingskrise“ aus einer globalen Perspektive und fordert eine Ursachenbekämpfung vor Ort und Hilfe für Flüchtlinge. Norbert Hofer argumentiert aus der nationalstaatlichen Perspektive. Er betont die innen-, sicherheits- und integrationspolitischen Herausforderungen. Van der Bellen verwendet Argumente, die einen universalen Anspruch erheben, wie die Einhaltung der Menschenrechte. Norbert Hofers Argumente beziehen sich auf einen kulturell und religiös definierten Nationalstaat.

Beide Kandidaten befürworten einen Verbleib in der Europäischen Union. Van der Bellen setzt sich für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration und eine starke Zusammenarbeit Österreichs mit der EU und ihren Mitgliedstaaten ein. Norbert Hofer will keine weitere Vertiefung der europäischen Integration. Er fordert eine EU, die sich auf wirtschaftliche Aspekte konzentriert, und den Schutz der Sicherheit und des Wohlstandes der Nationalstaaten garantiert.

Van der Bellen vertrat im Wahlkampf das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU*, während Hofer zwischen den Deutungsmustern *Die Abschottung der EU* und *EU-Ablehnung* changierte.

Alexander Van der Bellen wurde am 4. Dezember mit 53,9% zum Bundespräsident gewählt. Laut Umfrage wurde er von vielen (65 % der VdB-Wähler¹⁵⁵) auf Grund seiner pro-europäischen Haltung gewählt.

Er (meine Anm.: Alexander Van der Bellen) führe seinen Sieg unter anderem auf seinen proeuropäischen Wahlkampf zurück, erklärte er. Die Presse, 5. Dezember 2016, S. 2-3, Mit der Tracht zu seinem großen Wahlsieg

Das Thema „europäische Integration“ galt lange Zeit als wenig wahlentscheidend bei nationalen Wahlen. Einerseits herrschte lange Zeit Parteienkonsens über die europäische Integra-

¹⁵⁵ Wahlanalyse Wiederholung Stichwahl Bundespräsidentschaft 2016. In: ISA Institut für Strategieberatungen. PDF zum download: https://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2016/12/isa_sora_wahlanalyse_bpstichwahl_2016_neu.pdf (05.02.2019).

tion, andererseits galt es als zu „abstrakt“, als dass sich Bürgerinnen und Bürger eine eigene Meinung bilden könnten.¹⁵⁶ Harald Schoen hat den Einfluss europapolitischer Einstellungen auf das Wahlverhalten 2008 aufgezeigt und vorprognostiziert, dass die europäische Integration bei zukünftigen Wahlauseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen wird.¹⁵⁷ Mit der Bundespräsidentenwahl 2016 kann diese Prognose bestätigt werden.

Objektivierung: Offizielle Rede Alexander Van der Bellen vom 26. Jänner 2017

In seiner ersten offiziellen Rede am 26. Jänner 2017¹⁵⁸ sprach Van der Bellen alle zuvor genannten Elemente noch einmal an. Die Rede kann als Objektivierung des Deutungsmusters *Die Wertegemeinschaft EU* angesehen werden:

Van der Bellen hebt in der Rede die Fluchtvergangenheit seiner Familie und die Spaltung Österreichs hervor. Er unterstreicht seine Haltung für ein kulturell-offenes Österreich. Er spricht sich für den Zusammenhalt aus, um die globalen Herausforderungen in einem starken Europa zu meistern, und erwähnt die österreichischen Grundprinzipien, die Menschenrechte, die Österreich und Europa stark gemacht haben. Er warnt vor Nationalismen, die dieses starke Europa in Frage stellen und gefährden. Mit dem Verweis auf den Holocaust, den er als „dunkelste Stunde der Geschichte,“ nennt, geht er auf den Gründungsgedanken der Europäischen Union ein, nämlich Versöhnung, Gemeinsamkeit, Friede, Wohlstand und Freiheit in Europa zu erreichen.

Objektivierung: Das offizielle Bundespräsidentenporträt von Alexander Van der Bellen

Neben dem traditionellen Porträt des Bundespräsidenten ist erstmals in einer zweiten Version das Porträt des Bundespräsidenten mit einer politischen Botschaft versehen.¹⁵⁹ Unter-

¹⁵⁶ Harald Schoen, Mehr als ein Auslöser der Neuwahl? Die Europapolitik, die Kronen Zeitung und die Wahlentscheidung 2008. In: Fritz Plasser (Hg.), Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31, Wien 2010) 316-318.

¹⁵⁷ Ebd. 316-318.

¹⁵⁸ Rede von Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen vor der Bundesversammlung anlässlich seiner Angelobung am 26. Jänner 2017. In: Österreichische Präsidentschaftskanzlei, PDF zum download: http://www.bundespraesident.at/fileadmin/user_upload/Interview-pdfs/Angelobungsrede_Homepage.pdf (05.02.2019).

halb des Porträts von Alexander Van der Bellen findet sich der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „*Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.*“¹⁶⁰ Van der Bellen präsentiert sich als österreichischer Präsident und schlägt, mit dem Verweis auf die Menschenrechte, eine Brücke zur Europäischen Union. Die Menschenrechte standen 2015 und 2016 im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ und sind im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* als Ergebnis der historischen Vergangenheit Europas kommuniziert worden, aus deren die moralische Verpflichtung zur Solidarität und Nächstenhilfe abgeleitet wurde. Indirekt spricht er dadurch die EU an und präsentiert sich als Befürworter Österreich in der politischen Wertegemeinschaft EU.

8.4. Die Zustimmung bzw. Ablehnung des Deutungsmusters *Die Wertegemeinschaft EU* gelesen am Wahlausgang der Bundespräsidentenwahl 2016

Im letzten Jahrzehnt befassten sich zahlreiche Studien mit EU-Deutungen, die Zugehörigkeit bzw. Ablehnung vermitteln. Diese Studien kamen zu dem Ergebnis, dass innerhalb eines EU-Mitgliedstaates unterschiedliche EU-Deutungen miteinander konkurrieren können.¹⁶¹ Österreich definiert sich in seiner Zugehörigkeit zur EU als der „Brückenbauer zum Osten“, bzw. „das Tor zum Osten“. Dem steht das Narrativ „Insel der Seligen“, welches auf der Neutralität, auf dem Wohlfahrtsstaat, und auf einer eigenen österreichischen Identität basiert, jedoch EU-skeptisch ist, gegenüber.¹⁶² Während der „Flüchtlingskrise“ konkurrierten die Deutungen *Die Wertegemeinschaft EU*, *Die Abschottung der EU* und die *EU-Ablehnung* miteinander. Ihre Konkurrenz wurde während des Bundespräsidentenwahljahres 2016 anhand der gegensätzlichen Positionierung der Stichwahlkandidaten ersichtlich.

¹⁵⁹ Ein Porträt und seine Bedeutung. In: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, online unter: <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/news/ein-portraet-und-seine-bedeutung/> (05.02.2019).

¹⁶⁰ Ebd. (05.02.2019).

¹⁶¹ Beispielsweise: Medrano, Framing Europe. Sowie die Studien des Forschungsprojektes „Europäische Identitätskonstruktionen in EU-Ländern“ von 2009 bis 2012 rund um Christiane Eilders und Dennis Lichtenstein: <http://gepris.dfg.de/gepris/projekt/111922509/ergebnisse> (05.02.2019). In die gleiche Richtung gehen die Analysen von Christian Karner: *Karner, Europe and the Nation: Austrian EU-Scepticism and Its Contestation*. Sowie Christian Karner, *The Uses of the Past and European Integration*.

¹⁶² *Karner, The Uses of the Past and European Integration*, 388.

Wie im vorigen Kapitel dargestellt, vertrat der Bundespräsidentenkandidat Alexander Van der Bellen im Wahlkampf das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU*. Die Bundespräsidentenwahl ist eine Wahl, die als Persönlichkeitwahl gilt. Die Positionierung der Kandidaten, hinsichtlich der Migrationsbewegung und der europäischen Integration, war nicht alleinentscheidend für den Wahlausgang. Diese Themen waren jedoch zentrale Themen im Wahlkampf und wurden auf Grund des großen medialen Interesses am Wahlkampf auch jenen Österreicherinnen und Österreichern vorgestellt, die tagespolitisch wenig interessiert waren. Es kann festgehalten werden, dass diese Themen und die Positionierung der beiden Kandidaten, ein wesentliches Kriterium bei der Wahlentscheidung waren. Für den Großteil der Wählerinnen und Wähler von Alexander Van der Bellen waren die pro-europäische Haltung und das Motiv, den Gegenkandidaten zu verhindern, ausschlaggebende Kriterien.¹⁶³

Bereits während der Wahlgänge zum Bundespräsidenten im Laufe des Jahres 2016 wurde in den Tageszeitungen die „gespaltene“ österreichische Gesellschaft verkündet. Diese Behauptung wurde mit Blick auf das knappe Ergebnis nach der zweiten Stichwahl im Dezember 2016 weiter gefestigt: 53,8 % für Alexander Van der Bellen und 46,2 % für Norbert Hofer.¹⁶⁴ Wahlanalysen ergaben, dass Norbert Hofer die meisten Stimmen in den ländlichen Regionen und bei den formal bildungsfernen Wählerinnen und Wählern erhielt. Alexander Van der Bellen hingegen erhielt vor allem bei den jungen und alten Wählerinnen und Wählern, bei den formal höher gebildeten Wählerinnen und Wählern, und in den Hauptstädten die meisten Stimmen.¹⁶⁵

Legt man das Wahlergebnis auf die Zustimmung bzw. Ablehnung des Deutungsmusters *Die Wertegemeinschaft EU* um, so kann konstatiert werden, dass die eine Hälfte der Bevölkerung das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* befürwortet hat, die andere Hälfte nicht.

Die Ablehnung des Deutungsmusters *Die Wertegemeinschaft EU* kann auf den „Bekanntheitsgrad“ des Deutungsmusters zurückgeführt werden: In der Kronen-Zeitung war das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* fast nicht vertreten. Die Kronen Zeitung ist die am häufigsten gelesene Tageszeitung in den Bundesländern¹⁶⁶ und wird als stark mei-

¹⁶³ Wahlanalyse Wiederholung Stichwahl Bundespräsidentschaft 2016 (05.02.2019).

¹⁶⁴ Ebd. (05.02.2019).

¹⁶⁵ Ebd. (05.02.2019).

¹⁶⁶ MA 15/16 Presse (05.02.2019).

nungsbildend angesehen.¹⁶⁷ Die Leser der Kronen-Zeitung erhielten wenig bis gar keine Information über dieses Deutungsmuster. Diese Leser waren demnach wenig bis gar nicht über die Wertungen und die Argumentationsgrundlage, auf denen das Deutungsmuster basiert, informiert. Die Wahlanalysen der Bundespräsidentenstichwahl 2016 ergaben, dass Alexander Van Der Bellen die wenigsten Stimmen in den ländlichen Regionen erhielt.¹⁶⁸

Auf Grund des hohen medialen Interesses kann jedoch angenommen werden, dass die Wählerinnen und Wähler zumindest mit dem Deutungsmuster konfrontiert worden waren (beispielsweise in den Diskussionsrunden der beiden Kandidaten, welche vom öffentlich rechtlichen Fernsehen sowie den privaten Sendern ausgestrahlt wurden). Dies bedeutet wiederum, dass das Deutungsmuster *Die Wertgemeinschaft EU* nicht von allen Wählerinnen und Wählern angenommen wurde. Die Hälfte der Bevölkerung hat das Deutungsmuster *Die Wertgemeinschaft EU*, das Bild einer EU, in der die moralische Verpflichtung zur Solidarität und Humanität gefordert wird, abgelehnt.

8.5. Österreichische Historiographie und die moralische Verpflichtung zur europäischen Zusammenarbeit

Alexander Van der Bellen vertrat im Bundespräsidentenwahlkampf das Deutungsmuster *Die Wertgemeinschaft EU* und wurde mit einer knappen Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt. Wie oben erläutert, hat die Hälfte der österreichischen Bevölkerung dem Deutungsmuster *Die Wertgemeinschaft EU* zugestimmt. Die andere Hälfte der österreichischen Bevölkerung hat diese Deutung jedoch abgelehnt. Worin ist die Ablehnung begründet?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage gibt die Studie von Juan Díez Medrano, welche mit dem Titel „Framing Europe“ publiziert wurde. Die Ergebnisse für West- und Ostdeutschland sind von Interesse: Medrano hat festgestellt, dass westdeutsche Befragte die europäische Integration mit einer aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden, moralischen Verpflichtung zur europäischen Zusammenarbeit in Zusammenhang bringen, während ostdeutsche Befragte dies nicht tun.¹⁶⁹ Er führt diese Diskrepanz auf die unterschiedliche Ge-

¹⁶⁷ Patricia Käfer, Medien und Politik. Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus? (1 x 1 der Politik 2, Wien 2008) 72-74.

¹⁶⁸ Bundespräsidentenwahl 2016 (05.02.2019).

¹⁶⁹ Medrano, Framing Europe, 38-43.

schichtspolitik der beiden Länder zurück. In Westdeutschland wurde die Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg im öffentlichen Diskurs durchgehend in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgearbeitet und in Verbindung mit einer europäischen Integration gebracht, in Ostdeutschland hingegen nicht.¹⁷⁰

Das Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* basiert auf dem Konzept der EU als Wertegemeinschaft. Dieses Konzept wird im Deutungsmuster in Verbindung gebracht mit der moralischen Verpflichtung zur Einhaltung dieser Werte. Die moralische Verpflichtung wiederum resultiere aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Zieht man die Ergebnisse von Medrano, West- und Ostdeutschlands betreffend, heran und überträgt sie auf Österreich und die Zustimmung bzw. Ablehnung des Deutungsmusters *Die Wertegemeinschaft EU*, so lautet die These, dass die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher eine moralische Verpflichtung zur europäischen Integration auf Grund des Zweiten Weltkrieges erkannte, die andere Hälfte diese Verbindung jedoch nicht erkannte.

Ein Blick auf die Historiographie der Zweiten Republik in Österreich ergibt, dass das offizielle Geschichtsnarrativ bis in die 1980er der „Opferthese“ folgt. Dem Narrativ folgend existierte Österreich als Staat nach dem Anschluss an Nazi-Deutschland nicht mehr. Die Österreicherinnen und Österreicher seien gegen ihren Willen in den Krieg getrieben und moralisch an den Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg nicht verantwortlich, da sie von der Besatzungsmacht dazu gezwungen worden waren.¹⁷¹ Dieses Geschichtsnarrativ wurde nach der Waldheim-Affäre 1986 in Frage gestellt und nach seiner Allgemeingültigkeit hinterfragt. Viele Historikerinnen und Historiker in Österreich begannen den österreichischen Beitrag an den Kriegsverbrechen herauszuarbeiten und zu benennen. Neueste Untersuchungen zeigen jedoch auf, dass eine Teil-Verantwortung im nationalen Geschichtsnarrativ integriert ist, die „Opferthese“ jedoch noch nicht verschwunden ist.¹⁷²

Unser Wissen über die Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust basiert auf dem Wissen, welches im Geschichtsunterricht in der Schule gelernt wurde. Erst an zweiter

¹⁷⁰ Medrano, Framing Europe, 179-213.

¹⁷¹ Heidemarie Uhl, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 1 (2001) 94-97. PDF zum download: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/artikel.html?index=1064> (05.02.2019).

¹⁷² Siehe dazu: Günter Bischof, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik, 254. Sowie: Christoph Kühberger, Teaching the Holocaust and National Socialism in Austria: politics of memory, history classes, and empirical insights. In: Holocaust Studies 23, H. 3 (2017) 400. Zum gleichen Ergebnis kommt: Ina Markova, Balancing Victimhood and Complicity in Austrian History Textbooks: Visual and Verbal Strategies of Representing the Past in Post-Waldheim Austria. In: Journal of Educational Media, Memory, and Society 3, H. 2 (2011) 65.

Stelle stehen Medien, an dritter Stelle lernen wir Geschichte durch die Familie.¹⁷³ Im letzten Jahrzehnt widmeten sich einige Studien den Geschichtsbüchern in der Schule, vor allem mit Blick auf die Inhalte zum Nationalsozialismus und zum Holocaust.¹⁷⁴ Im Ergebnis zeigen sie auf, dass erst nach der Waldheim-Affäre im österreichischen Geschichtsunterricht österreichische Täter/innen und Themen wie der Holocaust thematisiert werden. Und erst seit dem beginnenden 21. Jahrhundert werden diese Themen in ihrem historischen Kontext und anhand ihrer Erinnerungskultur analysiert. Pluralistische Ansichten und Perspektiven, sowie Anregungen zu einem reflektiert-kritischen Umgang werden demnach erst ab dem 21. Jahrhundert in den Schulbüchern gelehrt.¹⁷⁵ Philipp Mittnik konstatiert in seiner Studie über die Holocaust Darstellung in Schulbüchern, dass in den österreichischen Geschichtsunterrichtsbüchern der Sekundärstufe I der Jahre 2008 bis 2012 eine mangelnde Täter/Innendarstellung zu verzeichnen ist, sowie dem österreichischen Widerstand wieder mehr Bedeutung zugemessen wird. Es findet in den Schulbüchern keine Verbindung zwischen dem Nationalsozialismus und dem gegenwärtigen Rechtsextremismus statt, Multiperspektivität ist gering.¹⁷⁶ Seine Ergebnisse beziehen sich auf Schulbücher der Sekundärstufe I, die Schulkinder sind in der Regel zwischen 10 und 15 Jahre alt.

Das bedeutet, dass das notwendige Wissen, um die Werte der EU und das pluralistische Gesellschaftskonzept der EU mit einer moralischen Verpflichtung in Verbindung bringen zu können, erst seit knapp zwei Jahrzehnten in der Sekundärstufe vermittelt wird.

Es bedürfte weiterer Analysen und Studien in diese Richtung, um konkretere Aussagen über die Verbindung der Historiographie bzw. Geschichtspolitik mit der Einstellung zur europäischen Integration treffen zu können. Die These einer Verbindung könnte aber ein Anhaltspunkt sowie Ausgangspunkt weiterführender Untersuchungen sein.

¹⁷³ Kühberger, Teaching the Holocaust and National Socialism in Austria, 405.

¹⁷⁴ Beispielsweise: Kühberger, Teaching the Holocaust and National Socialism in Austria, 396-424. Philipp Mittnik, Holocaust-Darstellung in Schulbüchern. Deutsche, österreichische und englische Lehrwerke im Vergleich (Schwalbach 2017).

¹⁷⁵ Kühberger, Teaching the Holocaust and National Socialism in Austria, 400f.

¹⁷⁶ Mittnik, Holocaust-Darstellung in Schulbüchern, 137, 169, 174, 187, 209.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die EU stand während der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 im Fokus der Medien. Von der EU wurden Lösungen und Handlungsanleitungen erwartet. Als eine Institution, die aus der Summe ihrer EU-Mitgliedstaaten besteht, war die EU gefordert sich zu positionieren und zu definieren, um einen gemeinsamen Handlungsstrang zu finden. Während dieses Prozesses entstanden viele EU-Deutungen, die medial verhandelt, gewertet und kommuniziert wurden. Ziel der Masterarbeit war es, diese EU-Deutungen zu ermitteln und zu analysieren.

Die Deutung *Die Wertgemeinschaft EU* wertet die Migrationsbewegung 2015/2016 als humanitäre Ausnahmesituation. Die Perspektive richtet sich auf die Not der Flüchtlinge. Die EU-Kommission wird als eine aktiv an gesamteuropäischen Lösungen arbeitende Institution gewertet. Sie könne ihre Lösungen jedoch auf Grund des Widerstandes einiger EU-Mitgliedstaaten nicht umsetzen. Zentrales Thema im Deutungsmuster ist die Quotenregelung. Die Quotenregelung wird als Symbol für die Solidarität kommuniziert. Die Aufforderung zur Empathie mit den Flüchtlingen und zur europäischen Solidarität wird mit der historischen Vergangenheit Europas verbunden. Die EU hätte auf Grund der grauenhaften Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg die moralische Verpflichtung zur Humanität und Solidarität.

Die Deutung der EU als politische Wertgemeinschaft ist ein relativ junges Konzept. Sie soll die europäische Integration über ihre wirtschaftlichen Aspekte hinauszutreiben und den EU-Bürgerinnen und Bürgern eine Identifikation mit der EU ermöglichen. Die Werte der EU wurden im Vertrag von Lissabon 2007 erstmals deutlich ausformuliert. *Die Wertgemeinschaft EU* ist eine Deutung, die inklusiv und EU-europäisch wirkt. Im Deutungsmuster werden besonders die Einhaltung der Menschenrechte, sowie die Solidarität als EU-europäische Werte kommuniziert.

Die EU als Wertgemeinschaft wird von den ostmitteleuropäischen Ländern, so wird es im Deutungsmuster kommuniziert, nicht angenommen. Es wird die „andere EU“ konstruiert, die sich mittels nationalstaatlicher und sozio-kultureller Argumente von der EU als Wertgemeinschaft absetzt und noch nicht vollends zum Konzept eines integrierten EU-Europas gehört.

In der Deutung *Die Abschottung der EU* wird die Migrationsbewegung aus einer EU-inneneuropäischen Perspektive betrachtet und als Kontrollverlust gewertet. Die EU-Staats- und Regierungschef fordern die Kontrolle der EU-Außengrenze, die Registrierung der Flüchtlinge sowie die Kontrolle über die Migrationsbewegung. Europäische Solidarität wird gefordert, um den Schengen-Raum, und damit die EU zu erhalten.

Mit dem Beitritt zum Schengen-Abkommen haben die EU-Mitgliedstaaten ihre Grenzkontrollfunktion an die EU und an die EU-Außengrenze übertragen. Diese politische Veränderung wird im Deutungsmuster vermittelt. Die EU-Außengrenze steht für die Souveränität der EU. Es wird die Vorstellung einer gemeinsamen EU-Außengrenze und eines gemeinsamen EU-Raums kommuniziert, den es mit gesamteuropäischen Lösungen zu erhalten gilt. Der Schengen-Raum steht für das grenzfreie, friedliche Europa und wird im Deutungsmuster als Symbol des Friedens und der Integration, vor allem der Integration der ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten, gewertet.

In der Deutung *EU-Ablehnung* wird die Migrationsbewegung als „Gefahr“ für Österreich gewertet. Die nationalstaatliche Perspektive dieses Deutungsmusters betont die integrations- und sicherheitspolitischen Herausforderungen in Österreich, die durch die Migrationsbewegung entstehen würden. Das Deutungsmuster kommuniziert, dass von Seiten der EU keine Lösung zu erwarten sei. Aufforderungen bzw. Appelle an eine europäische Solidarität finden nicht statt. Nationalstaatliche Maßnahmen, wie der Bau eines Grenzzaunes, werden gefordert. In der Wahrnehmung der Österreicherinnen und Österreicher ist die österreichische Staatsgrenze auf Grund ihrer Sicherheits- und Schutzfunktion nach wie vor vorhanden, weswegen der Bau eines Grenzzaunes positiv bewertet wurde. Die Deutung fordert die Rückgewinnung der Souveränität Österreichs und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Sicherheit sowie die Sicherung des Wohlstandes.

Für die Historisch-Kulturwissenschaftliche Europaforschung sind die Ergebnisse im Hinblick auf die möglichen Deutungen, anhand deren EU-Zugehörigkeit konstruiert wird, interessant. Die Ergebnisse der Studien rund um die Arbeiten von Christine Eilders und Dennis Lichtenstein zeigen auf, dass die EU überwiegend in den EU-Mitgliedstaaten auf Identifikationen stößt, die inhaltlichen Deutungen zur EU jedoch sehr unterschiedlich sind und voneinander abweichen. Als überwiegend geteilter Identitätsframe in den EU-

Mitgliedstaaten gilt die Deutung der EU als politische Wertegemeinschaft.¹⁷⁷ Die EU als politische Wertegemeinschaft wurde in Österreich in der Deutung *Die Wertegemeinschaft EU* vermittelt.

Die EU ist ein die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger prägender und vereinigender kultureller Raum. Während in der Deutung *Die Wertegemeinschaft EU* besonders die Grund- und Menschenrechte als EU-europäische Werte vermittelt werden, so wird in der Deutung *Die Abschottung der EU* der gemeinsame EU-europäische Raum und die gemeinsame EU-Außengrenze vermittelt. Der Schengen-Raum wird als friedensstiftend und als Symbol des gemeinsamen West- und Ost- EU-Europas kommuniziert.

Für die österreichische Politikgeschichte kann konstatiert werden, dass die europäische Integration bei nationalen Wahlen bereits eine wichtige Rolle spielt. Nationalstaatliche Grenzen sind negativ konnotiert und bedurften 2015/2016 einer verschönernden Beschreibung (wie „technische Maßnahme“).¹⁷⁸ Nationalstaatliche Maßnahmen (Grenzzaun, Obergrenze) werden in zwei von drei Deutungen abgelehnt. In diesen Deutungsmustern findet sich der Appell an eine gesamteuropäische Lösung. Dies zeigt auf, dass die Perspektive sich zunehmend auf EU-Europa richtet und aus dieser Perspektive heraus politische Forderungen gestellt werden.

Die „Flüchtlingskrise“ und die europäische Integration wurden in den Medien und in der österreichischen Gesellschaft stark kontrovers diskutiert und bildeten die Kernthemen im Bundespräsidentenwahljahr 2016. Im Bundespräsidentenwahlkampf 2016 verwendete Alexander Van der Bellen die Deutung *Die Wertegemeinschaft EU*. Seine offizielle Rede als Bundespräsident, sowie das offizielle Bundespräsidentenfoto sind als Objektivationen dieser Deutung zu sehen. Norbert Hofer changierte zwischen den Deutungen *Die Abschottung der EU* und *EU-Ablehnung*.

Die europäische Integration war Kernthema im Bundespräsidentenwahlkampf 2016. Für die österreichische Kulturgeschichte kann festgehalten werden, dass die EU in der Bedeutung der Österreicherinnen und Österreicher einen wichtigen Stellenwert eingenommen hat. Gelesen am Wahlergebnis zur Bundespräsidentenwahl 2016 lässt sich zudem festhalten, dass die Hälfte der Österreicherinnen und Österreicher den Werten der EU, wie sie in der Deutung *Die Wertegemeinschaft EU* kommuniziert werden, zustimmte.

¹⁷⁷ Lichtenstein, Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise, 63.

¹⁷⁸ Rheindorf, Wodak, Borders, Fences, and Limits, 25.

10. Resümee

Kann mit dieser Arbeit die Frage beantwortet werden, anhand welcher Gegensätze sich die österreichische Bevölkerung im Hinblick auf die Migrationsbewegung und die europäische Integration 2015 und 2016 „gespalten“ hat? Hierzu kann festgehalten werden, dass alle drei Deutungsmuster die Migrationsbewegung anhand einer anderen Perspektive heraus kommunizieren. Im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft EU* richtet sich die Perspektive auf das Leid der Flüchtlinge, im Deutungsmuster *Die Abschottung der EU* auf die EU-innenpolitischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen, im Deutungsmuster *EU-Ablehnung* auf die nationalstaatlichen integrations- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, die durch die Migrationsbewegung entstanden seien. Die unterschiedlichen Perspektiven erlaubten keine Verständigung, da man sprichwörtlich Äpfel mit Birnen nicht vergleichen kann.

Es hat sich gezeigt, dass die EU in den Medien unterschiedlich kommuniziert wurde. Als politische Wertgemeinschaft oder als Institution, die den EU-Raum zu schützen und zu kontrollieren habe. Im Deutungsmuster *Die Wertegemeinschaft der EU* bzw. *Die Abschottung der EU* geht es nicht um die Zustimmung oder Ablehnung der EU, sondern darum, welche EU gemeint ist. Das Deutungsmuster *EU-Ablehnung* ist seiner nationalstaatlichen Perspektiven verpflichtet und EU-kritisch. Dieses Deutungsmuster informiert nicht über die ideellen Werte der EU, sondern kommuniziert die EU als entfernte Behörde, die untätig bzw. nicht im Sinne Österreichs handle und nationalstaatliche Lösungsmaßnahmen verhindern.

Maria Arduc hat in ihrer Studie nationale Parlamentsdebatten von sieben EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und den Niederlanden) im Zeitraum 1995-1997 analysiert, und ist zu einem für diese Arbeit interessanten Ergebnis gekommen: Bereits vor 20 Jahren wurde die Diskussion um Migration ähnlich wie 2015/2016 geführt. Die nationalen, rechtspopulären bis rechtsextremen Parteien, sowie die Regierungsparteien, führten den Migrationsdiskurs aus der Perspektive der Sicherheit, und sahen eine europäische Solidarität in der Kooperation der EU-Mitgliedstaaten bei der Kontrolle der Immigration aus EU-Drittstaaten. Auch hier stechen Begriffe wie „Schutz“ und „Kontrolle“ hervor. Linkorientierte Parteien nahmen die globale Perspektive ein und verstanden unter Solidarität Mitgefühl und Hilfsbereitschaft den

Immigrantinnen und Immigranten sowie den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gegenüber. Das oppositionelle Verhalten einiger EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik wurde schon vor 20 Jahren in Zusammenhang mit fehlender Solidarität innerhalb der EU-Mitgliedstaaten gebracht.¹⁷⁹ Es sind ähnliche Argumente und ein ähnlicher Befund wie er für 2015/2016 gemacht werden kann. Demnach war die „Spaltung“ der EU in der Migrationspolitik bereits vor 20 Jahren da, medienwirksam publik gemacht wurde sie 2015/2016. Dem kann die These Lichtensteins zugefügt werden, dass verschiedene EU-Deutungen je unterschiedliche Zugehörigkeit zur EU konstruieren, die solange ohne Probleme wirken, bis ihre Gegensätze offensichtlich werden.¹⁸⁰

¹⁷⁹ *Arduc*, Wir bauen eine Festung Europa..., 208-214.

¹⁸⁰ *Lichtenstein*, Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise, 64f.

11. Anhang

11.1. Chronologische Zeitliste für den Zeitraum Juli 2015 bis März 2016

Die Daten zu den Tagungen der EU-Räte und des Europäischen Rates sind der chronologischen Zeitliste der Website des EU-Rates entnommen.¹⁸¹ Diese sind um Ereignisse ergänzt, die Markus Rheindorf und Ruth Wodak in ihrer diskursanalytischen Studie zum österreichischen Grenzzaun und der österreichischen Obergrenze als wesentlich diskursverändernde Punkte herausgearbeitet haben. Diese Ereignisse sind in der Tabelle formativ hervorgehoben.¹⁸²

- 20. Juli 2015: Tagung des Rates „Justiz und Inneres“
- **Sommer 2015: Grenzschießung der ungarischen EU-Außengrenze**
- **26. August 2015: Tod von 71 Flüchtlingen in einem geschlossenen LKW**
- **2. September 2015: Bild des ertrunkenen Kindes Alan Kurdi**
- 4. September 2015: Merkel: „Wir schaffen das“
- 9. September 2015: Zweites Vorschlagspaket der Europäischen Kommission
- 14. September 2015: Tagung des Rates „Justiz und Inneres“
- 22. September 2015: Tagung des Rates „Justiz und Inneres“
- 23. September 2015: Informelle Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs
- **3. Oktober 2015: Konzert „Voices for Refugees“ in Wien**
- 8. Oktober 2015: Konferenz über die östliche Mittelmeer und Westbalkanroute
- 9. Oktober 2015: Rat „Justiz und Inneres“
- 10. Oktober 2015: Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
- 15. Oktober 2015: Europäischer Rat

¹⁸¹ Zeitliste – Reaktionen auf den Migrationsdruck. In: Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, online unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/migratory-pressures/history-migratory-pressures/> (05.02.2019).

¹⁸² Rheindorf, Wodak, Borders, Fences, and Limits, 19f.

- 25. Oktober 2015: Tagung zur Westbalkan-Migrationsroute
- 26. Oktober 2015: Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
- 9. November 2015: Rat „Justiz und Inneres“
- 12. November 2015: Informelle Tagung der EU-Staats- und Regierungschefs
- 12. November 2015: Migrationsgipfel in Valletta
- **12. November 2015: Österreichische Regierung beschließt Grenzzaun**
- **13. November 2015: Terroranschläge in Paris**
- 16. November 2015: Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
- 23. November 2015: Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“
- 29. November 2015: Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit der Türkei
- 3. Dezember 2015: Rat „Justiz und Inneres“
- 15. Dezember 2015: Vorschlagspaket der Europäischen Kommission
- 17. Dezember 2015: Europäischer Rat
- **31. Dezember 2015: Silvester-Ereignisse in Köln**
- 18. Jänner 2016: Rat „Auswärtige Angelegenheiten“
- **20. Jänner 2016: Österreichische Regierung beschließt Obergrenze**
- 18. Februar 2016: Europäischer Rat
- 25. Februar 2016: Rat „Justiz und Inneres“
- 2. März 2016: Vorschlag der Europäischen Kommission
- Anfang März 2016: sukzessives Schließen der Westbalkanroute für Flüchtlinge
- 7. März 2016: Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs mit der Türkei
- 10. März 2016: Rat „Justiz und Inneres“
- 18. März 2016: Europäischer Rat
- 21. März 2016: Vorschlag der Europäischen Kommission – Neuansiedlung von Personen aus der Türkei

12. Quellenverzeichnis und Zuordnungen

Der Standard

Signatur ÖNB: Neu-Per 1,290.754-E

1	10.07.2015	9	Keine Einigung bei EU-Quoten	Zuordnung nicht möglich
2	10.07.2015	1	EU verteilt 20.000 Flüchtlinge	Zuordnung nicht möglich
3	20.07.2015	3	"Es werden noch sehr viele Menschen kommen"	DM Wertegemeinschaft
4	18.08.2015	2	Merkels Wende in Sachen Flüchtlingsbewegungen	DM Wertegemeinschaft
5	22./23.08.2015	9	EU-Gelder statt Flüchtlingsquoten für Mitgliedsländer	DM Wertegemeinschaft
6	27.08.2015	5	Flüchtlinge: Die EU-Außengrenze im Mittelpunkt	DM Abschottung
7	29./30.08.2015	5	"Signal gegen die Hetzer"	DM Wertegemeinschaft
8	29./30.08.2015	7	"Brauchen Liste sicherer Drittstaaten"	DM Abschottung
9	02.09.2015	5	Quotensystem für Flüchtlinge: Neuer Anlauf der EU	DM Wertegemeinschaft
10	03.09.2015	6	EU will rasche Liste mit sicheren Herkunftsländern	DM Wertegemeinschaft
11	04.09.2015	1	EU will Verteilung von 100.000 Flüchtlingen	DM Wertegemeinschaft
12	04.09.2015	2	Flüchtlinge: Krisenplan der EU nimmt Kontur an	DM Wertegemeinschaft
13	05./06.09.2015	12	Kurz: EU reagierte auf Finanzkrise effektiver	DM Wertegemeinschaft
14	08.09.2015	2	Mühsame Überzeugungsarbeit im Osten Europas	DM Wertegemeinschaft
15	08.09.2015	3	5,4 Millionen Euro für Österreich aus Brüssel	DM Wertegemeinschaft
16	09.09.2015	6	Juncker will EU-Asylquote und Ausgleichszahlungen	DM Wertegemeinschaft
17	10.09.2015	2	Flüchtlinge: Juncker Schlüssel für Europa	DM Wertegemeinschaft
18	11.09.2015	9	Wie Europa 160.000 Asylwerber umverteilen will	DM Abschottung
19	12./13.09.2015	9	Vergebliche Herbergssuche in Osteuropa	DM Wertegemeinschaft
20	14.09.2015	4	EU ringt um Flüchtlingsquoten	DM Wertegemeinschaft
21	15.09.2015	1	EU-Innenminister: Keine Einigung über verbindliche Flüchtlingsquoten	DM Wertegemeinschaft
22	15.09.2015	5	EU findet nur Platz für 32.000 Flüchtlinge	DM Wertegemeinschaft
23	16.09.2015	2	Merkel und Faymann drängen auf EU-Gipfel	DM Wertegemeinschaft
24	18.09.2015	5	EU drängt auf Quote, Finanzspritze für Türkei	DM Wertegemeinschaft
25	18.09.2015	6	Flüchtlinge: Deutschland fordert Solidarität ein	DM Wertegemeinschaft
26	19./20.09.2015	2	Schönes, schreckliches Europa	DM Wertegemeinschaft
27	19./20.09.2015	3	Hart umkämpftes Schutzbekenntnis	DM Wertegemeinschaft
28	19./20.09.2015	7	Vor Europas Toren	DM Wertegemeinschaft
29	19./20.09.2015	9	"Sinnlos, die Augen zu verschließen"	DM Wertegemeinschaft
30	21.09.2015	7	Nowak für EU-Kompetenz bei Asylpolitik	DM Wertegemeinschaft
31	22.09.2015	6	EU-Staaten suchen Ersatz für Ungarn	DM Wertegemeinschaft
32	23.09.2015	5	Grünes Licht für EU-weite Aufteilung von Flüchtlingen	DM Wertegemeinschaft

33	24.09.2015	1	EU-Kommission verdoppelt Finanzhilfe für Flüchtlinge	Zuordnung nicht möglich
34	24.09.2015	2	Neue Grenzbefestigungen, neue Milliardenangaben	DM Abschottung
35	24.09.2015	2	Europa, der säumige Geldgeber	Zuordnung nicht möglich
36	25.09.2015	2	Die fünf Knackpunkte des EU-Flüchtlingsplans	DM Wertegemeinschaft
37	07.10.2015	8	EU-Präsident Tusk warnt vor drei Millionen Flüchtlingen	DM Abschottung
38	07.10.2015	10	Flüchtlinge sind Bewährungsprobe für ganz Europa	DM Wertegemeinschaft
39	09.10.2015	10	EU will härteren Kurs gegen abgelehnte Asylwerber	DM Abschottung
40	10./11.10.2015	1	Flüchtlingskrise: EU plant Aufbau von eigener Küstenwache	DM Abschottung
41	12.10.2015	10	EU strebt Syrien-Konferenz an	DM Wertegemeinschaft
42	16.10.2015	2	Viele Maßnahmen für weniger Flüchtlinge	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
43	17./18.10.2015	12	Einig nur bei Flüchtlingsabwehr, Streit um Verteilung	DM Wertegemeinschaft
44	22.10.2015	4	EU-Notgipfel: Juncker verlangt "sofortiges Handeln"	DM Wertegemeinschaft
45	24./25.10.2015	14-15	Die EU-weite Aufteilung der Flüchtlinge ist bisher ein Flop	DM Wertegemeinschaft
46	27.10.2015	3	100.000 Warte- und Ruheräume auf der Balkanroute	DM Wertegemeinschaft
47	28.10.2015	4	Flüchtlingsdebatte: Endzeitstimmung im EU-Parlament	DM Wertegemeinschaft
48	07./08.11.2015	14	Über Zehn Millionen Euro EU-Hilfe für Slowenien	DM Wertegemeinschaft
49	07./08.11.2015	15	Blitzblankes Spielfeld für den EU-Kommissar Asselborn: EU plant Regierungszentren auf der Balkanroute	DM Wertegemeinschaft
50	10.11.2015	10		DM Abschottung
51	12.11.2015	10	Hoffen auf Rückübernahmedeals mit Afrika	DM Abschottung
52	26.11.2015	1	De Mazière fordert fixe Kontingente für Flüchtlinge in EU	DM Abschottung
53	26.11.2015	2	"Wir bekommen es nach und nach in den Griff"	DM Abschottung
54	26.11.2015	3	Hollande stützt Merkel in der europäischen Flüchtlingsfrage	DM Abschottung
55	01.12.2015	6	Türkei: Heike Vermittlerrolle Österreichs	DM Abschottung
56	03.12.2015	1	Flüchtlingsfrage spaltet EU-Staaten immer stärker	DM Wertegemeinschaft
57	04.12.2015	10	Deutschland will wieder jeden Flüchtling überprüfen	DM Abschottung
58	05./06.12.2015	14	Kleine Schritte in der großen Krise	DM Abschottung
59	07./08.12.2015	7	Milliarden für Türkei laut Faymann und Schulz "kein Geschenk"	DM Wertegemeinschaft
60	09.12.2015	9	Neues Kapitel der EU-Flüchtlingsaufnahme	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
61	15.12.2015	10	1,5 Millionen Menschen 2015 illegal nach Europa	DM Abschottung
62	16.12.2015	8	EU-Grenzbehörde Frontex bald mit 1000 Mitarbeitern	DM Abschottung
63	17.12.2015	2	Die Willigen suchen nach einem Ausweg	DM Abschottung
64	17.12.2015	3	Was tun mit den Flüchtlingen?	DM Wertegemeinschaft
65	18.12.2015	6	EU-Staaten ohne Flüchtlinge droht Beihilfenentzug	DM Wertegemeinschaft
66	19./20.12.2015	11	Umsiedlung ist gescheitert, es lebe die Neuansiedlung	Zuordnung nicht möglich
67	21.12.2015	8	Faymann will einheitliche Asylbedingungen in der EU	DM Abschottung
68	23.12.2015	3	Italien fordert von Europa mehr "Familiensinn"	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
69	05./06.01.2016	7	Schweden und Dänemark kontrollieren Grenzen	DM Abschottung

70	07.01.2016	7	Massive Finanzhilfen für Athen wegen Flüchtlingskrise	DM Wertegemeinschaft
71	12.01.2016	9	EU/Türkei Maßnahmen greifen nicht	DM Wertegemeinschaft
72	18.01.2016	5	"Flüchtlingsquoten basieren auf Willkür"	DM Wertegemeinschaft
73	20.01.2016	3	"Irgendwann muss Vernunft einkehren"	DM Wertegemeinschaft
74	20.01.2016	4	Stimmung im Keller, Koalition der Willigen kämpft	DM Abschottung
75	21.01.2016	2	EU: Rutte fordert "starke Reduzierung"	DM Abschottung
76	23./24.01.2016	12	"Humanes Gewissen" als Bindeglied	DM Wertegemeinschaft
77	23./24.01.2016	12	"Kein Stopp der Fluchtbewegung aus der Türkei"	DM Wertegemeinschaft
78	26.01.2016	2	EU-Staaten gegen Griechenland, die Zweite	DM Abschottung
79	29.01.2016	1	EU will Flüchtlinge legal aus Türkei aufnehmen	DM Abschottung
80	29.01.2016	6	Illegale rigoros abschieben, Flüchtlinge legal holen	DM Abschottung
81	11.02.2016	10	Nato-Einsatz zum Schutz der EU-Außengrenze wird konkret	DM Abschottung
82	12.02.2016	5	Wien lädt zum EU-Sondergipfel	DM Abschottung
83	16.02.2016	2	Merkels Henne-Ei-Dilemma lähmt alle	DM Abschottung
84	18.02.2016	3	Immer weniger Flüchtlinge auf der Balkanroute	DM Wertegemeinschaft
85	18.02.2016	4	"Es geht in die richtige Richtung"	DM Abschottung
86	20./21.02.2016	14	Österreich als Buhmann, aber Griechenland der Verlierer	DM Abschottung/DM Wertegemeinschaft
87	23.02.2016	6	EU-Kommission: Wien darf Flüchtlinge nicht durchwinken	Zuordnung nicht möglich
88	26.02.2016	10	EU gibt sich noch zehn Tage für Beendigung des Durchwinkens	DM Abschottung
89	26.02.2016	11	Das Florianiprinzip der Mittel- und Südosteuropäer	DM Wertegemeinschaft
90	01.03.2016	11	EU-Nothilfe für Flüchtlinge, Athen startet Abschiebungen	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
91	04.03.2016	1	EU-Appell an Migranten: "Kommt nicht nach Europa"	DM Abschottung
92	04.03.2016	10	Tsipras fordert Strafen für EU-Abweichler	DM Abschottung
93	05./06.03.2016	17	Tusk: "Konsens in Flüchtlingskrise erstmals greifbar"	DM Abschottung
94	07.03.2016	1	EU hofft auf Türkei: Weniger als 1000 Flüchtlinge pro Tag	Zuordnung nicht möglich
95	07.03.2016	2	"Die Balkanroute ist ab jetzt geschlossen"	DM Abschottung
96	08.03.2016	2	Ein Streit um Wörter in einem Milliardenpoker	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
97	09.03.2016	2	Der zähe Weg zum Durchbruch	DM Abschottung
98	10.03.2016	2	Westbalkanroute bleibt geschlossen	DM Abschottung
99	11.03.2016	6	De Maizière froh über fallende Flüchtlingszahlen	DM Abschottung
100	14.03.2016	2	Von Flüchtlingen und der "Seele Europas"	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
101	16.03.2016	4	EU will 6000 Flüchtlinge pro Monat umsiedeln	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
102	16.03.2016	5	Lieber einmal abrechnen statt weiter aufnehmen	DM Wertegemeinschaft
103	17.03.2016	2	Eilverfahren für Abschiebung der Flüchtlinge in die Türkei	DM Abschottung
104	18.03.2016	2	Auch bei Einigung schwierige Umsetzung	DM Abschottung

Die Presse

Signatur ÖNB: Neu-Per 974.002-F

1	04.07.2015	10	"Dann soll mich die EU einsperren"	DM Ablehnung
2	04.07.2015	11	Warnung vor Alleingang bei der Grenzsicherung	DM Wertegemeinschaft
3	21.07.2015	2-3	Asylquote vertagt: Für Mikl-Leitner droht Notstand	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
4	25.07.2015	7	Asyl: "Nicht nach Ungarn blinzeln"	DM Wertegemeinschaft
5	22.08.2015	6	Paris und Berlin: Viel Geld für gemeinsame Asylpolitik nötig	DM Abschottung
6	31.08.2015	2-3	Vergebliches Warten auf den Zug nach Deutschland	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
7	31.08.2015	3	"Wir brauchen junge Leute"	DM Wertegemeinschaft
8	31.08.2015	2	Die EU und ihr "Verteidigungskrieg" gegen Flüchtlinge	DM Wertegemeinschaft
9	01.09.2015	7	Faymann: "Da mache ich nicht mit"	DM Wertegemeinschaft
10	05.09.2015	7	"Die einfachen Antworten sind die falschen"	DM Wertegemeinschaft
11	07.09.2015	1	Offene Grenze wird wieder dicht	DM Wertegemeinschaft
12	07.09.2015	2-3	"Ein Vorbild für ganz Europa"	DM Wertegemeinschaft
13	15.09.2015	5	Poker um Quoten und Grenzkontrollen	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
14	15.09.2015	5	"Ein Lackmustest für die EU"	DM Wertegemeinschaft
15	21.09.2015	4	EU will Slowenien und Kroatien entlassen	DM Wertegemeinschaft
16	02.10.2015	5	"Keine Mauer hält diese Menschen auf"	DM Wertegemeinschaft
17	05.10.2015	4	Flüchtlinge: Deutsche wollen Zustrom drosseln	DM Abschottung
18	27.10.2015	1	17-Punkte-Plan zur Rettung der EU	DM Wertegemeinschaft
19	27.10.2015	3	"Flüchtlinge keine anonyme Masse"	DM Wertegemeinschaft
20	10.11.2015	3	EU-Staaten hinken Zusagen hinterher	DM Wertegemeinschaft
21	13.11.2015	2-3	Milliarden im Gegenzug zum Flüchtlingsstopp	DM Abschottung
22	14.11.2015	4	"Wir können uns nicht einmauern"	DM Wertegemeinschaft
23	14.11.2015	6-7	Verteilung dauert 86 Jahre	DM Wertegemeinschaft
24	19.11.2015	9	"Hotspots sind unumgänglich"	DM Wertegemeinschaft
25	26.11.2015	6-7	Mehr EU-Länder wollen Flüchtlingswelle eindämmen	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
26	26.11.2015	6	Streit um Geld behindert Einigung mit Türkei	DM Wertegemeinschaft
27	26.11.2015	7	Faymann gegen Asylstopp	DM Abschottung
28	09.12.2015	9	Justizminister macht Druck für EU Asylrecht	DM Wertegemeinschaft
29	21.12.2015	5	Flüchtlinge: Faymann gibt keine Entwarnung	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
30	30.12.2015	5	Schengen-Pause für Griechenland steht im Raum	DM Abschottung
31	02.01.2016	4	Schicksalsjahr für die EU	DM Wertegemeinschaft
32	18.01.2016	1	Flüchtlingspolitik vor Scheitern	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
33	15.02.2016	3	Merkel vor wichtigem EU-Gipfel völlig isoliert	DM Wertegemeinschaft
34	18.02.2016	1	Die EU driftet auseinander	DM Wertegemeinschaft
35	18.02.2016	2-3	EU-Verteilung von Flüchtlingen chancenlos	DM Abschottung
36	18.02.2016	2	Merkel setzt weiter auf Türkei	DM Wertegemeinschaft

37	24.02.2016	1	Balkanstrategie entzweit Europa	Zuordnung nicht möglich
38	05.03.2016	5	"Ich habe Merkel immer bewundert"	DM Wertegemeinschaft
39	07.03.2016	1	EU: "Diese Route ist geschlossen"	DM Abschottung
40	11.03.2016	4	Visafreiheit für Türken schon im Mai?	DM Abschottung
41	20.03.2016	10	Der Teufel wird uns retten	DM Wertegemeinschaft
42	20.03.2016	11	Eine Regel (zer)stört Europas Asylpolitik	Zuordnung nicht möglich
43	20.03.2016	12	Der EU fehlt der Wille	DM Wertegemeinschaft

Kronen Zeitung

Signatur ÖNB: Neu-Per 1,041.916-C

1	20.08.2015	3	Klage für gerechte Asyl-Quote in EU?	DM Ablehnung
2	22.08.2015	4	Asyl: EU muss endlich aufwachen	DM Ablehnung
3	23.08.2015	2-3	5-Punkte-Plan gegen die Asyl-Krise in der EU	DM Abschottung
4	24.08.2015	2-3	So versagt die EU in der Flüchtlings-Krise!	DM Ablehnung
5	25.08.2015	2-3	Asyl-Krise: Minister Kurz fordert die EU zum Handeln auf!	DM Ablehnung / DM Abschottung
6	28.08.2015	6-7	Asyl: Neuerlicher Aufruf zum Kampf gegen Schlepper-Mafia	DM Wertegemeinschaft
7	29.08.2015	8	Asyl-Strafe: Förderungen kürzen	DM Ablehnung
8	30.08.2015	2-3	EU-Milliardenhilfe, falls Afrika Asylwerber zurücknimmt	DM Abschottung
9	30.08.2015	2	Strengere Grenzkontrollen sind in EU "rechtlich problematisch"	DM Abschottung
10	01.09.2015	3	Kanzler droht Asyl-Blockierern	DM Wertegemeinschaft
11	03.09.2015	2-3	EU-Kriegsflotte gegen die Schlepper-Banden!	DM Abschottung
12	03.09.2015	3	Flüchtlingskrise: Europa kommt nun doch endlich in Schwung	DM Abschottung
13	05.09.2015	4	Quote: Greift die EU jetzt durch?	DM Ablehnung
14	07.09.2015	3	EU sieht Flüchtlings-Drama zu	DM Ablehnung
15	08.09.2015	2-3	Asyl: Druck auf EU wird größer	Zuordnung nicht möglich
16	08.09.2015	2	Nothilfe: Mehr als 5 Millionen € für Unterkünfte und Verpflegung	Zuordnung nicht möglich
17	09.09.2015	2-3	Faymann: Brauchen dieselbe Anstrengung wie bei Bankenkrise	DM Ablehnung
18	10.09.2015	4-5	Asylkrise: "Die EU ist in keinem guten Zustand"	DM Ablehnung
19	15.09.2015	8	Keine Rückführungen nach Ungarn mehr	DM Ablehnung
20	16.09.2015	7	Faymann: Gefahr für Projekt EU	DM Ablehnung
21	16.09.2015	6	Neue Gespräche über Quoten	DM Ablehnung
22	17.09.2015	2	"Koalition des guten Willens" soll Asyl-Quoten durchsetzen	DM Ablehnung
23	17.09.2015	7	EU-Milliarde gegen die Not	Zuordnung nicht möglich
24	18.09.2015	2-3	Abendessen in Brüssel statt EU-Sondergipfel	DM Ablehnung
25	19.09.2015	2-3	1,5 Milliarden € Hilfe für Flüchtlinge	DM Ablehnung
26	19.09.2015	5	Flüchtlingsstrom stoppen: Kurz zu Blitzvisite in Türkei	DM Abschottung
27	21.09.2015	3	Faymann droht Verweigerern	DM Wertegemeinschaft
28	23.09.2015	2-3	Brüssel boxt Flüchtlingsverteilung durch	DM Ablehnung
29	23.09.2015	4-5	"Wir müssen unsere Grundwerte hochhalten"	DM Abschottung
30	24.09.2015	2-3	Milliarden, um Flüchtlinge von Europa fernzuhalten	DM Abschottung
31	24.09.2015	2	Pühringer wettet gegen die viel zu große "Regulierungswut" der EU	DM Ablehnung
32	01.10.2015	2	100 Österreicher für die EU-Asylzentren	DM Abschottung
33	04.10.2015	3	Telefon-Gipfel wegen Krise um Flüchtlinge	DM Abschottung
34	06.10.2015	4	Türkei und EU: Machtpoker in der Asyl-Krise!	DM Ablehnung
35	06.10.2015	5	Asylwerber - "Hotspots" als EU-Drehtür für Flüchtlinge	DM Abschottung
36	07.10.2015	3-4	Faymann am "Hotspot" des Flüchtlingsstromes	DM Abschottung

37	09.10.2015	3	EU setzt jetzt auf Abschreckung: Flüchtlinge schneller abschieben	DM Abschottung
38	16.10.2015	6-7	Deutsche Kanzlerin: Die Grenzen schließen ist Illusion	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
39	22.10.2015	7	Deutschland greift hart durch	DM Abschottung
40	25.10.2015	4	EU sucht nach Asyl-Lösung: "Durchwinken inakzeptabel"	DM Abschottung
41	27.10.2015	3	Asyl-Sondergipfel: Europa will Migranten jetzt "entmutigen"	DM Abschottung
42	31.10.2015	3	"EU muss an einem Strang ziehen"	DM Abschottung
43	01.11.2015	2	Kein Plan, kein Geld, keine Lösung	DM Ablehnung
44	12.11.2015	5	Europas Eiertanz um die Türkei	DM Abschottung/DM Ablehnung
45	13.11.2015	8-9	EU-Milliarden reichen Afrika und Türkei nicht	DM Ablehnung
46	20.11.2015	11	"Eine einfache Lösung gibt es nicht"	DM Wertegemeinschaft
47	30.11.2015	3	Ein "historischer Aktionsplan" EU-Türkei zur Flüchtlingskrise	DM Abschottung
48	05.12.2015	3	Wie EU-Grenzschutz Zeit vertrödelt	DM Ablehnung
49	06.12.2015	2-3	Sanfter Schwenk in der Flüchtlingspolitik	DM Abschottung
50	07.12.2015	2	"Kein Geschenk für die Türkei"	DM Abschottung
51	09.12.2015	2-3	EU sucht Milliarden für die Türkei	DM Ablehnung
52	16.12.2015	2	EU-Asylkontingente: Plan funktioniert nicht	DM Ablehnung
53	17.12.2015	2-3	"Flucht darf nicht weitergehen"	DM Ablehnung
54	18.12.2015	2	Faymann droht den Blockierer-Staaten	Zuordnung nicht möglich
55	19.12.2015	3	"Müssen den Winter nutzen"	DM Ablehnung
56	21.12.2015	3	Keine EU-Hilfsgelder für Länder, die keine Flüchtlinge nehmen	Zuordnung nicht möglich
57	06.01.2016	6	Europa schottet sich mehr und mehr ab	DM Abschottung
58	12.01.2016	2-3	"Ja, es müssen weniger Flüchtlinge werden"	DM Abschottung
59	18.01.2016	3	"Schicken wir doch Brüssel die Rechnung für die Flüchtlinge!"	DM Ablehnung
60	19.01.2016	3	"Warten auf Godot ist keine Lösung"	DM Ablehnung
61	22.01.2016	2-3	Europaweites Lob, dass Österreich aktiv wurde	DM Ablehnung
62	24.01.2016	11	"EU ist kein Bazar in Istanbul"	DM Ablehnung
63	26.01.2016	4	Grenzkontrollen: Verlängerung?	DM Ablehnung
64	05.02.2016	6	Milliarden für Syrien - kein Friede	DM Abschottung
65	06.02.2016	2-3	Kanzler Faymann: Flüchtlinge direkt zurück in Türkei	DM Ablehnung
66	09.02.2016	5	Merkel sucht Hilfe bei Erdogan	DM Abschottung
67	16.02.2016	4-5	Auf EU-Gipfel droht Krach um Flüchtlingskurs	Zuordnung nicht möglich
68	17.02.2016	5	Gipfel wird Duell Orbán-Merkel	DM Wertegemeinschaft
69	18.02.2016	5	Vor Gipfel: Merkel steckt zurück	DM Abschottung
70	19.02.2016	6	Faymann verteidigt auf dem EU-Gipfel unsere Obergrenzen	DM Ablehnung
71	20.02.2016	2-3	Österreicher antworten mit nationalem Schulterchluss	DM Ablehnung
72	24.02.2016	2-3	Brauchen keine Ratschläge aus Brüssel	DM Ablehnung
73	25.02.2016	2-3	Neuer Asyl-Pakt "Den Flüchtlingsstrom stoppen"	Zuordnung nicht möglich
74	25.02.2016	2	EU muss klar definieren, wer Chancen auf Asyl hat!	DM Ablehnung
75	26.02.2016	3	Jetzt fallen alle über uns her!	DM Ablehnung
76	27.02.2016	2-3	"EU-Kommission versagt in Flüchtlingskrise"	DM Ablehnung
77	28.02.2016	2-3	Faymann: "Ich bleibe bei Asylkurs hart"	DM Ablehnung
78	02.03.2016	2-3	"Nein das schaffen wir nicht"	DM Abschottung

79	03.03.2016	3	EU-Nothilfe-Paket: 700 Millionen Euro	DM Wertegemeinschaft
80	04.03.2016	6	"Kommen Sie nicht nach Europa!"	DM Abschottung
81	05.03.2016	2-3	"Die Hilfgelder müssen endlich fließen"	DM Ablehnung
82	06.03.2016	3	Wir werden keinem Druck weichen	DM Ablehnung
83	06.03.2016	5	"Schutz auf Lesbos statt Quartier in Berlin"	DM Abschottung
84	07.03.2016	2-3	Flüchtlingskrise: Europa leitet Wende in Asylpolitik ein!	DM Abschottung
85	08.03.2016	2-3	Asylkrise: Jetzt totaler Machtkampf in EU	DM Ablehnung
86	09.03.2016	2-3	Weil die EU weiterstreitet: Flüchtlingswelle nicht zu stoppen	DM Ablehnung
87	18.03.2016	2-3	Kanzler Faymann: Berlin muss Kurs ändern	Zuordnung nicht möglich
88	19.03.2016	2	Flüchtlingspakt mit Türkei schon ab Sonntag in Kraft!	DM Abschottung
89	22.03.2016	4-5	Unsere Polizisten am Todesfluss	DM Ablehnung

Kurier

Signatur ÖNB: Neu-Per 1,019.889-E

1	03.07.2015	5	"Nur das Quotensystem löst das Asylproblem"	DM Wertegemeinschaft
2	21.07.2015	4	Mikl-Leitner droht Griechenland und warnt vor Asylnotstand in Österreich	DM Abschottung
3	11.08.2015	3	"Wohin führt das, wie viele noch?"	Zuordnung nicht möglich
4	14.08.2015	2	Schengen aus, Grenzen dicht? Alleingang würde weniger bringen	DM Abschottung
5	15.08.2015	2	Fixe Flüchtlingsquote: Faymann unterstützt Junckers Pläne	DM Wertegemeinschaft
6	18.08.2015	3	Bayern rudern kräftig zurück	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
7	19.08.2015	4-5	Die große Ratlosigkeit in Europa	DM Wertegemeinschaft
8	22.08.2015	3	Aus Klagsdrohung wird jetzt Brief an die EU-Kommission	Zuordnung nicht möglich
9	27.08.2015	4	EU: Dämme gegen die massive Fremdenangst	DM Wertegemeinschaft
10	28.08.2015	4	Flüchtlingskrise "Zäune sind keine Antwort"	DM Wertegemeinschaft
11	28.08.2015	5	Die EU soll Grenzen kontrolliert öffnen	DM Wertegemeinschaft
12	28.08.2015	5	EU-Länder flüchten sich in Einzellösungen	DM Abschottung
13	29.08.2015	5	Asyl-Check im Kriegsgebiet statt Schlepper-Risiko	DM Wertegemeinschaft
14	01.09.2015	5	Ringen um Strafen für Asyl-Blockierer	DM Wertegemeinschaft
15	03.09.2015	4	Kurz: IS-Terroristen sickern nach Europa	DM Abschottung
16	03.09.2015	5	Juncker beharrt auf fixen Quoten	DM Wertegemeinschaft
17	04.09.2015	3	Orbán attackiert Deutschland wegen Asylpolitik	DM Wertegemeinschaft
18	05.09.2015	4	Faymann für neue EU-Anlaufstellen in Ungarn	DM Wertegemeinschaft
19	06.09.2015	2	Faymann: "Stacheldraht ist keine Empfangsstelle für Menschen"	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
20	06.09.2015	2	"Ernster Testfall für Europas Einheit, Solidarität und Werte"	DM Wertegemeinschaft
21	07.09.2015	3	Faymann trifft Quotengegner in Bratislava	DM Wertegemeinschaft
22	09.09.2015	2	Recht auf Arbeit für Asylwerber	DM Wertegemeinschaft
23	14.09.2015	2	Mikl-Leitner: "Grenzkontrollen sind europäische Antwort"	DM Abschottung
24	15.09.2015	2	Die Innenminister scheitern mit verbindlicher Flüchtlingsquote	DM Wertegemeinschaft
25	15.09.2015	3	Merkel und Faymann: Hotspots an EU-Grenze	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
26	17.09.2015	2	In der EU wird es eine "Koalition der Willigen" geben	DM Wertegemeinschaft
27	22.09.2015	2	Quote für Flüchtlinge entzweit die EU-Staaten	DM Wertegemeinschaft
28	23.09.2015	2	Etappensieg für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU	DM Wertegemeinschaft
29	06.10.2015	4	Faymann trifft Tsipras auf Insel Lesbos	DM Wertegemeinschaft
30	11.11.2015	2	"EU-Staaten versprechen zu viel und halten zu wenig"	DM Abschottung
31	12.11.2015	2	EU-Gipfelreigen dreht sich weiter im Kreis	DM Abschottung
32	14.12.2015	2	Merkels "Willkommenskurs" auf der Prüfstand	DM Wertegemeinschaft
33	16.12.2015	2	Faymann lädt zum Mini-Gipfel in Brüssel ein	DM Abschottung
34	17.12.2015	3	Faymann droht unsolidarischen Staaten	DM Abschottung
35	05.02.2016	2	Doskozil verlangt Hotspots am Balkan	DM Abschottung
36	15.02.2016	2	Merkel steht vor EU-Asylgipfel alleine da	DM Wertegemeinschaft
37	19.02.2016	2	Streit um Flüchtlinge und Briten-Reform	DM Wertegemeinschaft

38	25.02.2016	2	"Zeit des Durchwinkens ist vorbei"	DM Abschottung
39	29.02.2016	3	Merkel: "Ganz wichtige Phase in der Geschichte"	DM Wertegemeinschaft
40	07.03.2016	2	Türkei hat Europa in der Krise fest im Griff	DM Abschottung
41	09.03.2016	2	Balkanroute zu - Sorge um Ausweichroute	DM Abschottung
42	17.03.2016	2	Tusk: "Bin eher vorsichtig als optimistisch"	DM Abschottung

Österreich

Signatur ÖNB: Neu-Per 1,818.888-D

1	10.07.2015	5	"Die Slowakei nimmt 500 Flüchtlinge"	Zuordnung nicht möglich
2	01.09.2015	8	Asyl: Kanzler attackiert EU-Länder	DM Wertegemeinschaft
3	01.09.2015	8	Faymann: "Unsere Solidarität ist keine Einbahn-Straße"	DM Wertegemeinschaft
4	06.09.2015	8	Faymann: "Österreicher lassen verfolgte Menschen nicht in Stich"	DM Wertegemeinschaft
5	07.09.2015	6	EU: Notfallplan für Flüchtlinge kommt	DM Wertegemeinschaft
6	07.09.2015	6	Mikl-Leitner, "Der ganze Kontingent muss reagieren"	DM Abschottung
7	08.09.2015	3	Flüchtlings-Fahrplan: So langsam reagiert die EU	DM Ablehnung
8	11.09.2015	5	Das EU-Chaos: Diese Länder drücken sich	DM Wertegemeinschaft
9	13.09.2015	6	"Problem immer noch unterschätzt"	Zuordnung nicht möglich
10	14.09.2015	5	EU-Quote: Minister ringen um Lösung	DM Wertegemeinschaft
11	15.09.2015	5	Europa scheitert bei Asyl-Quote	DM Wertegemeinschaft
12	16.09.2015	9	Kanzler & Merkel fordern Gipfel	DM Wertegemeinschaft
13	16.09.2015	9	Faymann: "Müssen die Flüchtlinge fair verteilen"	DM Wertegemeinschaft
14	18.09.2015	5	EU-Sondergipfel am Mittwoch	DM Wertegemeinschaft
15	22.09.2015	8	120.000 Flüchtlinge neu in EU verteilen	DM Wertegemeinschaft
16	24.09.2015	6	2 Milliarden für Flüchtlingshilfe	DM Wertegemeinschaft
17	25.09.2015	4	"Millionen wollen jetzt nach Europa"	DM Abschottung
18	30.09.2015	2	Fischer: "Flüchtlingsströme eindämmen"	DM Abschottung
19	01.10.2015	4	100 Austro-Beamte an die EU-Außengrenzen	DM Abschottung
20	04.10.2015	4	11 Hotspots gegen Asyl-Ansturm	DM Abschottung
21	05.10.2015	7	Asyl-Hotspots: Faymann trifft Tsipras auf Lesbos	DM Wertegemeinschaft
22	06.10.2015	3	Faymann trifft Tsipras	DM Abschottung
23	08.10.2015	8	Neuer Asyl-Geheimplan: EU will 400.000 Migranten viel schneller abschieben	DM Abschottung
24	09.10.2015	9	Faymann: "Ich sehe es wie Merkel"	DM Wertegemeinschaft
25	10.10.2015	9	Faymann: "Wir können Flüchtlingskrise nur gemeinsam lösen"	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
26	11.10.2015	11	Aufregung um EU-Flüchtlingssteuer	DM Wertegemeinschaft
27	16.10.2015	5	EU-Deal mit der Türkei soll Flüchtlings-Welle stoppen	DM Abschottung
28	17.10.2015	5	Kanzler: "Merkel und ich ziehen an einem Strang"	DM Wertegemeinschaft
29	21.10.2015	7	"Europa vor der Zerreißprobe"	DM Wertegemeinschaft
30	22.10.2015	5	EU-Gipfel: Wir müssen jetzt Taten setzen	DM Wertegemeinschaft
31	23.10.2015	5	"Müssen Festung um Europa bauen"	DM Abschottung
32	24.10.2015	3	Macht die EU morgen ihre Grenzen dicht?	DM Abschottung
33	25./26.10.2015	6	Sebastian Kurz: Grenzzäune sind eine Option	DM Abschottung
34	27.10.2015	5	8-Stunden-Gipfel: So will die EU die Flüchtlingskrise beenden	DM Ablehnung
35	27.10.2015	5	Faymann: "Zäune können nicht unser Wunsch sein"	DM Abschottung
36	27.10.2015	5	Strache: "Das ist schlichtweg ein großes Einladungspaket"	DM Ablehnung
37	31.10.2015	7	Asyl: Faymann sucht jetzt Hilfe in Paris	DM Abschottung

38	01.11.2015	5	Faymann: Wir umzäunen unser Österreich nicht	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
39	14.11.2015	5	Türkei: Drei Milliarden von EU, Österreich soll 57 Millionen zahlen	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
40	22.11.2015	5	Hugo Portisch "Müssen diesen Krieg gewinnen"	DM Wertegemeinschaft
41	26.11.2015	5	Mitterlehner will jetzt Flüchtlinge stoppen	DM Abschottung
42	30.11.2015	10	EU mit Türkei im Kampf gegen Flüchtlingskrise	DM Abschottung
43	30.11.2015	4	"Grenzsicherung mit der Türkei"	DM Abschottung
44	05.12.2015	7	Faymann & Schulz: EU-Gipfel in Österreich	DM Wertegemeinschaft
45	14.12.2015	4	SP: EU-Truppe gegen Flüchtlinge	DM Abschottung
46	15.12.2015	6	Niessl: EU-Einsatz an Grenzen	DM Abschottung
47	16.12.2015	8	Morgen Asylgipfel	DM Abschottung
48	17.12.2015	2	EU-Gipfel: Faymann ist jetzt Asyl-Chef	DM Abschottung
49	18.12.2015	6	Österreich mit Faymann bei Asyl-Gipfel	DM Abschottung
50	18.12.2015	6	Grenzschutz: Jetzt weniger Flüchtlinge	Zuordnung nicht möglich
51	19.12.2015	6	EU einigt sich auf Grenzschutz...	DM Abschottung
52	20.12.2015	8	Kanzler will 2016 "weniger Flüchtlinge"	DM Abschottung
53	20.12.2015	10	Schafft Europa 2016 die Lösung?	Zuordnung nicht möglich
54	20.12.2015	11	Kurz: "So geht es nicht weiter"	DM Abschottung
55	12.01.2016	5	Koalition streite um Asyl	DM Abschottung/DM Ablehnung
56	12.01.2016	5	R. Lopatka: "Nicht mehr auf EU warten"	DM Ablehnung
57	17.01.2016	7	Faymann: "Grenze scharf kontrollieren!"	DM Abschottung
58	26.01.2016	3	Mikl warnt: "Schengen an der Kippe"	DM Abschottung
59	06.02.2016	7	"Zurück in die Türkei schicken"	DM Abschottung/DM Ablehnung
60	07.02.2016	5	Faymann: "Sicherung der Grenze ausweiten"	DM Abschottung/DM Ablehnung
61	10.02.2016	6	1 Million im Anmarsch	DM Abschottung/DM Ablehnung
62	12.02.2016	6	Faymann zu Asyl-Krise: "Das schaffen wir nicht"	DM Abschottung/DM Ablehnung
63	14.02.2016	5	Faymann: "Es darf keine Zeit mehr verstreichen"	DM Ablehnung
64	15.02.2016	6	Asyl-Gipfel soll EU retten	DM Abschottung/DM Ablehnung
65	16.02.2016	4	Jetzt kommen 10 Grenz-Sperren, Faymann: "Plan B ist leider nötig"	DM Ablehnung
66	17.02.2016	4	EU-Gipfel: Ende des Durchwinkens	DM Abschottung
67	19.02.2016	5	EU will uns Asyl-Obergrenze verbieten	DM Ablehnung
68	19.02.2016	6	Will Europa jetzt seine Grenzen dicht machen?	DM Abschottung
69	20.02.2016	5	EU-Gipfel: Merkel droht Österreich	Zuordnung nicht möglich
70	21.02.2016	6	EU: Galgenfrist für Flüchtlingspolitik	Zuordnung nicht möglich
71	26.02.2016	4	Mikl: "Müssen den Druck erhöhen"	DM Abschottung
72	28.02.2016	6	"Schluss mit dem Durchwinken"	DM Abschottung
73	01.03.2016	6-7	Merkel attackiert Österreich ... und Flüchtlinge stürmen Grenze	DM Wertegemeinschaft
74	03.03.2016	9	Flüchtlinge: EU zahlt Griechen 700 Millionen	DM Wertegemeinschaft
75	05.03.2016	6-7	EU macht Balkanroute dicht	DM Abschottung
76	06.03.2016	7	Vranitzky: "Die EU-Gründungsväter würden sich im Grab umdrehen"	DM Wertegemeinschaft
77	06.03.2016	9	EU-Asylquote ohne Österreich	DM Abschottung
78	07.03.2016	5	Heute sperrt EU Balkanroute	DM Abschottung

79	08.03.2016	6-7	Asyl-Gipfel wurde ein Flop	DM Abschottung
80	09.03.2016	6	Asyl: EU wendet sich von Merkel ab	DM Abschottung
81	09.03.2016	6	Faymann: "Das Ende des Durchwinkens"	DM Abschottung
82	13.03.2016	7	Kurz: "Dürfen uns Türkei nicht ausliefern"	DM Abschottung
83	17.03.2016	7	Preindl: "Eine Schande für Europa"	DM Wertegemeinschaft
84	18.03.2016	4	Türkei-Gipfel: Faymann bleibt hart	DM Abschottung
85	19.03.2016	2-3	Das ist der EU-Deal mit der Türkei	DM Abschottung
86	20.03.2016	4	Flüchtlinge: Heute Start für Massen-Rückführung	DM Abschottung
87	21.03.2016	4-5	Asyl-Pakt startet mit Tränen und Chaos	Zuordnung nicht möglich
88	22.03.2016	4	Türkei-Deal kann Flüchtlinge nicht stoppen	Zuordnung nicht möglich

Wiener Zeitung

Signatur ÖNB: Neu-Per 393.052-D

1	21.07.2015	3	Geschacher um Migranten	DM Wertegemeinschaft
2	18.08.2015	11	"Es fehlt am Willen"	DM Wertegemeinschaft
3	26.08.2015	7	Fünf Punkte gegen die Asylnot	DM Wertegemeinschaft
4	28.08.2015	3	Kühlwagen wurde für dutzende Flüchtlinge zum tödlichen Gefängnis	DM Wertegemeinschaft
5	28.08.2015	5	"Es kann so nicht weitergehen"	DM Wertegemeinschaft
6	29./30.08.2015	1	EU kann das tödliche Geschäft der Schlepper stoppen	DM Wertegemeinschaft
7	29./30.08.2015	3	"Alles nur punktuelle Maßnahmen"	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
8	29./30.08.2015	7	200 Tote bei erneuter Flüchtlingstragödie im Mittelmeer	DM Wertegemeinschaft
9	29./30.08.2015	12	"Weckruf für die Politik"	DM Wertegemeinschaft
10	01.09.2015	1	Europa streitet - Flüchtlinge finden neue Wege	DM Wertegemeinschaft
11	02.09.2015	1	Das grenzenlos Europa besteht derzeit nur auf dem Papier	Zuordnung nicht möglich
12	02.09.2015	6	"Solidarität ist keine Einbahnstraße"	DM Wertegemeinschaft
13	03.09.2015	1	In Europa senken sich wieder die Grenzbalken	Zuordnung nicht möglich
14	03.09.2015	5	Kommission will Krisenmechanismus	DM Wertegemeinschaft
15	04.09.2015	3	Asyl-was ist faul in der EU?	DM Wertegemeinschaft
16	04.09.2015	7	"Niemand soll illegal nach Europa kommen können"	Zuordnung nicht möglich
17	08.09.2015	1	Europas Große gehen bei Quoten für Flüchtlinge voran	DM Wertegemeinschaft
18	08.09.2015	3	"Es geht ums Überleben des gesamten Kontinents"	DM Wertegemeinschaft
19	08.09.2015	4-5	Vom Zuchtmeister zum Land der Helfer	DM Wertegemeinschaft
20	09.09.2015	5	Juncker will 120.000 Flüchtlinge per Quote verteilen	DM Wertegemeinschaft
21	10.09.2015	1	Juncker macht bei Flüchtlingen Druck auf EU-Staaten	DM Wertegemeinschaft
22	11.09.2015	5	Feilschen um Asylplätze	DM Wertegemeinschaft
23	11.09.2015	5	EU-Vertreter sieht gute Chancen für Quoten-Modell	DM Wertegemeinschaft
24	15.09.2015	1	Grenzkontrollen, Heereseinsatz - ein Europa wie einst	DM Wertegemeinschaft
25	15.09.2015	5	Alte Grenzen neu gezogen	DM Wertegemeinschaft/DM Abschottung
26	16.09.2015	1	"Den Kopf nicht in den Sand stecken"	DM Wertegemeinschaft
27	16.09.2015	3	Europa in der Sinnkrise	DM Wertegemeinschaft
28	16.09.2015	4-5	"Wir werden uns nicht entschuldigen"	DM Wertegemeinschaft
29	17.09.2015	1	"Politische Unruhen, wenn EU scheitert"	DM Wertegemeinschaft
30	17.09.2015	6	"Wir scheitern, wenn wir gespalten sind"	DM Wertegemeinschaft
31	18.09.2015	5	"Niemandsländ für gestrandete Flüchtlinge"	DM Wertegemeinschaft
32	18.09.2015	7	"Die Asylquote ist kein Allheilmittel"	DM Wertegemeinschaft
33	22.09.2015	1	EU sucht kleinsten gemeinsamen Nenner	DM Wertegemeinschaft
34	22.09.2015	3	Risse quer durch Europa	DM Wertegemeinschaft
35	23.09.2015	1	Kraftakt der EU für Flüchtlinge	DM Wertegemeinschaft
36	23.09.2015	3	Zur Freiwilligkeit gezwungen	DM Wertegemeinschaft
37	24.09.2015	3	Unter Handlungsdruck	DM Wertegemeinschaft
38	25.09.2015	4	Mannigfache Bewährungsproben	DM Wertegemeinschaft

39	01.10.2015	4	Finanzhilfe in letzter Sekunde	DM Wertegemeinschaft
40	07.10.2015	4	Tusk übt Kritik an Osteuropäern	DM Abschottung/DM Wertegemeinschaft
41	08.10.2015	3	"Abschottung ist eine Illusion"	DM Wertegemeinschaft
42	09.10.2015	3	"Die andere Seite der Medaille"	DM Abschottung
43	20.10.2015	1	Erst 19 von 160.000 Flüchtlingen in der EU verteilt	DM Wertegemeinschaft
44	20.10.2015	4	Umverteilung mit Hürden	DM Wertegemeinschaft
45	23.10.2015	8	Juncker umgeht Tusk	DM Abschottung
46	24./25.10.2015	1	Sondertreffen soll die Lage am Balkan stabilisieren	DM Abschottung
47	24./25.10.2015	3	Ein "Cheftreffen" der Betroffenen	DM Abschottung
48	27.10.2015	9	Nationalfeiertag im Zeichen der Flüchtlingskrise	DM Wertegemeinschaft
49	03.11.2015	6	"Europa riskiert seine Seele"	DM Wertegemeinschaft
50	05.11.2015	11	Umverteilung geht nur schleppend voran	Zuordnung nicht möglich
51	12.11.2015	5	Warten auf Taten	DM Abschottung
52	13.11.2015	4	Das Geld, die Menschen, die Kontrolle	DM Abschottung
53	17.11.2015	8	Die Flüchtlinge und das Fehlen des "Wir"	DM Wertegemeinschaft
54	20.11.2015	1	Die Reisefreiheit, die sie meinen	DM Abschottung
55	20.11.2015	5	Reisefreiheit in Gefahr	DM Abschottung
56	20.11.2015	5	Merkel und Faymann drücken aufs Tempo	DM Wertegemeinschaft
57	21./22.11.2015	6	EU verschärft Kontrollen an ihren Außengrenzen	DM Abschottung
58	26.11.2015	1	"Ohne Schengen macht Euro keinen Sinn"	DM Wertegemeinschaft
59	26.11.2015	4	Keine Quote, kein Schengen	DM Wertegemeinschaft
60	02.12.2015	3	Flüchtlingshilfe mit Hindernissen	DM Wertegemeinschaft
61	12./13.12.2015	3	EU geht an die Grenze	DM Abschottung
62	15.12.2015	1	"Abschottung ist keine Option im 21. Jahrhundert"	DM Wertegemeinschaft
63	15.12.2015	1	EU-Grenzschutz: Frontex wird umgebaut	DM Abschottung
64	15.12.2015	6	Frontex adé: Neues zum EU-Grenzschutz	DM Abschottung
65	16.12.2015	1	Frontex wächst über sich hinaus	DM Abschottung
66	16.12.2015	3	Mehr Macht für EU-Grenzschutz	DM Abschottung
67	18.12.2015	1	Faymann spielte beim EU-Gipfel das Krokodil	DM Wertegemeinschaft
68	18.12.2015	4	Europas Grenzen	Zuordnung nicht möglich
69	18.12.2015	5	Starke Ansage - leere Drohung?	DM Wertegemeinschaft
70	02./03.01.2016	11	Fischer plädiert für offene Grenzen	DM Wertegemeinschaft
71	16./17.01.2016	3	Passkontrollen als Gefahr für den Euro	DM Wertegemeinschaft
72	20.01.2016	5	"Desintegration Europas ist eine Gefahr"	DM Wertegemeinschaft
73	20.01.2016	8	Die Illusion der dichten Grenzen	DM Wertegemeinschaft
74	22.01.2016	1	Asylthema erschüttert den Kern Europas	Zuordnung nicht möglich
75	26.01.2016	3	"Schengen gerade am Kippen"	DM Abschottung
76	11.02.2016	4	Mahnungen an Athen	DM Wertegemeinschaft
77	16.02.2016	5	Welche Grenze ist zu sichern?	DM Wertegemeinschaft
78	17.02.2016	6	EU-Gipfel-Entwurf fordert "Ende des Durchwinkens" am Balkan	DM Abschottung
79	18.02.2016	5	"Grenzkontrolle allein ist keine Lösung"	DM Wertegemeinschaft
80	25.02.2016	1	Treffen folgt auf Treffen - EU läuft Zeit davon	Zuordnung nicht möglich
81	26.02.2016	1	Balkanroute wird auch für EU zum Horrortrip	Zuordnung nicht möglich
82	26.02.2016	3	Wien kämpft um eigenen Grenzschutz	DM Abschottung

83	01.03.2016	3	"Druck auf Griechenland ist beispiellos"	DM Wertegemeinschaft
84	02.03.2016	3	Auf der Suche nach Schengen	DM Abschottung
85	04.03.2016	5	"Kommen Sie nicht!"	DM Abschottung
86	08.03.2016	5	"Das ist kein griechisches, sondern ein europäisches Problem"	DM Wertegemeinschaft
87	12./13.03.2016	3	Europa macht die Schotten dicht	DM Abschottung
88	15.03.2016	1	Flüchtlinge machen sich auf Suche nach Schlupflöchern	DM Abschottung
89	18.03.2016	5	"Glaubt Europa noch an die Zukunft?"	DM Wertegemeinschaft
90	19./20.03.2016	5	Deal mit Türkei fixiert	DM Abschottung

13. Literaturverzeichnis

Maria *Arduc*, Wir bauen eine Festung Europa... Diskursive Aspekte der Internationalisierung der nationalen Asyl- und Einwanderungspolitiken in der Europäischen Union. In: Karin *Liebhart*, Elisabeth *Menasse*, Heinz *Steinert* (Hg.), Fremdbilder Feindbilder Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit 5, Klagenfurt 2002) 201-228.

Elazar *Barkan*, The Guilt of Nations (New York/London 2000).

Peter L. *Berger*, Thomas *Luckmann*, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Hg. v. Helmuth Plessner (Frankfurt am Main, Fischer Reihe ⁵1977, ²⁶2016) (Original: The Social Construction of Reality, 1966).

Petra *Bernhardt*, Karin *Liebhart*, Politik auf Instagram: Bildstrategien von Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen im Bundespräsidentenwahlkampf 2016. In: SWS-Rundschau 57, H. 2 (2017) 146-167.

Günter *Bischof*, Die Moskauer Deklaration und die österreichische Geschichtspolitik. In: Stefan *Karner*, Alexander O. *Tschubarjan* (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“ (Kriegsfolgen-Forschung 8, Wien/Köln/Weimar 2015) 249-259.

Gabriele *Clemens*, Europa – nur ein gemeinsamer Markt? Die Öffentlichkeitsarbeit für den europäischen Integrationsprozess am Beispiel der Europafilme zwischen Marshallplan und Römischen Verträgen 1947-1957. In: Michael *Gehler* (Hg.), Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957-2007/From Common Market to European Union Building. 50 Years of the Rome Treaties 1957-2007 (Wien/Köln/Weimar 2009) 45-62.

Rudolf *de Cillia*, Dilek *Cinar*, Bernd *Matouschek*, Ruth *Wodak*, Identitätswandel Österreichs im veränderten Europa. In: Rudolf *de Cillia*, Dilek *Cinar*, Bernd *Matouschek*, Ruth *Wodak* (Hg.), Nationale und kulturelle Identitäten Österreichs. Theorien, Methoden und Probleme der Forschung zu kollektiver Identität (Wien 1995) 6-27.

Rudolf de Cillia, Martin Reisigl, Ruth Wodak, The discursive construction of national identities. In: *Discourse & Society* 10, H. 2 (1999) 149-173.

Ute Frevert, Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen. In: Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung* (Politikforschung (Historische Politikforschung 1, Frankfurt/Main 2005) 7-26.

Michael Gehler, *Europa. Ideen-Institutionen-Vereinigung-Zusammenhalt* (3. komplett überarb. und erheblich erw. Auflage, Reinbek 2018).

Hannes Haas, *Medienkunde. Grundlagen Strukturen Perspektiven* (2., überarb. und erw. Auflage Wien 2008).

Stuart Hall, Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Dorothee Kimmich, Stephanie Lavorano, Franziska Bergmann (Hg.), *Was ist Rassismus? Kritische Texte* (Stuttgart 2016) 172-187.

Maya Halatcheva-Trapp, *Elternschaft im Wechselspiel von Deutungsmustern und Diskurs. Ein wissenssoziologischer Blick auf die Trennungs- und Scheidungsberatung* (Theorie und Praxis der Diskursforschung, gedr. Diss., München 2016).

Martin Heintel, Karin Liebhart, Andreas Pribersky, Norbert Weixlbaumer, Die österreichische Ostgrenze. Zur Dynamik mentaler Grenzziehungen. In: Karin Liebhart, Elisabeth Menasse, Heinz Steinert (Hg.), *Fremdbilder Feindbilder Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden* (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit 5, Klagenfurt 2002) 95-121.

Siegfried Jäger, Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirsland, Werner Schneider, Willy Viehöver (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden* (Wiesbaden 2001) 81-112.

Christian Jostmann, Bernd Ctortocka, „Nach Schengen. Architektur und Ästhetik der Grenze“ – Anmerkungen zu einer Ausstellung. In: Michael Gehler, Andreas Pudlat (Hg.), *Grenzen in Europa* (Historische Europa-Studien 2, Hildesheim/Zürich/New York 2009) 305-326.

Patricia *Käfer*, Medien und Politik. Politiker brauchen Medien. Wie sieht die Medienlandschaft in Österreich aus? (1 x 1 der Politik 2, Wien 2008).

Christian *Karner*, Europe and the Nation: Austrian EU-Scepticism and Its Contestation. In: *Journal of Contemporary European Studies* 21, H. 2 (2013) 252-268.

Christian *Karner*, The Uses of the Past and European Integration: Austria between Lisbon, Ireland, and EURO 08. In: *Identities: Global Studies in Culture and Power* 17, H. 4 (2010) 387-410.

Reiner *Keller*, Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms (2. Auflage Wiesbaden 2008).

Reiner *Keller*, Wissenssoziologische Diskursforschung und Deutungsmusteranalyse. In: Cornelia *Behnke*, Diana *Lengersdorf*, Sylka *Scholz* (Hg.), *Wissen-Methode-Geschlecht: Erfassen des fraglos Gegebenen* (Wiesbaden 2014) 143-159.

Reiner *Keller*, Inga *Truschkat* (Hg.), *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Band 1: Interdisziplinäre Perspektiven (Theorie und Praxis der Diskursforschung, Wiesbaden 2013).*

Reiner *Keller*, Inga *Truschkat*, Angelus Novus: Über alte und neue Wirklichkeiten der deutschen Universitäten. Sequenzanalyse und Deutungsmusterrekonstruktion in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. In: Martin *Nonhoff*, Eva *Herschinger*, Johannes *Angermüller*, Felicitas *Macgilchrist*, Martin *Reisigl*, Juliette *Wedl*, Daniel *Wrana*, Alexander *Ziem* (Hg.), *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 2. Methoden und Analysepraxis. Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse* (Bielefeld 2014) 294-328.

Christoph *Kühberger*, Teaching the Holocaust and National Socialism in Austria: politics of memory, history classes, and empirical insights. In: *Holocaust Studies* 23, H. 3 (2017) 396-424.

Gerhard *Kunnert*, Touristen aus EU-Drittstaaten als potentielle Terroristen? Ein kritischer Blick auf Ursprünge, Entwicklung und aktuelle Tendenzen der EU-Außengrenzpolitik. In: Michael *Gehler*, Andreas *Pudlat* (Hg.), *Grenzen in Europa (Historische Europa-Studien 2, Hildesheim/Zürich/New York 2009)* 211-268.

Lena *Laube*, Christof *Roos*, A „Border For The People“? Narratives on changing eastern borders in Finland and Austria. In: *Journal of Borderlands Studies* 25, H. 3-4 (2010) 31-49.

Dennis *Lichtenstein*, Zwischen Scheinkonsens und Identitätskrise. Konstruktionen europäischer Identität in nationalen Medienöffentlichkeiten. In: Gudrun *Hentges*, Kristina *Nottbohm*, Hans-Wolfgang *Platzer* (Hg.), *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog* (Europa-Politik-Gesellschaft, Wiesbaden 2017) 57-78.

Christian *Lüders*, Michael *Meuser*, Deutungsmusteranalyse. In: Ronald *Hitzler*, Anne *Honer* (Hg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung* (Opladen 1997) 57-79.

Ina *Markova*, Balancing Victimhood and Complicity in Austrian History Textbooks: Visual and Verbal Strategies of Representing the Past in Post-Waldheim Austria. In: *Journal of Educational Media, Memory, and Society* 3, H. 2 (2011) 57-73.

Steffen *Mau*, Lena *Laube*, Christof *Roos*, Sonja *Wrobel*, Grenzen in der globalisierten Welt. Selektivität, Internationalisierung, Exterritorialisierung. In: *Leviathan* 36, H. 1 (2008) 123-148.

Juan Díez *Medrano*, *Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and The United Kingdom* (New Jersey 2003).

Philipp *Mittnik*, Holocaust-Darstellung in Schulbüchern. Deutsche, österreichische und englische Schulbücher im Vergleich (Schwalbach 2017).

Fritz *Plasser*, Gilg *Seeber*, Wahlentscheidung in der Boulevard-Demokratie: Die Kronen Zeitung, News Bias und Medieneffekte. In: Fritz *Plasser* (Hg.), *Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich* (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31, Wien 2010) 273-312.

Christine *Plaß*, Michael *Schetsche*, Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster. In: *Sozialer Sinn* 2, H. 3 (2001) 511-536.

Andreas *Pudlat*, Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa (*Historische Europa-Studien* 7, Hildesheim/Zürich/New York 2013).

Andreas *Pudlat*, Grenzen ohne Polizei – Polizei ohne Grenzen? Überlegungen zu den Ambivalenzen des Schengen-Prozesses. In: Michael *Gehler*, Andreas *Pudlat* (Hg.), Grenzen in Europa (Historische Europa-Studien 2, Hildesheim/Zürich/New York 2009) 269-303.

Sonja *Puntscher Riekmann*, Austria's Dismal EU Membership: From Enthusiasm to Ambivalence. In: Günter *Bischof*, Fritz *Plasser*, Anton *Pelinka*, Alexander *Smith* (Hg.), Global Austria. Austria's Place in Europe and the World (Contemporary Austrian Studies 20, New Orleans/Innsbruck 2011) 238-256.

Markus *Rheindorf*, Ruth *Wodak*, Borders, Fences, and Limits – Protecting Austria From Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. In: Journal of Immigrant & Refugee Studies 16, H. 1-2 (2018) 15-38.

Michael *Schetsche*, Ina *Schmied-Knittel*, Deutungsmuster im Diskurs. In: Zeitschrift für Diskursforschung 1, H. 1 (2013) 24-45.

Wolfgang *Schmale*, Was wird aus der Europäischen Union? Geschichte und Zukunft (Ditzingen 2018).

Harald *Schoen*, Mehr als ein Auslöser der Neuwahl? Die Europapolitik, die Kronen Zeitung und die Wahlentscheidung 2008. In: Fritz *Plasser* (Hg.), Politik in der Medienarena. Praxis politischer Kommunikation in Österreich (Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung 31, Wien 2010) 313-337.

Angela *Siebold*, ZwischenGrenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven (Sammlung Schöningh, Paderborn 2013).

Heidemarie *Uhl*, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) 1 (2001) 93-108. PDF zum download:
<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/artikel.html?index=1064> (05.02.2019).

Bastian A. *Vollmer*, New Narratives from the EU External Border – Humane Refoulement? In: Geopolitics 21, H. 3 (2016) 717-741.

13.1. Online-Ressourcen

Analyse zur Bundespräsidentenwahl - Asyl auch im Stichwahlkampf Thema Nummer eins. In: APA Austria Presse Agentur, 19.05.2016, online unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160519_OTS0066/analyse-zur-bundespraesidentenwahl-asyl-auch-im-stichwahlkampf-thema-nummer-eins-bild (05.02.2019).

Bundespräsidentenwahl 2016. In: Bundesministerium für Inneres, online unter: https://www.bmi.gv.at/412/Bundespraesidentenwahlen/Bundespraesidentenwahl_2016/start.aspx (05.02.2019).

EU-kritische Parteien und Populismus. In: SWP. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, online unter: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/europaeische-integration-in-der-krise/eu-kritische-parteien-und-populismus/> (05.02.2019).

Flüchtlingskrise. In: SWP. Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, online unter: <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/europaeische-integration-in-der-krise/fluechtlingskrise/> (05.02.2019).

Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In Amtsblatt der Europäischen Union C 202, 7. Juni 2016, PDF zum download: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2016:202:FULL&from=DE> (05.02.2019).

MA 15/16 Presse. In: Verein Arbeitsgemeinschaft Media-Analysen, online unter: <http://www.media-analyse.at/table/2683> (05.02.2019).

Ein Porträt und seine Bedeutung. In: Bundespräsident Alexander Van der Bellen, online unter: <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/news/ein-portraet-und-seine-bedeutung/> (05.02.2019).

Rede von Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen vor der Bundesversammlung anlässlich seiner Angelobung am 26. Jänner 2017. In: Österreichische Präsidentschaftskanz-

lei, PDF zum download: http://www.bundespraesident.at/fileadmin/user_upload/Interview-pdfs/Angelobungsrede_Homepage.pdf (05.02.2019).

Wolfgang *Schmale*, „Merkels 4. September 2015“ – Die Beschleunigung der europäischen Gegenwartsgeschichte durch „Ereignisse“ . In: Wolfgang *Schmale*, „Mein Europa“, 23.10.2015, online unter: wolfgangsschmale.eu/merkels-4-september-2015 (05.02.2019).

Wahlanalyse Wiederholung Stichwahl Bundespräsidentschaft 2016. In: ISA Institut für Strategieberatungen, PDF zum download: https://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/2016/12/isa_sora_wahlanalyse_bpstichwahl_2016_neu.pdf (05.02.2019).

Zeitleiste – Reaktion auf den Migrationsdruck. In: Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, online unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/migratory-pressure/history-migratory-pressure/> (05.02.2019).

14. Abstract

Während der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 musste sich die EU, als Summe ihrer Mitgliedstaaten, positionieren und definieren, um einen gemeinsamen Handlungsstrang zu erwirken. Viele EU-Deutungen entstanden in diesem Prozess, die von den Medien aufgegriffen und verhandelt wurden. Diese Forschungsarbeit ermittelt die verschiedenen Perspektiven und Vorstellungen, die über die EU im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 entstanden waren und stellt sie anhand von Deutungsmuster dar.

Deutungsmuster verknüpfen Wissens Elemente, Argumente und Wertungen miteinander und sprechen sinnstiftende Deutungs- und Handlungsanweisungen aus. Sie generieren Bedeutung. Diese Bedeutung ist wiederum nur aus der Deutung im Diskurs heraus zu verstehen. Die kulturgeschichtliche Perspektive dieser Forschungsarbeit ermittelt die in den Deutungsmustern erfolgten Bedeutungszuschreibungen und kontextualisiert die Ergebnisse. Die erstellten Deutungsmuster ermöglichen Rückschlüsse auf die EU-Zustimmung bzw. EU-Ablehnung in Österreich und legen dar, was 2015/2016 als „EU-europäisch“ in Österreich verhandelt wurde.

Eine Rekonstruktion von Deutungsmuster nach der Wissenssoziologischen Diskursanalyse fragt nicht nur nach der Entstehung von Deutungsmuster, sondern auch nach deren gesellschaftlicher Wirkung: Die Migrationsbewegung und die europäische Integration waren stark kontrovers diskutierte Themen in der österreichischen Gesellschaft und in den österreichischen Medien. Die gegensätzlichen Perspektiven und Vorstellungen zeigten sich während des Bundespräsidentenwahlkampfes 2016, in dem sich zwei Kandidaten gegenüberstanden, die eine unterschiedliche Position in der Migrationsfrage und zur europäischen Integration eingenommen hatten. Das Wahlergebnis wurde symbolisch für die „gespaltene“ österreichische Gesellschaft. Mittels der in der Analyse erstellten EU-Deutungen werden die Gegensätze in den Positionierungen aufgezeigt.